

Magazin der Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

September 2020

18. Jahrgang - Ausgabe 102

Einzelpreis: 4,50€

ISSN 1612-7366



Schwerpunkt:
Logistik

Logistikdrehzscheibe Deutschland
Zivile Logistik für den Krieg
Bahn und Bundeswehr
NATO-Pipeline
Krieg und Klima
#BlackLivesMatter
Polizeidrohnen

Inhalt

Schwerpunkt: Logistik

- Editorial - **Jacqueline Andres, Martin Kirsch und Jürgen Wagner** - 3
Infrastruktur, Raumproduktion und militärische Logistik - **Christoph Marischka** - 4
Logistikdrehscheibe Deutschland - **Martin Kirsch** - 9
Zivile Logistik für den Krieg - **Emma Fahr** - 14
Neues zum Rahmenfrachtvertrag Bahn und Bundeswehr - **Claudia Haydt** - 18
Rail Baltica gegen Russland - **Jürgen Wagner** - 20
Logistik mit Geschmäckle - Militärisch genutzte Flug- und Seehäfen - **Jacqueline Andres** - 23
Für den kleinen Hunger - **Christina Boger** - 27
Militärische Mobilität - **Victoria Kropp** - 28
NATO-Pipeline - Subtile Militarisierung der Landschaft - **Christoph Marischka** - 33

Magazin

Deutschland und die Bundeswehr

- Drohnenbewaffnung: SPD nun doch dafür? - **Marius Pletsch** - 36
US-Truppenabzug: Luftnummer oder Aufrüstungsvehikel? - **Jürgen Wagner** - 40
Dein Jahr für Deutschland - **Tobias Pflüger** - 43
Grüner Programmentwurf - **Jürgen Wagner** - 44
KFOR: Ein Ende in Sicht? - **Merle Weber** - 48

Militärhaushalte und Corona-Paket

- Ein diskreter Dammbbruch der Rüstungsforschung - **Christoph Marischka** - 51
Rüstungsindustrie kassiert ab: (Corona-)Unterstützung trotz Superzyklus - **Jürgen Wagner** - 56
EU-Rat einigt sich auf die (Rüstungs-)Haushalte 2021 bis 2027 - **Jürgen Wagner** - 58

Klima & Krieg

- Krieg und Klima - **Jacqueline Andres** - 60

Repression und Bewegung

- Zbellion: Pentagon gegen Jugendbewegung - **Emma Fahr** - 64
#BlackLivesMatter: Militarisierung der Polizei - **Martin Kirsch und Alexander Kleiß** - 66
Überwachung aus der Luft: Zum Einsatz von Drohnen bei der Polizei - **Sam Rivera** - 68

Logistik

Editorial

von Jacqueline Andres, Martin Kirsch und Jürgen Wagner

„Militärlogistik kann durch die Geschichte hinweg bis zum Erfolg oder Misserfolg einer Schlacht zurückverfolgt werden, und sie bleibt nicht nur in der modernen Kriegsführung, sondern auch für jede Art von militärischen Aktivitäten wie friedensunterstützende Operationen oder Hilfe in Krisen, wie in der aktuellen Corona-Pandemie, von großer Bedeutung.“ Dieser Eröffnungssatz einer Meldung des NATO-Kommandos, Joint Force Command Brunssum in den Niederlanden, zur Aufstellung eines neuen mobilen Hauptquartiers für die Versorgung von NATO-Einsätzen macht die Rolle der Logistik für militärische Operationen deutlich.

Egal wo die NATO weltweit aktiv ist, ob bei der ISAF-Mission in Afghanistan oder der NATO Präsenz im Baltikum und in Polen, ohne Logistik geht nichts. Dasselbe gilt für Einsätze von EU und UN, ob in Mali, im Mittelmeer oder am Horn von Afrika. Militärische Logistikeinheiten rühmen sich oft damit, dass sie zu den ersten gehören, die ein Einsatzland betreten und häufig noch da sind, wenn ein Großteil der Kampftruppen bereits abgezogen ist. Soldat*innen, Fahrzeuge, Munition, Ersatzteile und Nahrungsmittel müssen transportiert werden um weltweite Kriegseinsätze überhaupt führen zu können. Dafür sind die Militärs neben ihren Logistikeinheiten, LKWs, Flugzeugen und Schiffen sowohl auf privatwirtschaftliche Dienstleister als auch auf ein funktionsfähiges Infrastrukturnetz – Straßen, Schienen, Häfen und Flughäfen – angewiesen. Hinter den Kulissen des Afghanistankrieges wurde diplomatisch und ökonomisch um Transportrouten durch Pakistan und Zentralasien gerungen, um die ISAF-Truppen überhaupt auf bezahlbaren Wegen versorgen zu können. In Afghanistan selbst verloren hunderte, vermutlich tausende Menschen in militärischen Auseinandersetzungen um den Bau einer nie fertiggestellten Autobahn (Ring Road) ihr Leben, die den Nachschub der internationalen Truppen sicherstellen und die Kontrolle der Zentralregierung in Kabul über entfernte Landstriche überhaupt erst ermöglichen sollte.

Geopolitische Kontrolle ist ohne die Kontrolle über Infrastruktur und logistische Ströme nicht zu haben. Deshalb blicken westliche Außenpolitiker*innen und Analyst*innen mit Sorge auf den chinesischen Versuch mit der Errichtung einer „neuen Seidenstraße“ zur logistischen Führungsnation in Eurasien und Nordostafrika zu werden. Mit dem Wiederaufflammen der Konfrontation zwischen der NATO und Russland, die bereits als neuer Kalter Krieg bezeichnet wird, rückt auch die militärische Logistik innerhalb Europas wieder in den Fokus. Als EU-Projekt unter deutscher Führung sollen Schienen und Straßen wieder für Manöver und schnelle Truppenverlegungen in den Osten fit gemacht und Regularien europaweit vereinheitlicht werden.

Ebenfalls unter Federführung der Bundeswehr entsteht aktuell ein neues NATO-Kommando namens Joint Support and Enabling Command (JSEC) in Ulm. Von dort aus soll der sogenannte Rückwertige Raum in Europa geschützt und die reibungslose Militärlogistik hinter der Front koordiniert werden. Mit diesen Projekten etabliert sich Deutschland aktuell als Knoten und Koordinationsstelle für militärische Logistik in Europa.

Das Thema Logistik gewinnt also immer weiter an Bedeutung und das ist auch der Grund, weshalb sich der Schwerpunkt dieser AUSDRUCK-Ausgabe diesem Thema widmet!



Quelle: Wikipedia/Bundeswehr/Mandt.

Infrastruktur, Raumproduktion und militärische Logistik

Das Beispiel Sahel

von Christoph Marischka

Ein aktueller Roman von Dave Eggers handelt von zwei Mitarbeitern einer westlichen Baufirma, die mit einer gewaltigen Asphaltiermaschine in ein nicht näher benanntes Bürgerkriegsland geschickt werden, um dort eine Straße zu bauen, die den armen Süden mit der Hauptstadt im reichen Norden verbinden soll. Das Projekt verspricht Frieden und Wohlstand. Doch der Titel des Buches, „Die Parade“, deutet schon an, wem es am Ende wirklich nutzt: „Diese Straße soll nicht dem Volk, sondern den Siegern dienen“, fasst das eine Rezension des Bayerischen Rundfunks zusammen.¹

Infrastruktur

Die Geschwindigkeiten, mit denen Informationen eingeholt, Beamte reisen, Truppen und Material verlegt werden können, bestimmen die Form der politischen Herrschaft, wie u.a. der kürzlich verstorbene Philosoph Paul Virilio immer wieder betont hat.²

Hierfür werden entsprechende Infrastrukturen aufgebaut, ausgebaut und erhalten. Diese Infrastrukturen geben auch Aufschluss über die militärische Strategie und definieren diese zu einem hohen Grade. Einige Beispiele hierfür lassen sich dem Buch „Europe’s Infrastructure Transition“ von Per Högselius u.a. entnehmen. So beschreiben sie etwa die 157 Kohlestationen, über die Großbritannien 1889 weltweit verfügte, als „erstes System zur Energieversorgung mit globaler Reichweite“, das der dampfgetriebenen britischen Marine Zugang zu allen Weltmeeren sicherte.³ Die Grabenkämpfe, welche den Ersten Weltkrieg prägten, waren demnach auch das Ergebnis einer raschen und massenweisen Mobilisierung von Soldaten per Eisenbahn. Diese ermöglichte es beiden Seiten, große Mengen von Soldaten und Feuerkraft an – bzw. bis kurz vor (!) – die Front zu bringen. Neben dieser beiderseitigen Massierung wurden Durchbrüche zusätzlich dadurch erschwert, dass sie die empfindlichen Nachschubwege vom letzten Gleisende verlängerten und

dadurch angreifbarer machten. Die Bombardements des Zweiten Weltkriegs hingegen setzten neben entsprechender Produktion, Flugplätzen und der Versorgung mit Treibstoff im jeweiligen Inland bereits eine komplexe informationstechnische Infrastruktur voraus, welche (defensiv) per Radar vor anfliegenden Bomberflotten warnen und die dahinter gestaffelten Systeme der Luftverteidigung alarmieren oder (offensiv) die Bomber per Stereo-Signal ins Ziel bringen sollte. Die atomare Doktrin des Kalten Krieges erforderte eine räumliche Ausdehnung solcher Warn- und Steuerungssysteme und beförderte damit die Blockbildung: „Um effektiv zu sein, musste diese Infrastrukturen eine gewaltige geografische Reichweite haben, womit Allianzen über möglichst große Teile der Erdoberfläche ein essentieller Teil militärischer Strategie wurden“.⁴

Die hier genannten Systeme wie Eisenbahn und Luftabwehr wurden zwar während des Krieges rasant ausgebaut, jedoch in der Erwartung von Kriegen konzipiert und aufgebaut und spiegeln damit diese Erwartungen wider. Dabei stand nach Högselius u.a. oft (wie z.B. bei der Eisenbahn) nicht von Anfang an der militärische Nutzen im Mittelpunkt neuer Infrastrukturen, wurde jedoch von Militärs jeweils schnell erkannt und diesen Systemen quasi aufgepfropft. Die These, dass der Bau von Autobahnen in Deutschland während des Nationalsozialismus v.a. militärischen Zwecken diene, wird von Historiker*innen hingegen überwiegend abgelehnt, u.a. da bei deren Ausbau die Nord-Süd- und nicht die Ost-West- Verbindungen Priorität hatten. Allgemeiner sollten sie jedoch zur „Kommunikationsverdichtung und nationalen Integration“ beitragen, wobei die „Trassenführung [...] explizit darauf ausgerichtet [war], dem deutschen ‚Herrenmenschen‘ das ‚Gefühl für weite Räume‘ (Hitler) zu vermitteln“.⁵ Das gilt für Planung und Bau der Autobahnen, „der vorhandene KfZ-Bestand (LKW’s und PKW’s)“ wurde jedoch „seit Kriegsbeginn sehr weitgehend militärisch genutzt“.⁶

Handelslogistik

„Logistik ermöglicht es, Distanzen kalkulierbar zu überbrücken und schafft eine Handlungsfähigkeit über weite Distanzen hinweg“, so Julian Stenmanns in seiner aktuellen und sehr lesenswerten „Analyse der infrastrukturellen Raumproduktionen zwischen Europa und Afrika“.⁷ Dabei lässt sich Raum als „Milieu“ begreifen, „in dem sich Strategien entfalten“: „Die Produktion von Räumen ist stets ein Mittel, das zu Zwecken eingesetzt wird“, so Bernd Belina hingegen in seiner Einführung zum Begriff des Raumes, wobei es letztlich stets darum gehe, diesen Raum „anzueignen“. Dies kann, so Belina in Anlehnung an Lefebvres, durchaus auch in Form einer peripheren Anbindung und der Marginalisierung erfolgen: Der strategische Raum erlaube es, „unruhige Populationen an den Rand zu drängen, u.a. die Arbeiter‘ und ‚das Zentrum als Ort der Entscheidung, des Reichtums, der Macht und der Information zu organisieren‘ [...]“.⁸

Stenmanns beschreibt eben dies am Beispiel der Infrastrukturen zwischen Europa und Afrika. Bereits in den 1960er Jahren habe Paul Friedländer „Infrastruktur als ‚Voraussetzung für die koloniale und neokoloniale Ausbeutung‘“ Afrikas erkannt und „die Finanzierung von Infrastrukturprojekten auf dem afrikanischen Kontinent durch die Weltbank in der frühen Phase der Dekolonisierung als Grundsteinlegung für ‚die Ausbeutung Afrikas in einem größeren Umfang‘“ kritisiert: „Denn die politische und ökonomische Herrschaft über weit entfernte Gebiete ist auf Kommunikations- und Transportinfrastrukturen angewiesen“. Für die Gegenwart beschreibt Stenmanns dies am Beispiel des französischen Konzerns Bolloré, der im Zuge der von der Weltbank seit den 1990er Jahren forcierten (Teil-)Privatisierung afrikanischer Häfen die „Betriebserlaubnis für inzwischen 16 Containerterminal“ erworben hat und von dort aus systematisch die Erschließung des Kontinents vorantreibt:

„Die Kontrolle über die Seehäfen und ihre Kräne ist allerdings nur ein erster Schritt. Ausgehend von seinen mittlerweile 76 afrikanischen Zweigstellen kontrolliert Bolloré drei große Eisenbahnstrecken, betreibt spezialisierte LKW-Flotten, sichert sich exklusive Logistikverträge mit Bergbauunternehmen und unterhält im Hinterland der Häfen Güterverkehrszentren. Neben diesen infrastrukturellen Vorleistungen bietet das Unternehmen einen umfänglichen Service an – von der Abholung der Ladung im Landesinneren bis zum Beladen und Löschen im Hafen. Damit zielt das Unternehmen auf die Herstellung zusammenhängender, transnationaler und quasi-monopolistischer Logistiknetzwerke ab, die vollständig unter seiner Kontrolle stehen“.

Zugleich hätten sich die Häfen im Zuge der Verlagerung der Migrationsabwehr und des ‚Krieg gegen den Terror‘ zu neuen Orten der Grenzziehung und Differenzierung entwickelt: „Der Hafen, der zuvor ein alltäglicher sozialer Ort war, wird zur hochgesicherten und schwer überwindbaren Grenzzone. Für die lokale Bevölkerung rückt das Versprechen der Logistik von unbegrenzter Mobilität in nahezu unerreichbare Ferne. [...] Treffsicher kommentierte ein Mitarbeiter des Hafens in Freetown das neue Terminal: ‚Dort drüben beginnt nun Europa‘“. Diese Form der Logistik, so Stenmanns, ermögliche es, dass „die Orte der Wertgenerierung zunehmend von den Orten der Wertaneignung entkoppelt werden“, was u.a. erleichtere, die Macht der Gewerkschaften zu brechen und von unterschiedlichen Lohnniveaus, Steuer- und Umweltregimes zu profitieren. Logistik definiert er dabei als „Steuerungspraxis [...], die die Fließgeschwindigkeit und -richtung von Gütern, Personen und Ideen reguliert“: „Die moderne logistische Praxis entstammt der neuzeitlichen Militärwissenschaft. Angesichts der Massenheere des 19. Jahrhunderts sollte die Logistik die ‚Gedanken des Feldherrn auf die entferntesten Punkte des Kriegsschauplatzes [...] übertragen‘, so der Schweizer Offizier Antoine-Henri Jomini in seinem 1838 zuerst auf Französisch veröffentlichten, 1881 erstmals in deutscher Übersetzung erschienenen ‚Abriss der Kriegskunst‘“.

Raumproduktion im Sahel

Der Artikel Stenmanns‘ ist mit einer Karte des afrikanischen Kontinents illustriert, auf dem die besagten Transportkorridore des Bolloré-Konzernes abgebildet sind, die den Kontinent zu durchziehen scheinen – bezieht man allerdings die enorme Ausdehnung des abgebildeten Gebiets ein, relativiert sich dies. Zwei Regionen fallen dadurch auf, dass sie wenig erschlossen sind: Die riesigen Waldgebiete in der Demokratischen Republik Kongo und – noch deutlich größer und auffälliger: große Teile der Sahara. Nur zwei Korridore verbinden Nordafrika mit dem Süden bzw. Westen des Kontinents: Einer verläuft entlang der algerischen und marokkanischen Nordküste an der Westküste entlang bis in den Senegal, der andere von Ägypten über den Sudan und den Tschad nach Nigeria bzw. Kamerun. Dazwischen klafft eine riesige Lücke, die weite Teile dessen abdeckt, was als Sahel-Region in den letzten Jahren in den Fokus der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) gerückt und Einsatzgebiet deutscher und französischer Soldaten - insbesondere Spezialkräfte - ist. (Überhaupt könnte man zugespitzt sagen, dass da, wo die Transportkorridore enden, meist EU-Militäreinsätze stattfinden. Ein weite-

res größeres Land, das nicht an das Bolloré-Netzwerk angeschlossen ist, ist etwa Somalia.) Die 2011 vom neu eingerichteten Europäischen Auswärtigen Dienst veröffentlichte „Strategie für Sicherheit und Entwicklung in der Sahel-Region“ jedenfalls lässt sich durchaus als Projekt der Raumproduktion bzw. logistisches Konzept lesen: Als Ziele werden benannt, das Potential dortiger Terrorgruppen, Anschläge in Europa zu verüben, zu verringern, „Drogenschmuggel und anderen kriminellen Handel nach Europa einzudämmen, legale Handels- und Kommunikationswege durch den Sahel (Straßen, Pipelines) zu sichern, bestehende ökonomische Interessen zu schützen und die Basis für Handel und Investitionen aus der EU zu schaffen“.⁹ Es sollen Fließgeschwindigkeiten reguliert, Ströme unterbrochen und andere abgesichert werden. Was erwünschter bzw. legaler Handel ist und was nicht, wird dabei von Brüssel aus definiert. Denn Transportkorridore durch die Sahara bestehen seit Jahrhunderten – u.a. für Menschen und Zigaretten. Diese sollen durch den Aufbau lokaler Polizei-, Gendarmerie- und Grenzschutzeinheiten unterbrochen werden, während zeitgleich „legale“ Transportkorridore aufgebaut werden – die dann jedoch nicht mehr in der Hand der lokalen Bevölkerung sind, sondern von europäischen Unternehmen und Institutionen kontrolliert und reguliert werden.

Die militärische Logistik am Beispiel Mali

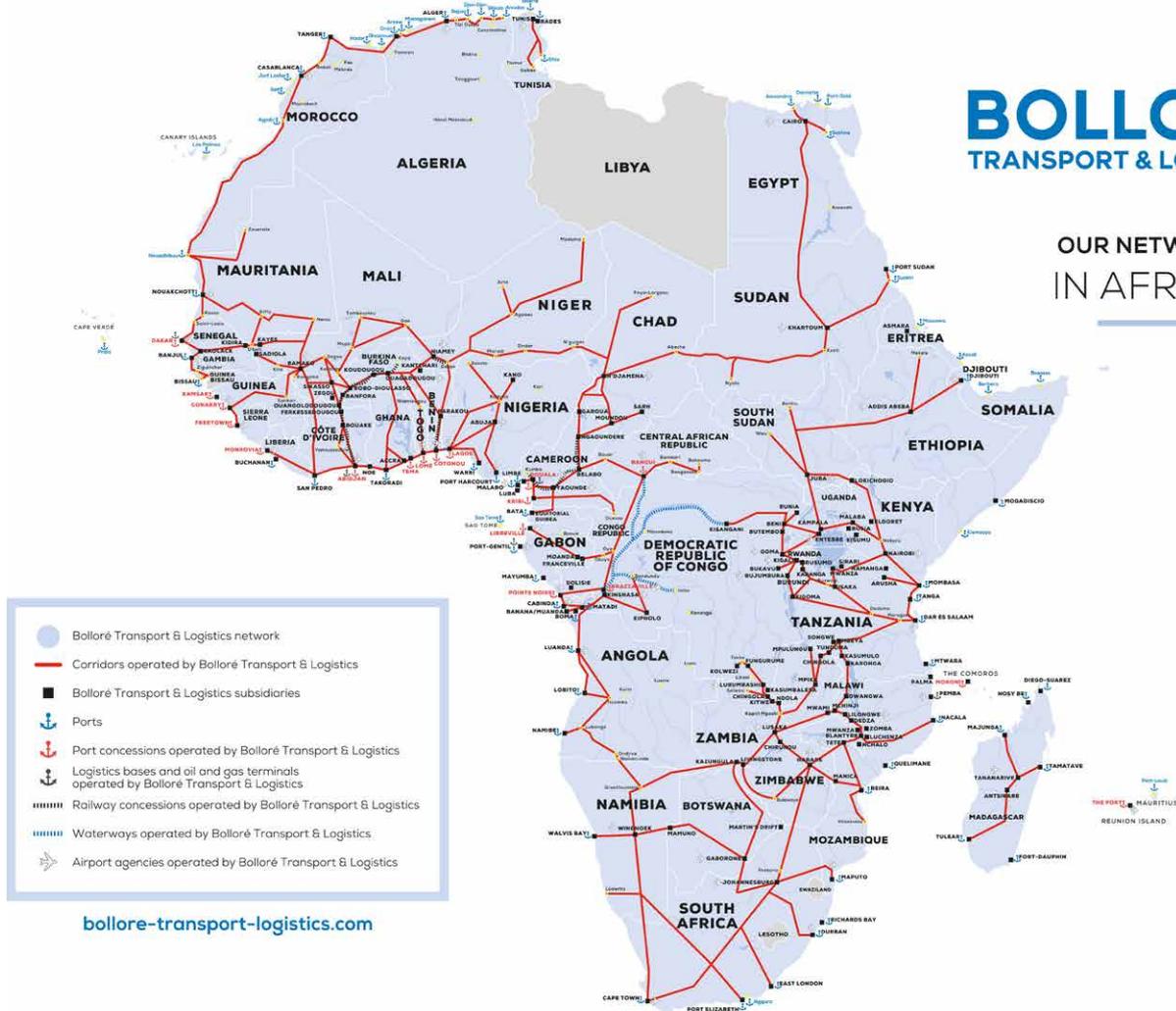
Wie gelingt es nun, die Gedanken der Feldherren in Brüssel in die entlegenen Winkel der Sahara zu bringen? 2011 wurde zunächst einer der regional wichtigsten Akteure, das Gaddafi-Regime in Libyen, durch eine NATO-Militärintervention ausgeschaltet. Dies erfolgte ganz überwiegend per Luftwaffe, die sich auf die zahlreichen Stützpunkte der NATO und ihrer europäischen Mitgliedsstaaten im Mittelmeerraum abstützen konnte. Abgesehen von einigen Spezialkräften jedoch wurden dort bis heute kaum Bodentruppen eingesetzt, sondern auf lokale Milizen zurückgegriffen. 2013 allerdings intervenierte Frankreich in Mali, nachdem sich der Norden des Landes in der Folge der Libyen-Intervention für unabhängig erklärt und in der Hauptstadt ein Putsch stattgefunden hatte. Neben der Luftwaffe griff Frankreich dabei auf Bodentruppen zurück, die sich auch nach deren Unabhängigkeit in den Nachbarstaaten Niger, Burkina Faso und der Elfenbeinküste befanden. Zur unmittelbaren „Stabilisierung“ wurden gut 10.000 Soldaten aus verbündeten afrikanischen Staaten eingeflogen. Diesen Strategischen Lufttransport (aus afrikanischen Staaten nach Mali) unterstützte die deutsche Luftwaffe umfangreich und richtete hierfür eine temporäre Basis am Flughafen von Dakar, Senegal, ein. Mit großer Geschwindigkeit baute die EU im damals

noch sicheren Süden des Landes eine Trainingsmission auf, um malische Soldaten auszubilden. Diese ließ sich problemlos über den Flughafen der nahe gelegenen Hauptstadt Bamako versorgen. Kurz darauf folgten „zivile“ EU-Missionen zum Aufbau von Gendarmerie- und Polizeieinheiten ebenfalls in Bamako und der Hauptstadt des benachbarten Niger, Niamey. Seit 2016 jedoch unterhält die Bundeswehr auch ein Feldlager (Camp Castor) im umkämpften Norden Malis, unmittelbar neben dem Flughafen in Gao – wo übrigens einer der nördlichsten Bolloré-Korridore an die westafrikanische Küste endet. Dieses Feldlager wird mittlerweile von einem Luftwaffenstützpunkt in Niamey im benachbarten Niger aus versorgt. Der Strategische Lufttransport nach Bamako oder Niamey erfolgt v.a. von den Flughäfen in Wunstorf, Köln/Bonn und Halle/Leipzig aus – tw. abgestützt auf private Anbieter. Der Taktische Lufttransport von dort nach Gao unterscheidet sich vom Strategischen dadurch, dass er in umkämpftes Gebiet erfolgt. Diese Flugzeuge verfügen deshalb über andere Eigenschaften: Sie müssen keine so große Reichweite und Ladekapazität haben, dafür aber über Abwehrmaßnahmen gegen Beschuss verfügen, sollten Personal und Fahrzeuge aus der Luft absetzen und auch jenseits befestigter Bahnen landen (und auch wieder starten) können.

Die neuen, beim Lufttransportgeschwader 62 in Wunstorf bei Hannover stationierten Transportflugzeuge vom Typ A400M sollten eigentlich beide Fähigkeiten (große Reichweite und Ladekapazität, Fähigkeiten zur Abwehr, Absetzung aus der Luft, Landen ohne Piste) vereinigen. Das wäre eine kleine strategische bzw. logistische Revolution gewesen, an der Airbus jedoch tw. gescheitert ist. Gleichwohl führt uns das Vorhaben deutlich eine strategische Ausrichtung Deutschlands bzw. der EU vor Augen, die mit Landes- oder Bündnisverteidigung sehr wenig zu tun hat. Von Deutschland bzw. Europa aus sollen Truppen und Waffen mit großer Reichweite direkt ins Gefecht bzw. umkämpftes Gebiet gebracht werden. Es ist zugleich offensichtlich, dass dies auf sog. asymmetrische Konflikte bzw. militärisch – zumindest technologisch – unterlegene Gegner abzielt. (Gegen einen vergleichbar ausgerüsteten Gegner wäre die Massierung der eigenen Truppen diesseits der „Front“ durch Strategischen Lufttransport das näher liegende Szenario).

Im Frühjahr 2017 verlegte die Bundeswehr vier Transport- und vier Kampfhubschrauber nach Mali (von denen dort einer abstürzte). Die Kampfhubschrauber (Tiger) aus dem hessischen Fritzlar mussten dafür zunächst teilweise demontiert werden, bevor sie auf LKW zum Flughafen Halle/Leipzig transportiert wurden, von wo sie mit Flugzeugen des Typs An124 der SALIS GmbH nach Bamako und von dort nach

OUR NETWORK IN AFRICA



Unternehmensdarstellung des Bolloré-Netzwerkes. Quelle: Bolloré.

Gao gebracht wurden. Das Bundesverteidigungsministerium schreibt zu dieser „Mammutaufgabe“: „Für den Einsatz des Kampfhubschraubers in Afrika haben die Heeresflieger darüber hinaus insgesamt etwa 210 Tonnen Werkzeuge, Ersatzteile, Wartungs- und Klimageräte sowie weiteres Material verladen. Ziel dieses umfangreichen Vorhabens war es, dem Einsatzverband in Gao die uneingeschränkte Nutzung des Waffensystems zu ermöglichen.“¹⁰ Die Transport- wie die Kampfhubschrauber sollten v.a. der Sicherstellung der Rettungskette dienen und den Abtransport von Verwundeten auch aus umkämpften Situationen zum Flughafen Gao ermöglichen. In Niamey steht ständig eine eigens für die medizinische Evakuierung ausgestattete Transall-Maschine bereit, die bei Bedarf die Verwundeten von Gao nach Niamey bringen kann, von wo sie wiederum von einer in Köln/Bonn bereitstehenden Maschine für den strategischen Verwundetentransport abgeholt werden können. Diese Rettungskette definiert den Aktionsradius der deutschen Kräfte und verdeutlicht zugleich den enormen logistischen Aufwand, der alleine für ihre ggf. notwendige medizinische Evakuierung betrieben wird. Laut einem Bericht der Bundeswehr vom August 2017 wurde bereits damals alleine zur Verpflegung des deutsch-französischen Luftdreh-

kreuzes in Niamey wöchentlich 6 Tonnen Lebensmittel aus Frankreich eingeflogen. Diese umfangreiche Logistik muss natürlich ihrerseits abgesichert werden und sorgt für eine Sichtbarkeit der ausländischen Truppen, die zunächst falsche Erwartungen bei Teilen der lokalen Bevölkerung (schnelle Rückeroberung des Nordens) geweckt hat, aber zunehmend in Ablehnung und Unzufriedenheit umschlägt: Selbst unter den Befürworter*innen der internationalen Truppenpräsenz wächst die Kritik, „dass [dabei] zu viele Ressourcen in den Eigenschutz bzw. die Eigenversorgung gingen (nach unterschiedlichen Schätzungen 70 bis 80 Prozent) und die Mission daher nicht sonderlich effektiv ist“.¹¹

Überdehnung

Gelingt es aber wirklich, die Vorstellungen der Planer*innen in Brüssel, Paris und Berlin in der Sahel-Region umzusetzen? Zwar wurden insbesondere in Niger einige zentrale Migrationsrouten unterbrochen (und damit die Bevölkerung um eine wichtige Einnahmequelle gebracht), die Sicherheitslage in der gesamten Region und damit auch der Nachschub- und Transportwege verschlechtert sich jedoch seit Jahren



Viet Minh nach dem Sieg in Dien Bien Phu aus dem Jahr 1954. Quelle: Wikipedia/Vietnam People's Army museum.

- zuletzt dramatisch. Auch die Akzeptanz in der lokalen Bevölkerung nimmt immer weiter ab, während die Zahl der bewaffneten Gruppen zunimmt.

Die Aneignung von Räumen erfolgt natürlich nicht widerstandslos. Räume, so Belina, werden meist nicht durch „die erfolgreiche Umsetzung einer Strategie“ produziert, sondern sind „viel öfter [...] Resultat verschiedener, aufeinander treffender strategischer räumlicher Praxen“.¹² Dass dabei die technologisch anspruchsvollsten und geografisch ausgedehntesten Strategien und Infrastrukturen grundsätzlich oder auch nur tendenziell überlegen sind, sollte durchaus in Frage gestellt werden. So hat die Eisenbahn und die damit ermöglichte schnelle Verlegung großer Kontingente bei den militärischen Planern Erwartungen an einen schnellen, überwältigenden Sieg genährt, die letztlich in den Schützengräben des Ersten Weltkrieges und dem Kessel von Stalingrad mündeten.

Infrastrukturen bereiten Kriege vor und geben uns Auskunft über ihren möglichen Verlauf – der dann aber oft ganz andere Gestalt annimmt. In der Geopolitik gibt es die viel zu wenig beachtete Theorie der imperialen Überdehnung, die den Zerfall von Imperien einläutet, indem diese ihren geografischen Einflussbereich zu weit ausdehnen, um ihn wirklich noch kontrollieren zu können. Die von Deutschland und Frankreich vorangetriebene Weltmacht Europa jedenfalls scheint sich schon beim Versuch einer Neudefinition des Sahel-Raumes und der Absicherung der Bolloré-Korridore zu übernehmen. Die logistische Konzeption der A400M des Lufttransportgeschwader 62 in Wunstorf (mittlerweile eingegliedert ins European Air Transport Command, EATC) stehen geradezu sinnbildlich dafür, große Teile der Welt zum Einsatzgebiet einer

militärisch gestützten, neokolonialen Einflussnahme zu deklarieren, überall intervenieren, aber nirgendwo wirklich kontrollieren zu können.

Högselius u.a. jedenfalls nennen auch ein Beispiel, in dem sich eine Low-Tech-Logistik, abgestützt auf die lokale Bevölkerung, als überlegen erwiesen hat. Unbemerkter von den französischen Truppen, die Ende 1953 den nordvietnamesischen Flugplatz Dien Bien Phu eingenommen hatten und seitdem aus der Luft versorgt wurden, schafften die Viet Minh 50.000 Soldaten, 200 schwere Maschinengewehre und über 1.000 Tonnen Munition in die Umgebung und überrannten letztlich den französischen Stützpunkt: „Diese demütigende Niederlage schockierte Frankreich und die westliche Welt als Ganzes. Zum ersten Mal hatte eine antikoloniale Befreiungsbewegung eine moderne europäische Streitmacht in offener Schlacht besiegt. Dien Bien Phu hat nicht nur die französische Herrschaft in Indochina beendet, sondern markiert auch den Anfang vom Ende Frankreichs als Kolonialmacht“.¹³

Anmerkungen

- 1 Falcke, Eberhard: Dave Eggers blickt in seinem Roman „Die Parade“ in den Abgrund, br.de vom 2.6.2020.
- 2 Virilio, Paul/ Petit, Philippe: Cyberwelt, die wissenschaftlich schlimmste Politik. Merve, 2011.
- 3 Högselius, Per/ Kaijser, Arne/van der Vleuten, Erik: Europe's Infrastructure Transition – Economy, War, Nature. Palgrave Macmillan 2016.
- 4 Ebd.
- 5 Kühne, Thomas: Massenmotorisierung und Verkehrspolitik im 20. Jahrhundert: Technikgeschichte als politische Sozial- und Kulturgeschichte. In: Neue Politische Literatur, 41. Jg., 1996, S. 196–229.
- 6 Ebd.
- 7 Stenmanns, Julian: Die räumliche Logik der Infrastruktur zwischen Afrika und Europa. In: Archplus, Ausgabe 239, 2020, archplus.net.
- 8 Belina, Bernd: Raum. Westfälisches Dampfboot 2013.
- 9 European Union External Action Service (EEAS): Strategy for Security and Development in the Sahel, 2011, eeas.europa.eu.
- 10 „Acht Bundeswehr-Hubschrauber für VN-Mission in Mali“, bmvg.de vom 21.4.2017.
- 11 Afrique-Europe-Interact: UN-Mission MINUSMA in Mali - Empfehlungen von Afrique-Europe-Interact. Offener Brief an Bundesregierung und Bundestag, afrique-europe-interact.net. Zur Kritik der zugrundeliegenden Vorstellungen siehe: Christoph Marischka: Grundsätzliches Missverständnis der deutschen Außenpolitik in Mali. Afrique-Europe-Interact und das Phantasma militärisch gestützter Selbstermächtigung. IMI-Analyse 2020/12.
- 12 Belina, Bernd 2013.
- 13 Högselius, Per u.a. 2016.

Logistikdrehscheibe Deutschland

Host Nation Support und die Streitkräftebasis der Bundeswehr

von Martin Kirsch

Im Rahmen der aktuellen militärischen Muskelspiele zwischen NATO und Russland positioniert sich Deutschland als zentraler Logistikknoten für Truppenverlegungen innerhalb Europas. Dazu heißt es in der Konzeption der Bundeswehr von 2018: „Deutschland ist aufgrund seiner geografischen Lage eine strategische Drehscheibe im Zentrum Europas und gleichzeitig ein wesentliches europäisches Element kollektiver Verteidigung. Die Handlungsfähigkeit des NATO-Bündnisses und der EU beruht auch auf Deutschlands Aufgabenerfüllung als Host Nation [dt. Gastgeberation], als Transitland für die Verlegung von Kräften an die Grenzen des Bündnisgebietes und im rückwärtigen Einsatzgebiet.“¹ Welche Dimensionen diese Truppenverlegungen annehmen können haben die Planungen für das Großmanöver Defender 2020 gezeigt. Auch wenn der Umfang dieses Manövers wegen der Coronapandemie massiv zurückgefahren wurde, sind ähnliche Truppenverlegungen für die kommenden Jahre bereits geplant. Die Unterstützung solcher Truppenverlegungen durch die Armeen und Verwaltungen der jeweiligen Transitländer wird in der NATO als Host Nation Support bezeichnet. Innerhalb der Bundeswehr ist die Streitkräftebasis, ein kaum bekannter Organisationsbereich der Truppe, für Logistik und Unterstützungsaufgaben verantwortlich. In ihre Zuständigkeit fallen auch die Unterstützungsaufgaben für Truppenverlegungen der Streitkräfte von NATO- und EU-Staaten durch Deutschland. Was genau verbirgt sich nun hinter dem Begriff Host Nation Support und welche Rolle nimmt die Streitkräftebasis dabei ein?

Host Nation Support – Was ist das?

Durchquert ein*e Soldat*in eines anderen Staates die Bundesrepublik, hält sich dort für Manöver, Übungen, Ausbildung, Konferenzen oder aus anderen dienstlichen Gründen auf, muss der entsendende Staat diesen Aufenthalt offiziell anmelden und genehmigen

lassen. Aus diversen Verträgen im Rahmen von NATO, EU und weiteren Kooperationen entstehen mit der Genehmigung des Aufenthalts allerdings auch Unterstützungsverpflichtungen (Support) für die Gastgeberation (Host Nation). All diese Leistungen werden als Host Nation Support bezeichnet. Aber was heißt das konkret? Während des Aufenthalts müssen die Soldat*innen mit Unterkünften, Verpflegung und Transportmöglichkeiten versorgt werden. Dazu kommt die Anbindung an Kommunikationsmöglichkeiten und die medizinische Versorgung. Bei multinationalen Übungen und Manövern steigt der Aufwand schnell an. Hier werden häufig Fahrzeuge, Panzer, Waffen, Munition und weiteres Material mitgeführt. Dafür müssen Zoll-, Fracht- und Gefahrgutpapiere ausgestellt werden. In Häfen und an Flughäfen werden Empfangs- und Verteilstationen für Personal und Material eingerichtet. In manchen Fällen übernehmen Bundeswehr, zivile Expeditionen und die Deutsche Bahn den Materialtransport für die Verbündeten. Bewegen sich die Fahrzeuge selbstständig in Kolonnen über Autobahnen und Landstraßen, werden die Transportwege und -zeiten von deutschen Militärs geplant sowie Kartenmaterial und weitere Informationen zur Verfügung gestellt. Zudem werden Rastplätze und Tankstationen auf Kasernengeländen bereitgestellt und bei größeren Manövern z.T. eigens dafür eingerichtet. Hat ein Militärfahrzeug eine Panne muss es von Instandsetzungstruppen oder zivilen Dienstleistern des Gastgeberlandes wieder fahrtüchtig gemacht oder abgeschleppt werden. Häufig begleiten einheimische Militärpolizist*innen die Straßentransporte. Sie regeln den Verkehr und sorgen für einen bewaffneten Begleitschutz. Für den Übungsbetrieb werden bei Bedarf zudem Munition und weitere Ausrüstung zur Verfügung gestellt. Laut einem Begleitdokument zur Konzeption der Bundeswehr werden dafür aufgrund der geografischen Lage Deutschlands eigens „Fähigkeiten für Verlegung, Versorgung, Sicherung und Koordinierung, auf Marschwegen, in Verfügungs-



Eingang der Löberfeld-Kaserne in Erfurt, wo sich unter anderem das Logistikkommando der Bundeswehr befindet.
Quelle: Wikipedia/Quotengrote.

Rast- und Ruheräumen oder an Einschiffungs- und Entladestellen“² bereitgehalten. Zudem baut die Bundeswehr eben diese Fähigkeiten im Verbund mit NATO und EU aktuell weiter aus. Deutschland und die Bundeswehr treten aber nicht nur als Host Nation für andere Partnerstaaten auf. Regelmäßig nimmt die Bundeswehr die beschriebenen Unterstützungsleistungen auch selbst in Anspruch. Beispiele dafür sind der Ausbildungsaufenthalt von Pilot*innen der Luftwaffe in den USA, die Teilnahme der Bundeswehr an Übungen und Manövern in ganz Europa, der Material- und Personaltransport für die Versorgung der Auslandseinsätze, oder die jährliche Rotation des von Deutschland geführten NATO-Bataillons in Litauen. Host Nation Support in Deutschland beschränkt sich nicht ausschließlich auf Bündnispartner. „Grundsätzlich kann jede ausländische Streitkraft, die nach Deutschland kommen möchte, Host Nation Support beantragen“³ heißt es auf der Website der Bundeswehr. Ein Beispiel dafür: Im Juli 2019 übten Bundeswehr und Chinesische Volksbefreiungsarmee im bayerischen Feldkirchen für gemeinsame Einsätze unter dem Dach der Vereinten Nationen.⁴ In solchen Fällen werden für jeden Aufenthalt eigene Verträge aufgesetzt, die Rechte und Pflichten der Vertragspartner regeln.

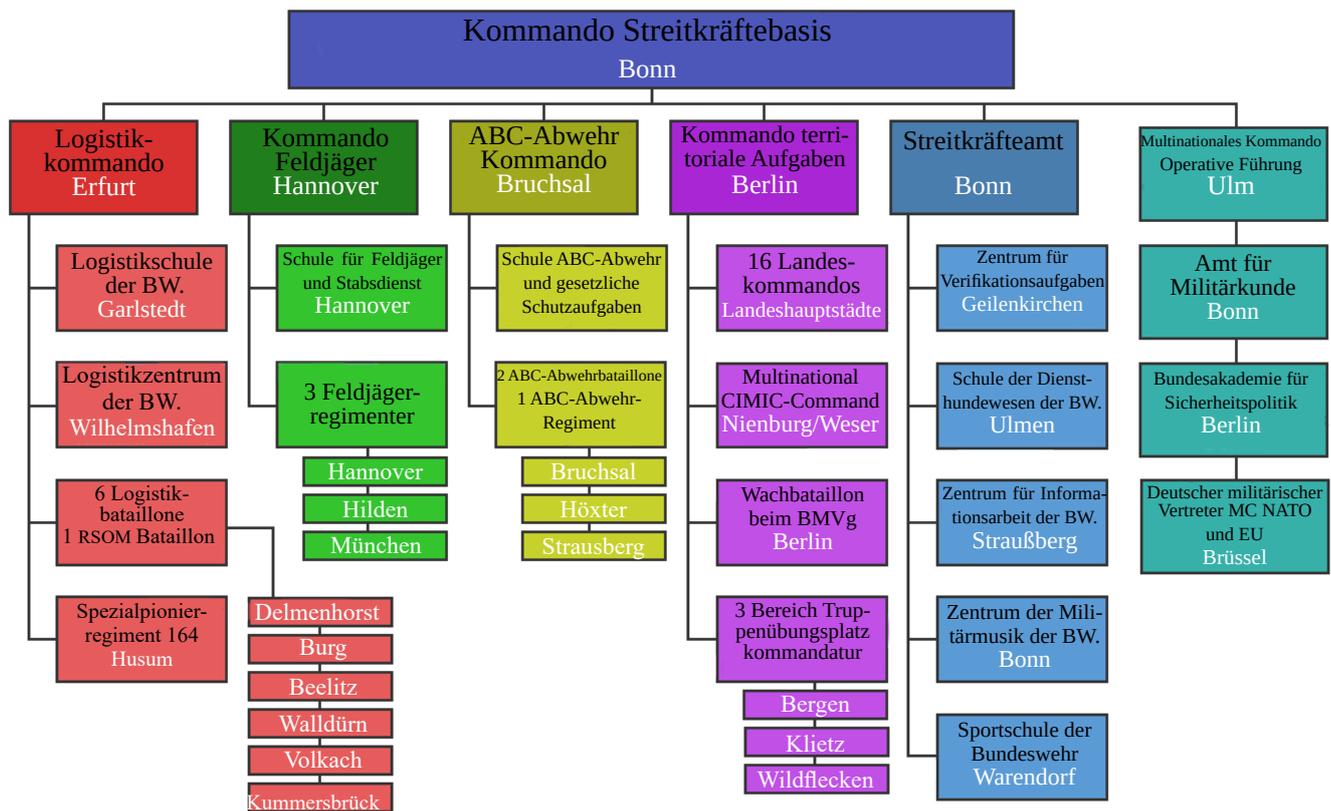
Host Nation Support - Rechtsgrundlagen

„Grundsätzlich ist Host Nation Support eine ‚Kann-Leistung‘, es besteht also kein Anspruch darauf. Wenn die Unterstützung möglich ist, dann leistet die Bun-

deswehr diese.“⁵ Halten sich allerdings Soldat*innen anderer Staaten in Deutschland auf, werden die Rahmenbedingungen dieses Aufenthalts durch diverse Verträge, Abkommen und Bundesgesetze geregelt.

Die ältesten Verträge im Bereich des Host Nation Support schloss die Bundesrepublik im Rahmen des NATO-Beitritts 1955. Bereits 1954 unterzeichnete die BRD den sogenannten Aufenthaltsvertrag, der die dauerhafte Stationierung von Truppen aus neun NATO-Staaten⁶ in Westdeutschland nach Beendigung des unmittelbaren Besatzungsrechts grundlegend regelte.

Mit dem 1961 im Bundestag verabschiedeten Gesetz zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen wurde unter anderem festgelegt, dass ausländische Truppen in der BRD grundsätzlich dem einheimischen Recht unterliegen. In Zusatzverträgen wurden allerdings die Aussetzung von Zollbestimmungen, Sozialversicherungspflicht und diversen Steuerpflichtungen, sowie Immunitäten in den Bereichen Zivil- und Strafgerichtsbarkeit, sowie Haftung festgelegt.⁷ Laut einem Anhang zu dem im August 1990 zwischen BRD und DDR geschlossenen Einigungsvertrag gelten die Regelungen des Aufenthaltsvertrags weiterhin nur für die alten Bundesländer. In sogenannten diplomatischen „Notenwechseln“ von 1990 und 1994 wurde der Bundesregierung allerdings erlaubt, den temporären Aufenthalt ausländischer Truppen in den neuen Bundesländern im Einzelfall zu genehmigen. Für die Dauer dieses Aufenthalts gelten dann die gleichen Rechtsgrundlagen (z.B. aus dem NATO-Truppenstatut), wie in Westdeutschland.⁸ Mit dem



1995 verabschiedeten PfP-Truppenstatut wurde die Mehrzahl der Regelungen aus dem NATO-Truppenstatut auch auf Armeeangehörige der Staaten der NATO Partnerschaft für den Frieden (PfP) übertragen, gelten allerdings nur für einen vorübergehenden Aufenthalt. Zudem haben die Staaten der Europäischen Union 2003 ein eigenständiges EU-Truppenstatut verabschiedet, das besonders auf Truppen und Personal abzielt, das der EU von den Mitgliedsländern zur Umsetzung gemeinsamer Aufgaben übertragen wurde. Unterhalb dieser völkerrechtlichen Verträge verabschiedete der Bundestag 1995 das Streitkräfteaufenthaltsgesetz. Auf dessen Grundlage können bilaterale Zusatzvereinbarungen mit den Unterzeichnern der NATO-, PfP- und EU-Truppenstatute ausgehandelt werden. Darüber hinaus ermöglicht das Streitkräfteaufenthaltsgesetz die vertragliche Einigung über den temporären Aufenthalt von Truppen aus Staaten, die weder NATO, PfP, noch EU angehören.

Die Streitkräftebasis – Logistiker und Dienstleister der Bundeswehr

In der Öffentlichkeit kaum bekannt, ist die Streitkräftebasis (SKB) mit fast 28.000 aktiven Soldat*innen (Stand Juli 2020)⁹ nach dem Heer und kurz vor der Luftwaffe der zweitgrößte Organisationsbereich der Bundeswehr. Im Rahmen der Verkleinerung der Truppe und der Umstrukturierung der Bundeswehr zur Einsatzarmee wurde die Streitkräftebasis im Jahr 2000 als Sammelbecken für alle die militärischen Aufgaben

gegründet, die sich nicht den Bereichen Heer, Luftwaffe, Marine und Sanitätsdienst zurechnen ließen. Im Zuge weiterer Umstrukturierungsprozesse wurden Teile der Streitkräftebasis direkt dem Verteidigungsministerium und dem 2017 neu gegründeten Kommando Cyber- und Informationsraum unterstellt.

Laut eigener Darstellung ist die Streitkräftebasis „ein Teil der Bundeswehr, der als Dienstleister andere Bereiche unterstützt.“¹⁰ Hier werden Hintergrundaufgaben koordiniert und umgesetzt, die häufig übersehen werden, aber für das reibungslose Funktionieren der militärischen Maschinerie unumgänglich sind. In Abgrenzung zu zivilen Dienstleistern, outgesourceten Logistikaufgaben der Bundeswehr und den zivilen Verwaltungsbehörden des Verteidigungsministeriums handelt es sich bei den Aufgabenbereichen der Streitkräftebasis um militärische Kernbereiche, die größtenteils von uniformierten Soldat*innen bearbeitet werden. So sind an allen großen Auslandseinsätzen der Bundeswehr Logistiksoldat*innen, ABC-Abwehrkräfte, Militärpolizist*innen und weitere Angehörige der Streitkräftebasis beteiligt.

Der Inspekteur der Streitkräftebasis ist zugleich Nationaler Territorialer Befehlshaber und damit für alle militärischen Aktivitäten innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik oberhalb des Grundbetriebes und unterhalb des Spannungs- oder Verteidigungsfalls zuständig. Damit fallen neben Inlandseinsätzen der Bundeswehr, u.a. bei Naturkatastrophen oder aktuell im Rahmen der Corona-Pandemie, auch Host Nation Support und militärische Logistik in seinen Zuständig-



Blockade einer Logistikübung der Bundeswehr in Hardheim im Jahr 2017. Quelle: Privates Bild.

keitsbereich. Im Kriegsfall wäre er für die Versorgung der Kampftruppen und zugleich für die militärische Absicherung des Bundesgebietes zuständig.

Abgesehen von ABC-Abwehrkommando und Streitkräfteamt¹¹ sind vier der sechs großen Kommandobereiche der Streitkräftebasis direkt mit dem Host Nation Support verknüpft:

Das Multinationale Kommando Operative Führung der Bundeswehr in Ulm dient als Kommandoeinrichtung für EU- und NATO-Missionen¹² und kann beispielsweise zur Führung einer EU-Battlegroup direkt den politischen Entscheidungsgremien der Europäischen Union unterstellt werden. Seit 2018 wird das Kommando zusätzlich zu einer zentralen Führungsorganisation der NATO ausgebaut.¹³ Als Joint Support and Enabling Command (JSEC/ dt. Gemeinsames Unterstützungs- und Befähigungskommando) sollen ab 2021 alle Logistik-, Versorgungs- und HNS-Aufgaben für den rückwärtigen Raum von NATO-Operationen in Europa von Ulm aus koordiniert werden. Zudem soll das JSEC für Ausbildung und Übungen der entsprechenden Truppen des Bündnisses sowie die militärische Sicherung des rückwärtigen Raumes im Kriegsfall verantwortlich sein. Das Ulmer Kommando wird damit zur zentralen Schaltstelle für den Aufmarsch von NATO-Truppen von den Atlantikhäfen bis an die östlichen Grenzen des Bündnisgebietes. Dementsprechend waren die noch im Aufbau befindlichen Strukturen des JSEC bereits in das Großmanöver Defender 2020 eingebunden. Mit Abschluss des für 2021 geplanten NATO-Manövers Steadfast Defender soll das JSEC in Ulm die volle Einsatzbereitschaft erreicht haben.

Das Kommando Territoriale Aufgaben (KTA) in

Berlin – vermutlich bekannter als Organisationszentrale für Inlandseinsätze der Bundeswehr – ist auch für die organisatorische Umsetzung des Host Nation Support in Deutschland zuständig.¹⁴ Hier werden Anträge von Gastnationen bearbeitet und an die ausführenden Einheiten weitergeleitet. Zudem führt das KTA die sechzehn Landeskommandos der Bundeswehr in den Hauptstädten der Bundesländer. Die Landeskommandos sind, neben Inlandseinsätzen und Propagandaveranstaltungen, auch für die lokale Koordination und Umsetzung des Host Nation Support zuständig. Die Aufgaben der Landeskommandos reichen dabei von der Bespaßung von in Deutschland stationierten US-Soldat*innen durch die Organisation gemeinsamer Volksfestbesuche bis zur Erkundung von Marschrouten und der Bereitstellung von Landkarten und Informationsmaterialien für Militärkonvois befreundeter Staaten.

Zentrale ausführende Kraft des HNS in Deutschland ist das Logistikkommando der Bundeswehr in Erfurt. Mit über 10.000 militärischen und zivilen Mitarbeiter*innen ist das Logistikkommando mit Abstand das größte Fähigkeitskommando der SKB. Neben der Beteiligung an sämtlichen Auslandseinsätzen – vom Aufbau der Feldlager, bis zur Versorgung mit Material und Munition – ist die Logistiktruppe auch für die Bündnisverteidigung besonders gefragt. Ab 2021 sollen vier der zukünftig sieben Logistikbataillone eine neue Führungsstruktur erhalten, um sie für die reibungslose Verlegung der schnellen Eingreiftruppe der NATO (VJTF) fit zu machen.¹⁵ Zudem waren die drei Logistikbataillone in Delmenhorst (Niedersachsen), Burg (Sachsen-Anhalt) und Beelitz (Brandenburg), die auf den zentralen Transitstrecken von Westen nach Osten gelegen sind, bereits federführend an den Truppenverlegungen im Rahmen von Defender 2020 beteiligt. Ebenfalls in Delmenhorst will die Bundeswehr bis Oktober 2020 das neue Logistikbataillon 163 aufstellen.¹⁶ Kernaufgabe dieser neuen Einheit wird es sein, u.a. im nahe gelegenen Bremerhaven, ankommende NATO-Truppen zu empfangen, zu versorgen und für den Weitertransport in Richtung Manöver, oder auch Front, vorzubereiten. Als Großprojekt der Streitkräftebasis wird die Logistikschule der Bundeswehr in Garlstedt, nördlich von Bremen, seit 2017 zu einem multinationalen Trainings- und Koordinationszentrum – Joint Logistic Support Group Coordination and Training Centre (JCTC) – ausgebaut.¹⁷ Zudem soll dort ein multinational besetztes, mobiles Hauptquartier zur Führung einer Logistik- und Unterstützungsgruppe für NATO-Missionen (Joint Logistic Support Group HQ) eingerichtet werden. Unter deutscher Führung haben sich bereits Tschechien, Ungarn, Norwegen, Polen und die Slowakei diesem Projekt angeschlossen.

Das Kommando Feldjäger mit Sitz in Hannover führt die rund 3.000 Militärpolizist*innen der Bundeswehr.¹⁸ Diese Militärpolizist*innen werden neben Polizeiaufgaben innerhalb der Bundeswehr und der deutschen Einrichtungen in den Auslandseinsätzen auch zur Absicherung und zum Schutz von militärischen Transporten auf Straßen und Schienen in Deutschland eingesetzt. Bewegt sich also im Rahmen des HNS eine Kolonne von Fahrzeugen eines NATO- oder EU-Staats über deutsche Straßen und Autobahnen, kann es durchaus vorkommen, dass der zivile Straßenverkehr von Feldjäger*innen der Bundeswehr geregelt wird.

In einer Videobotschaft zum Großmanöver Defender 2020 ließ Generalleutnant Martin Schelleis, der aktuelle Inspekteur der Streitkräftebasis, verlauten: „Die Streitkräftebasis sieht mit Freude dieser Übung entgegen. [...] Wir können unsere Fähigkeiten der Führung, der Koordination, der Logistik, der Feldjäger, [...] der Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit und des Host Nation Support unter Beweis stellen. Und ich bin überzeugt, dass wir auf diese Übung gut vorbereitet sind.“¹⁹

Deutsche Führungsrolle für Bündnisverteidigung in Europa

Neben der strategischen Feststellung, aufgrund der geographischen Lage bereits prädestiniert für eine militärische Logistikkreislauf in Europa zu sein, begeben sich die Bundesregierung und die Bundeswehr nun auch konkret auf den Weg, die daran geknüpften Aufgaben auszufüllen. Deutschland soll nach diesen Plänen nicht nur führende Host Nation für Truppenverlegungen vom Atlantik bis nach Osteuropa werden. Mit der Einrichtung eines eigens dafür ausgerichteten NATO-Kommandos in Ulm und diversen multinationalen Kooperations- und Ausbildungsprojekten unter deutscher Führung beansprucht die Bundesrepublik in den Bereichen Logistik und Unterstützung eine klare Führungsrolle in Europa. Während unter den europäischen NATO-Staaten Frankreich und Großbritannien für die Durchführung größerer Auslandseinsätze weiterhin unverzichtbar bleiben, ist Deutschland aktuell auf dem besten Wege, diese Rolle für die Bündnisverteidigung in Europa einzunehmen.

Anmerkungen

- 1 Bundesministerium der Verteidigung, Konzeption der Bundeswehr, S.60, 20.7.2018, bmvg.de.
- 2 Bundesministerium der Verteidigung, Die Konzeption der Bundeswehr – Ausgewählte Grundlinien der Gesamtkonzeption, S.22, April 2018, bmvg.de.
- 3 Bundeswehr, Streitkräftebasis, Host Nation Support, o.D., bundeswehr.de.

- 4 Bundeswehr-journal, Deutsch-chinesische Sanitätsübung „Combined Aid“ gestartet, 4.7.2019, bundeswehr-journal.de.
- 5 Bundeswehr, Streitkräftebasis, Host Nation Support, o.D., bundeswehr.de.
- 6 Neben der BRD waren die Vertragspartner: Belgien, Dänemark, Frankreich, Kanada, Luxemburg, die Niederlande, das Vereinigte Königreich sowie die USA.
- 7 Auswärtiges Amt, Truppenstationierungsrecht, 19.12.2019, auswaertiges-amt.de.
- 8 Ebd.
- 9 Augen Geradeaus!, Thomas Wiegold, Personalstärke Juni 2020: Erneut unter 184.000, 29.7.2020, augengeradeaus.net.
- 10 Bundeswehr, Streitkräftebasis, Auftrag der Streitkräftebasis, o.D., bundeswehr.de.
- 11 Das Streitkräfteamt vereint als Dachorganisation eine Vielzahl militärischer Aufgaben: vom Zentrum Verifikationsaufgaben, mit Aufgaben im Bereich der Rüstungskontrolle, über die Zentren für Informationsarbeit und Militärmusik, die v.a. der Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchsgewinnung dienen, über diverse nationale und internationale Ausbildungseinrichtungen, bis hin zu Vertretungen der Bundeswehr im Ausland und der deutschen Anteile in multinationalen Organisationen und Strukturen; Bundeswehr, Streitkräftebasis, Streitkräfteamt, o.D., bundeswehr.de.
- 12 Bundeswehr, Streitkräftebasis, Multinationales Kommando Operative Führung, o.D., bundeswehr.de.
- 13 Bundesministerium der Verteidigung, Neues Unterstützungskommando der North Atlantic Treaty Organization (JSEC) in Ulm, 8.6.2018, bmvg.de; und: NATO Review, Creating a secure and functional rear area: NATO's new JSEC Headquarters, 13.1.2020, nato.int.
- 14 Bundeswehr, Streitkräftebasis, Host Nation Support, o.D., bundeswehr.de.
- 15 Bundesministerium der Verteidigung, Timo Kather, Stationierungsentscheidungen: Befehl zum Bleiben, 10.12.2019, bmvg.de.
- 16 Weser Kurier, Esther Nöggerath, Bundeswehrstandort Delmenhorst - Neues Bataillon mit NATO-Aufgaben, 28.5.2019, weser-kurier.de.
- 17 Presseportal: Presse- und Informationszentrum der Streitkräftebasis, Feierliches Indienststellungszeremoniell des „Joint Logistic Support Group Coordination and Training Centre“ (JCTC) an der Logistikschule der Bundeswehr, 8.11.2017, presseportal.de.
- 18 Bundeswehr, Streitkräftebasis, Kommando Feldjäger der Bundeswehr, o.D., bundeswehr.de.
- 19 Bundeswehr, Streitkräftebasis, DEFENDER-Europe 20, o.D. bundeswehr.de.

Zivile Logistik für den Krieg

Praxis und Probleme von Outsourcing in der Bundeswehr

von Emma Fahr

Der Begriff der Logistik kann alles und nichts bedeuten. Im Militärjargon bedeutet das: „Planung, Bereitstellung und Einsatz der für militärische Zwecke erforderlichen Mittel und Dienstleistungen zur Unterstützung der Streitkräfte“.¹

Damit umfasst sie also mehr oder weniger alles, was nicht der unmittelbare militärische Kampfeinsatz ist – von der Wartung der Leopard-Panzer bis zum Frühstück in Camp Marmal. Das derlei Logistikdienstleistungen in der Bundeswehr (auch) von privaten Unternehmen übernommen werden, hat seine Anfänge schon in der Wiederbewaffnung der 1950er Jahre. Sowohl die Art und Weise als auch das schiere Ausmaß dieser Praxis hat sich über die Jahrzehnte jedoch stark gewandelt. Dieser Prozess geschieht bis heute an den Augen und dem Interesse der Öffentlichkeit vorbei. Doch er schafft einige latente Probleme, die dringend einer genaueren Betrachtung und einer öffentlichen Politisierung bedürfen.

Es werden drei große Argumente vorgebracht, welche die Einbindung privater Logistikunternehmen ins Militär rechtfertigen und als Sachzwang darstellen sollen.

Erstens wird ein Personal- und Ressourcenmangel proklamiert, der durch externe Dienstleister kompensiert werden soll. Zweitens sollen die paradoxerweise vor allem durch jahrelanges Outsourcing entstandenen Fähigkeitslücken in der Bundeswehr überbrückt werden. Drittens wird bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf das Totschlagargument des kosteneffizienten freien Marktes zurückgegriffen, weshalb das Outsourcing in Anbetracht der ‚knappen Staatskassen‘ quasi zwingend wäre.

Da sich die Wirksamkeit dieser Maßnahmen zumeist leicht entkräften lässt, soll im Folgenden noch ein weiteres Argumentationsfeld aufgemacht werden: die politischen Kosten, welche durch den Einsatz Privater erheblich gesenkt werden.

Personal- und Ressourcenmangel

Die Bundeswehr ist heute eine Armee im Einsatz – in über einem Dutzend Einsätzen und einsatzähnlichen Missionen, um genau zu sein.² Eine logistische Mammutaufgabe – vom Bau der Camps bis zur Infrastruktur: Wasseraufbereitung, Abfallwirtschaft, Verpflegung, Feldpost etc. Sämtliche Geräte, Materialien und Waren müssen ins und im Einsatzland transportiert werden. Nach militärischer Logik übersteigt ein Einsatz damit den ‚Regelbetrieb‘ logistisch und personell bei weitem.³ Aufgrund einer konsequenten Umstrukturierung hin zu den ‚militärischen Kernaufgaben‘ der Bundeswehr ist die Anzahl der aktiven Soldat*innen seit 1970 um fast zwei Drittel gesunken, wenngleich die Zahlen heute wieder leicht steigen.⁴ Gleichzeitig steigt der Verteidigungshaushalt real immer weiter.⁵ Heute hat die Bundesrepublik also weniger Soldat*innen aber den siebtgrößten Wehretat der Welt.⁶

Diese Schere zwischen existenten und benötigten Kapazitäten bildet das Einfalltor für private Logistikanbieter*innen. Alles in allem dürften mindestens 20 deutsche (Logistik)Unternehmen allein am Afghanistaneinsatz der Bundeswehr beteiligt sein. Sie erfüllen dort diverse Dienstleistungen von Seetransport bis zur Versorgung mit Marketenderwaren – die Rüstungsunternehmen zur Wartung der Geräte sind da nicht einmal berücksichtigt.⁷

Die Praxis, zum Beispiel in Mazar-i-Sharif, Afghanistan, sieht dann so aus: Die Lebensmittelverpflegung im Camp wird von der Logistik-Systembetreuungs-Gesellschaft und Supreme bereitgestellt. Während das Trinkwasser und dessen Aufbereitung von Kärcher Futuretech kommt, liegt das Abwasser wiederum in der Verantwortung von Ecolog. Und so weiter.

Das Brisante an dieser Vielzahl ausgelagerter Leistungen ist Folgendes: Die Logistik der Bundeswehr ist mit Abstand das größte Fähigkeitskommando der Streitkräftebasis. Die Kapazitäten jener Soldat*innen,

welche durch logistische Aufgaben gebunden sind, werden zunehmend freigesetzt, indem private Unternehmen diese Leistungen übernehmen und die Soldat*innen für den Kampfeinsatz zur Verfügung stehen – Soldat*innen, deren Kontingent streng vom Parlament mandatiert ist, im Gegensatz zur großen Anzahl privater Logistiker*innen.⁸

Abhängigkeiten

Aus dem Argument des Personal- und Ressourcenmangels ergibt sich ein weiterer ‚Sachzwang‘: Abhängigkeiten. Obwohl laut der Konzeption der Bundeswehr (2018) explizit „Eigenkompetenz und Fähigkeiten [...] zu erhalten und einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden sind“, ist das Problem der Dependenz ein sehr realer Teufelskreis.⁹ Je mehr Aufgaben privatisiert werden, desto mehr Know-How und Fähigkeiten gehen der Bundeswehr selbst verloren. Durch steigende Spezialisierung wird ergo immer mehr Outsourcing ‚erforderlich‘. Insbesondere in Bezug auf hochspezialisierte und entsprechend neuralgische Waffensysteme entstehen immer neue Fähigkeitslücken, welche mit Abhängigkeit gefüllt werden.¹⁰ Allein das Rüstungsunternehmen Airbus Defence hatte 2015 38 Angestellte in Afghanistan beschäftigt.¹¹ Denn moderne Waffensysteme werden dank ihrer technologischen Spezialisierung in der Regel von den Rüstungsunternehmen über die gesamte Einsatzdauer hinweg von Mitarbeitenden vor Ort instand gehalten und bisweilen sogar bedient.¹² Diese Fähigkeitslücken können kaum wieder geschlossen werden. „Die Bundeswehr ist ohne die Mitarbeiter der Industrie nicht mehr handlungsfähig – auch nicht im Auslandseinsatz“. ¹³ Ein Brigadegeneral a.D. erklärte das: „Die fortschreitende Privatisierung ist mitschuldig an der mangelnden Einsatzbereitschaft der Bundeswehr“, denn man habe Fähigkeiten im großen Stile ausgelagert und damit verloren.¹⁴ Der aktuelle Bericht des Verteidigungsministeriums zur materiellen Einsatzbereitschaft behauptet dennoch: „Die Fähigkeiten und Ressourcen der logistischen Prozesse“ bedürften der „*kontinuierlich steigende[n]* Einbindung von gewerblichen Dienstleistern [...]“. ¹⁵

Effizienz der Wirtschaft

Das wahrscheinlich umfassendste und abstrakteste Argument für Privatisierungen ist das neoliberale Dogma, der freie Markt biete durch Wettbewerb die besten Preise. Selbst wann man diese Auffassung teilt, könne es diesen Wettbewerb in einem derart stark spezialisierten Feld wie der militärischen Einsatzlogistik per se gar nicht geben, wie sogar der Bundesrechnungshof vor Jahren bestätigte.¹⁶ Die Aufträge sind

massiv ausdifferenziert – ob es sich um die Betreuung spezifischer Waffensysteme handelt, für welche das Know-How per Definition selten ist, oder die autarke Trinkwasseraufbereitung mit integrierter Flaschenabfüllung vor Ort. Die Zahl der Unternehmen, die überhaupt die Kapazitäten haben, solche Ausschreibungen zu erfüllen, ist klein. Der ‚freie marktwirtschaftliche Wettbewerb‘ auf dem die ‚kosteneffizienten Preise‘ verhandelt werden sollen, ist demnach eigentlich ein kleiner Nischenmarkt. Real gibt es häufig maximal eine Handvoll Interessierte und auch unter diesen scheint das Ministerium klare Präferenzen zu haben. Denn im Einsatz soll alles schnell und zuverlässig gewährleistet werden. „Wir bestellen, was wir brauchen – und nicht das, was uns angeboten wird“. ¹⁷

Ein Paradebeispiel für diese Realität sind die Vertragsschließungen mit der Firma Ecolog, einem Unternehmen, das für die Bundeswehr in Afghanistan in der Camplogistik tätig ist. Sechs von acht mit ihr geschlossene Verträge zwischen 2005 und 2010, welche eigentlich „über dem jeweils gültigen EU-Schwellenwert“ zur öffentlichen Ausschreibung lagen, wurden aufgrund der ‚Dringlichkeit‘ stattdessen freihändig vergeben.¹⁸ Die Entscheidung für Ecolog wurde, genau wie beschrieben, wahlweise mit dem Mangel anderer kompetenter Wettbewerber oder der erprobten Praxis mit ihnen begründet. Tatsächlich zeigen sich in zugänglichen Dokumenten und Aussagen führender Militärs und Dienstleister*innen zwei Muster. Erstens gibt es eine klare Präferenz für deutsche Unternehmen und zweitens existiert nur ein kleiner Pool an langjährigen Kooperationspartner*innen, welche immer wieder beauftragt werden. Es wird häufig aus Zeitgründen sogar explizit auf eine öffentliche Ausschreibung verzichtet und damit „Wettbewerb oder Leistungsanreize und Kontrollmechanismen“ bewusst untergraben.¹⁹

Diese jahrelange Praxis leistet bereits jetzt intransparenten und überzogenen Abrechnungen Vorschub.²⁰

Das konnte das Verteidigungsministerium eigentlich bereits in der ersten großen Phase von Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) von 2002 bis 2016 lernen, denn beinahe alle dieser ÖPPs wurden aus Unwirtschaftlichkeit, meist sehr teuer, wieder verstaatlicht. Aktuell zeigt sich die Betrugsanfälligkeit in der Berateraffäre des Verteidigungsministeriums. ²¹

Noch anfälliger hierfür ist jedoch der aktuelle Trend zu Full-Service-Providern. Der erste Full-Service-Vertrag der Bundeswehr wurde 2017 abgeschlossen: „Unterbringung im Einsatz“ mit der Firma feps. Es geht um die Unterbringung im Einsatzgebiet mit modularen Wohncontainern, Sanitäreinrichtungen, Strom- und Wasserversorgung bis hin zur Verpflegung.²² In eine ähnliche Richtung, wenngleich nicht wirklich eine Full-Service-Leistung, gehen die „Feldküchen der Zukunft“ von

Kärcher Futuretech für die umfassende Verpflegung mit „integrierte[r] Trinkwasserversorgung, Vorrichtungen zur Personalhygiene, Abwasserbehandlung und Abfallsammlung [...]“. Das Auftragsvolumen befindet sich im dreistelligen Millionenbereich.²³ Full-Service-Provision bedeutet, dass *ein* Unternehmen entweder viele Leistungsbereiche gebündelt erfüllt oder die Erfüllung zentral gewährleistet. In diesem Kontext ist es gängige Praxis, Subunternehmen oder ganze Ketten (lokaler) Subunternehmen zu beauftragen. Mit jedem Kettenglied geht ein bisschen Kontrollfähigkeit über Partner*innen und deren tatsächlich erbrachte Leistungen und Abrechnungen verloren und die Intransparenz wächst.²⁴ Diese Praxis ist nicht nur gefährlich für den Etat, sondern für die demokratische Kontrolle einer Parlamentsarmee. Denn schon ohne diese Verkettungen ist die Bundeswehr laut dem Bundesrechnungshof „durch ihre vielfältigen Kontakte zu Unternehmen [...] besonders korrupsionsgefährdet“.²⁵ Dennoch ist es eine vehemente Forderung aus dem Militär, diese Art der Privatisierung auszubauen.



Eine Mobiltoilette von Ecolog im Camp Marmal der Bundeswehr in Afghanistan. Quelle: Wikipedia/Erebino.

Politische Kosten

Der militärische Personalkörper der Bundeswehr ist geschrumpft, die Kapazitäten der Einsatzstrukturen sind ausgereizt. Die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr ist ewig beklagt, steigt aber stetig und mit ihr der Rückgriff auf private Dienstleister*innen. In der Summe ergibt sich daraus eine Gefahr: der zunehmenden Verlust demokratisch-parlamentarischer Kontrollmechanismen. Denn wie in den meisten Ländern bedarf es in Deutschland keiner generellen parlamentarische Zustimmung, private Dienstleister*innen zu engagieren, solange das Auftragsvolumen unterhalb der Grenze von 25 Millionen Euro liegt (darüber muss eine gesonderte Genehmigung erfolgen).²⁶ Im Gegensatz dazu unterliegt der Einsatz von Bundeswehrkontingenten dem parlamentarischen Mandat. In Kombination ist diese verfassungsrechtliche Hürde jedoch scheinbar recht simpel zu umgehen. Etwa 2.650 Bundeswehrsoldat*innen befinden sich zur Zeit im Einsatz.²⁷ Mit jeder Aufgabe und jedem Posten, der nun durch externe Dienstleister*innen übernommen wird, werden ergo mehr Kapazitäten für den direkten militärischen ‚Kerneinsatz‘ freigesetzt.²⁸ Die Privaten unterliegen nicht per se der parlamentarischen Übersicht und – noch wichtiger – dem öffentlichen Interesse. Wie viele Deutsche endgültig in Afghanistan, Mali etc. sind, wie viele angegriffen, verletzt oder getötet werden, lässt sich besser verschleiern. Was die Bundeswehr damit unter den desinteressierten Augen der Öffentlichkeit tut, ist eine schleichende Unterwanderung der parlamentarischen Kontrollmechanismen.

Fazit

Dieses Konglomerat aus ‚verdeckter Personalaufstockung‘, selbstgeschaffenen ‚Sachzwängen‘ und Intransparenz scheint durchaus System zu haben. Denn an quasi jeder Stelle, an der reguläre Verfahren versagen oder umgangen werden, eröffnet sich ein mehr oder weniger deregulierter Spielraum für die Bundeswehr. Eine Debatte um die Verfahren und Praktiken existiert kaum. Die Öffentlichkeit scheint zum einen nicht sonderlich interessiert, zum anderen existieren kaum faktische Grundlagen für eine informierte Debatte. Strukturierte Dokumentationen oder zusammenhängende Daten stehen – zumindest offiziell – nicht einmal der Bundesregierung zur Verfügung.²⁹ Eine aktive Auseinandersetzung müsste dem Eingeständnis gleichkommen, dass die gängige Praxis des Logistik-Outsourcings im Militäreinsatz der Debatte weit voraus ist. Sogar der Einsatz bewaffneter (Sicherheits-)Personals ist mittlerweile gängig. Auf praktischer Ebene hat das deutsche Militär über Jahre

hinweg so konsequent Dienstleistungen und Expertise ausgelagert, dass die Fähigkeiten schlicht nicht mehr vorhanden sind und auf politischer Ebene gibt es keine relevante Stimme, die für eine Kursänderung eintreten würde. Also rettet man sich lieber in eine technokratische Debatte, um ‚Sachzwänge‘ oder der obsoleten Grenze der ‚militärischen Kernfunktionen‘.

Ein erster Schritt, diesen spiralförmigen Tendenzen entgegenzuwirken, wäre die Entwicklung von einheitlichen Definitionen für die Kategorien ‚militärisches Kerngeschäft‘ oder ‚private Dienstleister*innen‘ im Militär. So kann eine Vergleichbarkeit geschaffen werden, wie es auch vom EU-Parlament schon gefordert wurde.³⁰ Sofern solche Definitionen zur Hand wären, müsste eine systematische Erfassung der Partner*innen und Dienstleister*innen der Bundeswehr und der vertraglichen Konditionen und Prozesse eingeführt werden, um etwas Licht ins Dunkel zu bringen. Damit hätte man die Voraussetzungen geschaffen, eine informierte Debatte zu führen und im besten Fall ein Kontrollinstrument installiert, welches den undurchsichtigen, korruptions- und betrugsanfälligen Praktiken entgegenwirken könnte.

Unter diesen Umständen ist es unablässig, dass eine Politisierung dieser bisher maximal technokratisch thematisierten Praxis erfolgt. Denn ohne öffentlichen Druck fehlt es bisher an systematischer Erfassung. Ohne diese Erfassung kann es wiederum keine informierte Debatte geben. Und ohne diese umfassende Debatte wird ein weiterer Bereich (des Militärs) der demokratischen Kontrolle entzogen.

Anmerkungen

- 1 Duden Online (2020): Logistik. URL: [duden.de](https://www.duden.de).
- 2 Bundeswehr (2020): Wie lauten die Einsatzzahlen? URL: [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de).
- 3 Schneiker, Andrea/ Krahmman, Elke (2016): Policy Paper on Private Military and Security Companies: Capacity Gained – Accountability Lost? Establishing a better political and regulatory Framework. Berlin: Transparency International Deutschland.
- 4 Deutscher Bundestag (Wehrbeauftragter) nach: Statista (2020): Personalbestand der Bundeswehr 1959-2019. URL: [de.statista.com](https://www.de.statista.com).
- 5 IMI/ DFG-VK (2018): Fact-Sheet: Rüstung. S. 1.
- 6 Statista (2020): Länder mit den höchsten Militärausgaben 2019. URL: [de.statista.com](https://www.de.statista.com).
- 7 u.a. Deutscher Bundestag (2006): Drucksache (Drs) 16/2380, S. 6.
- 8 Schneiker, Krahmman (2016).
- 9 Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) (2018): Konzeption der Bundeswehr, S. 77.
- 10 KMW (21.2.2011): Pressemitteilung. KMW und Daimler AG unterzeichnen Servicevertrag für Einsatzgebiete.

URL: [kmweg.de](https://www.kmweg.de).

- 11 Fuchs, Christian/ Friedrichs, Hauke (2015): Wir sind hier der Kriegsgott. Zeit Online, 20.8.2015. URL: [zeit.de](https://www.zeit.de).
- 12 Krahmman, Elke/ Friesendorf, Cornelius (2011): Debatte vertagt? Militär- und Sicherheitsfirmen in deutschen Auslandseinsätzen. Frankfurt: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. HSFK Report 08/2011, S. 8.
- 13 Christian Mölling (SWP) In: Fuchs, Friedrichs (2015).
- 14 Brigadegeneral a.D. Erich Vad, In: Wirtschaftswoche (4.7.2018): Die Bundeswehr ist der Politik egal. URL: [wiwo.de](https://www.wiwo.de).
- 15 BMVg (2019): Bericht zur Materiellen Einsatzbereitschaft der Hauptwaffensysteme der Bundeswehr, S. 16. (Hervorhebung der Autorin).
- 16 Krahmman, Friesendorf (2011), S. 13f.
- 17 Thomas de Maizière In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (26.5.2012): Wir brauchen die Besten als Soldaten. URL: [faz.net](https://www.faz.net).
- 18 Deutscher Bundestag (2010): Drs 17/3166, S. 4.
- 19 Deitelhoff, Nicole/ Geis, Anna (2008): Sicherheits- und Verteidigungspolitik als Gegenstand der Policy- und Governance-Forschung. In: Janning, Frank/ Toens, Katrin (Hrsg.): Die Zukunft der Policy-Forschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 279-296. S. 288. Und: §12 Abs. 1b VSVgV.
- 20 Krahmman, Friesendorf (2011), S. 8.
- 21 Jungholt, Thorsten/ Schewpe, Christian (2020): Berateraffäre. Empfehlungen des Bundesrechnungshofs? Sind der Bundeswehr-Firma egal. In: Die Welt, 3.4.2020. URL: [welt.de](https://www.welt.de).
- 22 Bundeswehr-Journal (6.9.2017): Unterbringung im Einsatz: Full Service durch Provider feps. URL: [bundeswehr-journal.de](https://www.bundeswehr-journal.de).
- 23 Kärcher Futuretech (4.2020): Pressemitteilung. Kärcher Futuretech entscheidet Ausschreibung der Bundeswehr für sich. Großauftrag zur Herstellung und Lieferung neuer Feldküchen. URL: [karcher-futuretech.com](https://www.karcher-futuretech.com).
- 24 Krahmman, Friesendorf (2011), S. 8.
- 25 Deutscher Bundestag (2006): Drs 16/3200.
- 26 Deutscher Bundestag (2020): Arbeit und Aufgaben des Verteidigungsausschusses. URL: [bundestag.de](https://www.bundestag.de)
- 27 Bundeswehr (2020).
- 28 „Der Aufenthalt von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ziviler Unternehmen in den verschiedenen Einsatzgebieten der Bundeswehr wird insofern von [der] Mandatsobergrenze nicht berührt“ In: Deutscher Bundestag (2011): Drs 17/6101.
- 29 U.a. Deutscher Bundestag (2006): Drs 16/2380.
- 30 Zeit Online (8.8.2019): Verteidigungsministerium zahlte 155 Millionen Euro an Berater. URL: [zeit.de](https://www.zeit.de). Und: Transparency International (2015): Government Defence Anti-Corruption Index. Germany. URL: [government.defenceindex.org](https://www.transparency.org).

Bei Vorfahrt Krieg

Neues zum Rahmenfrachtvertrag Bahn und Bundeswehr

von Claudia Haydt

Im Januar 2019 wurde öffentlich bekannt, dass die Deutsche Bahn mit der Bundeswehr einen Rahmenfrachtvertrag zum Transport militärischer Güter abgeschlossen hatte. Die Vereinbarung belief sich auf ein Maximalvolumen von 97,5 Mio. Euro für 2019 und 2020 (plus eine dreimalige jährliche Verlängerungsoption). Hierfür sicherte die Bahn zu, 300 zusätzliche Waggons vorzuhalten und Militärtransporte im In- wie auch Ausland durchzuführen. Besonders irritierend war dabei eine „Expressoption“, bei deren Aktivierung eine Art „Vorfahrtsregel“ des Militärs gegenüber dem zivilen Verkehr in Kraft treten sollte.¹ Nachdem der Vertrag selbst nur in Auszügen öffentlich zugänglich ist und beide Vertragspartner sich auch sonst mit Details eher bedeckt hielten, förderte nun eine parlamentarische Anfrage einige weitere Informationen über diese Kooperation zu Tage.

Expressoption für den Ernstfall

Wie gesagt, einige Rätsel gab nicht zuletzt die im Rahmenfrachtvertrag verankerte „Expressoption“ auf. Erst auf Nachfrage über fragdenstaat.de rückte die Bundesregierung im März vorigen Jahres mit einigen Details heraus: „Mit dieser Expressoption wird gewährleistet, dass ein Zug auf der angemieteten Trasse einen Vorrang gegenüber allen anderen Zügen erhält, mit denen er im selben Gleisabschnitt zusammentrifft.“²

Damit waren aber die Umstände, unter denen diese Expressoption zur Anwendung kommen soll, immer noch nicht geklärt. Aus der teils öffentlichen damaligen Vorlage für den Haushaltsausschuss ging bereits hervor, dass die Expressoption im Zusammenhang mit der deutschen Rolle im Rahmen der Ultraschnellen Eingreiftruppe der NATO (Very High Readiness Joint Task Force, VJTF) steht. Dabei handelt es sich um eine 5.000 SoldatInnen starke Einheit, die in kürzester Zeit an die Grenze zu Russland verlegbar sein soll. Die VJTF-Kräfte sollen innerhalb von fünf bis

sieben Tagen verlegt werden können, die sogenannten Vorauskräfte gar innerhalb von 72 Stunden.³ Hier brachte nun die Antwort auf eine kleine Anfrage des Bundestagsabgeordneten und IMI-Vorstands Tobias Pflüger etwas mehr Licht ins Dunkel. Darin erklärte die Bundesregierung Ende Juli 2020, die Expressoption sei bisher „nicht in Anspruch genommen“ worden: „Die Expressoption ist bei Aktivierung und Einsatz der VJTF zur Erfüllung der Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der NATO erforderlich. [...] Aktivierung und Einsatz der VJTF in einer krisenhaften Lage erfolgt nach Aktivierung durch die NATO und mit Zustimmung des Deutschen Bundestages.“⁴

Im Klartext heißt das, die Expressoption greift „nur“ bei einer Aktivierung der VJTF und auch dann ausschließlich in den Jahren, in denen die Bundeswehr die Führung der VJTF (2019) innehat oder Zusagen für die Folgekräfte (Initial Follow-on Forces Group/IFFG) gegeben hat (2020), weshalb die Verlängerungsjahre auch keine explizite Expressoption beinhalten. Zwar geht aus den militärischen Planspielen der Bun-



Panzerzug in Marienberg. Quelle: Wikipedia/doppelplusgut.

desregierung gegen Russland hervor, dass eine VJTF-Aktivierung noch deutlich vor Ausbruch kriegerischer Auseinandersetzungen vorgesehen ist, dies ist jedoch momentan nur in einer sehr zugespitzten Lage denkbar.⁵ Im Regelbetrieb ist also – zumindest noch – der zivile Personenverkehr privilegiert, wie auch die Bundesregierung betonte: „Ein genereller Vorrang aller Militärtransporte gegenüber dem zivilen Personenverkehr besteht im Rahmen des vorgenannten Vertrages nicht.“⁶ Völlig unklar ist jedoch, welche Regelungen für den Fall greifen, dass eine andere Armee die Führung der VJTF-Kräfte hat und im Krisenfall auf die Bahnverbindungen durch Deutschland zurückgreifen will.

Dauer, Kosten und Volumen

Der Rahmenfrachtvertrag unterscheidet zwischen Inlandsfahrten (LOS 1 „Grundbetrieb / Übungen Inland“) sowie Auslandsverbringungen (LOS 2 „Grundbetrieb / Übungen Ausland“). Laut Antwort der Bundesregierung wurden im Jahr 2019 insgesamt im Zusammenhang mit dem Vertrag 272 Transporte durchgeführt (LOS 1: 198 / LOS 2: 74). Im ersten Halbjahr 2020 fanden insgesamt 57 Bahnfahrten statt (LOS 1: 42 / LOS 2: 15).⁷ Hochumstritten ist in diesem Zusammenhang besonders die „Enhanced Forward Presence“, die sich aus je einem Bataillon à 1.000 SoldatInnen in den drei baltischen Staaten und Polen zusammensetzt. Obwohl es sich dabei recht eindeutig um einen Bruch der NATO-Russland-Akte aus dem Jahr 1997 handelt, in der Russland zugesichert wurde, die NATO werde keine substantiellen Truppen dauerhaft an seiner Grenze stationieren, hat Deutschland die Führung des Bataillons in Litauen übernommen – und genau in diesem Zusammenhang finden augenscheinlich auch Fahrten im Rahmenfrachtvertrag statt. Denn als wichtige noch 2020 anstehende Fahrten seien laut Bundesregierung der „Kontingentswechsel der Kräfte der Enhanced Forward Presence (eFP) in Litauen und ein Übungsvorhaben in Schweden mit voraussichtlich 14 Transporten geplant.“⁸ Wieviel von den 97,5 Mio. Euro im Rahmenfrachtvertrag genannten Maximalkosten tatsächlich ausgeschöpft werden, lässt sich aufgrund lückenhafter Angaben der Bundesregierung nur erahnen. Auf die Frage, auf welchen Betrag sich die Kosten des Rahmenvertrags im Jahr 2019 belaufen hätten, lieferte die Bundesregierung – aus welchen Gründen auch immer – lediglich die Angaben für die Auslandsfahrten (LOS 2): „Die Gesamtausgaben für den Rahmenfrachtvertrag R 1299 LOS 2 betragen für das Kalenderjahr 2019 insgesamt 41.925.438,46 Euro.“⁹

Zu schlechterletzt geht aus den Antworten der Bundesregierung auch hervor, dass der Rahmenfrachtvertrag als eine Art Dauereinrichtung geplant ist. Zum

einen ist die Verlängerungsoption für 2021 bereits gezogen worden und es sei geplant, sie „auch für die Folgejahre zu nutzen“. Außerdem wird Deutschland im Jahr 2023 erneut die VJTF-Führung und im Folgejahr IFFG-Verpflichtungen übernehmen – der Rahmenfrachtvertrag soll dann augenscheinlich in dieser oder ähnlicher Form neu aufgelegt werden: „Eine Folgeleistung gesicherter Zugriff auf Schienentransporte für die Verlegung deutscher Kräfte VJTF 2023 ist grundsätzlich vorgesehen. Details werden derzeit untersucht.“¹⁰

Proteste

Obwohl die Bahn durch den Vertrag zu einem integralen Bestandteil der Logistik des neuen Kalten Krieges wird, wurde dem Rahmenfrachtvertrag leider kaum Beachtung geschenkt. Eine löbliche Ausnahme stellte die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) Rheinland-Pfalz dar, die letztes Jahr den Antrag „EVG gegen Militarisierung und Kriegsvorbereitung bei der Deutschen Bahn“ verabschiedete, über den das Neue Deutschland berichtete: „Dieser Beschluss enthält eine Aufforderung an die gewerkschaftlichen Gremien, ‚sich gegen die im Rahmenfrachtvertrag zwischen der Deutschen Bahn und der Bundeswehr vereinbarten Kriegsvorbereitungen [...] durch die Deutsche Bahn zu positionieren‘. Bundestagsabgeordnete aus den Reihen der EVG- und anderer DGB-Gewerkschaften werden aufgefordert, den Rahmenfrachtvertrag ‚in den parlamentarischen Gremien zu thematisieren und die Umsetzung zu verhindern‘. Zudem werden die Betriebsräte und gewerkschaftlichen Vertrauensleute aufgefordert, ‚aufzuklären und zu mobilisieren, sich dieser Militarisierung zu verweigern‘, so der Wortlaut.“¹¹

Anmerkungen

- 1 Haydt, Claudia: Bahn frei für das Militär. Der Rahmenfrachtvertrag zwischen Bahn und Bundeswehr, in: [AUSDRUCK](#) (Februar 2019), S. 1-2.
- 2 BMGg: Antwort: Informationen zum sog. Rahmenfrachtvertrag [#58683], [www.fragdenstaat.de](#), 5.3.2019.
- 3 Bundeswehr übernimmt Führung der NATO-Eingreiftruppe, [dw.com](#), 1.1.2019.
- 4 Antwort auf die Bundestags-Drucksache 19/20767 von Tobias Pflüger u.a.: „Militärische Schienentransporte“.
- 5 Kommando Heer (Hg.): Thesenpapier I: [Wie kämpfen Landstreitkräfte künftig?](#), o.J.
- 6 [www.fragdenstaat.de](#), 5.3.2019.
- 7 Antwort auf Bundestags-Drucksache 19/20767.
- 8 Ebd.
- 9 Ebd.
- 10 Ebd.
- 11 Öfinger, Hans-Gerd: Nicht alles soll auf die Schiene, Neues Deutschland, 27.3.2019.

Rail Baltica

Militärisch-geopolitische Dimension eines EU-Eisenbahnprojektes

von Jürgen Wagner

Eines der aktuell prominentesten – und kostspieligsten – Infrastrukturprojekte der Europäischen Union ist die „Rail Baltica“. Dahinter verbirgt sich der Plan, eine Schnellbahntrasse von Tallinn über die baltischen Staaten bis nach Polen zu legen und damit auch an das restliche westeuropäische und nicht zuletzt deutsche Netz anzubinden. Nachdem die ersten Pläne viele Jahre zurückreichen, ist es auffällig, dass gerade in jüngster Zeit wieder Schwung in das Projekt kam: „Die Rail Baltica galt als vorrangiges Bahnprojekt der EU. Doch jahrelang passierte nichts. Nun wird Megaprojekt in Angriff genommen“, schrieb etwa die taz im März 2020.¹ Weder dieser noch die meisten anderen Berichte über das Projekt erwähnen allerdings, weshalb es in jüngster Zeit mit der Rail Baltica wieder recht flott vorangeht: Weil es ein wichtiges Puzzlestück für die „Militärische Mobilität“ zur schnellen Verlegung von Truppen und Material an die russische Grenze darstellt, ein Pfund, mit dem die Anrainer inzwischen auch offen um Gelder werben.

EU-Mammutprojekt

Mit der Rail Baltica soll eine 870 Kilometer lange Schnellbahntrasse entstehen, die Tallinn (Estland), Riga (Lettland) und Kaunas (Litauen) mit Warschau (und daran anknüpfend Berlin) mittels westeuropäischer Spurbreite verbinden und elektrifizieren soll. Die Fertigstellung ist reichlich optimistisch für das Jahr 2026 geplant², zum selben Zeitpunkt soll auch ein 100 Kilometer langer Ostseetunnel fertiggebaut sein, mit dem eine Anbindung an Helsinki gewährleistet wäre. Die Trasse soll ein deutlich höheres Fahrttempo ermöglichen³ und auch das bisher erforderliche Umspuren von der in den baltischen Staaten bislang üblichen russischen Breitspur auf die ansonsten gängige Normalspur an der polnischen Grenze würde dann entfallen.⁴ Dadurch soll sich die Fahrzeit auf der gesamten Strecke deutlich reduzieren – Schätzungen gehen für die Strecke von Berlin nach Tallinn zum

Beispiel von weniger als der Hälfte der Zeit aus.⁵ Die Trasse gilt als Kernstück zur infrastrukturellen Anbindung der gesamten Region an Westeuropa und wurde inzwischen zu einer Priorität der Europäischen Union erklärt: „Die Gesamtbaukosten werden auf 5,79 Milliarden Euro geschätzt, wovon die Europäische Union 4,634 Milliarden, also 80 Prozent, tragen soll. Rail Baltica ist das Hauptprojekt im so genannten Nord-Ostsee-Korridor im Rahmen der EU-Politik der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V).“⁶ Geworben wird für das Vorhaben unter anderem damit, dass es eine spürbare Zunahme des Personen- und Güterverkehrs bewirken soll.⁷ Nachdem allerdings schon seit mindestens 2004 konkret versucht wurde, das Projekt auf die Schiene zu setzen, es aber erst in den letzten Jahren seitens der Europäischen Union vorangetrieben wird, liegt die Vermutung nahe, dass dies auch mit dem rapide verschlechterten Verhältnis zu Russland zu tun haben könnte. Ein erstes Motiv dürfte dabei die symbolträchtige Abwicklung der russischen Spurbreite darstellen, wodurch ein Beitrag geleistet würde, die ‚Gebietsgewinne‘ der Europäischen Union infrastrukturell zu konsolidieren. Schließlich diene das Projekt „vorrangig der Integration der baltischen EU-Staaten in das europäische Eisenbahnnetz“, die alte Spurbreite sei dagegen ein Relikt für die „historische Anbindung an Russland.“⁸ Doch von der Trasse verspricht man sich noch einen deutlich handfesteren „Nutzen“, wie Aussagen aus dem Jahr 2018 belegen, als entscheidende Schritte zur Realisierung des Projektes und seiner Querfinanzierung durch die Europäische Union unternommen wurden. Damals gab Catherine Trautmann, die Europäische Koordinatorin für den transeuropäischen Verkehrskorridor Nordsee-Ostsee, an, eine Finanzierung der Rail Baltica sei durchaus auch über den kurz zuvor erstmals für den EU-Haushalt 2021 bis 2027 vorgeschlagenen Budgettitel „Militärische Mobilität“ möglich (siehe dazu auch den Beitrag von Victoria Kropp in dieser Ausgabe).⁹



Die geplante Strecke der Rail Baltica sowie die erwähnten Stützpunkte. Quelle: Eigene Bearbeitung/Wikipedia/RB Rail AS.

Eisenbahn und Geopolitik

Transportmittel galten und gelten als elementare Machtmittel, weshalb sie auch in den Überlegungen prominenter Geopolitiker stets eine wichtige Rolle einnehmen. Lange wurden Schiffe als wichtigstes Verkehrsmittel erachtet und demzufolge in Seemächten – allen voran dem British Empire – als die dominierenden Akteure auf der Weltbühne gesehen. Am prominentesten vertrat diese Sicht Alfred Thayer Mahan (1840-1914) mit seinem bekanntesten Werk „The Influence of Sea Power upon History“.

Doch allmählich drehte sich der Wind, neue Transportfahrzeuge, insbesondere die Eisenbahn, schmälerten die Bedeutung der Seemächte immer weiter. Bereits 1904 fasste der britische Geograf Halford Mackinder diese Entwicklung und die daraus folgenden Konsequenzen in seinem Aufsatz „The geographical pivot of history“ zusammen: „Noch vor einer Generation schienen Dampfkraft und Suezkanal die Mobilität der Seemacht relativ zur Landmacht erhöht zu haben. Eisenbahnen dienten in der Hauptsache der Beschickung des Überseehandels. Heute jedoch verwandeln transkontinentale Eisenbahnen die Bedingungen der Landmacht von Grund auf, und nirgendwo sonst können sie eine solche Wirkung haben, wie im geschlossenen Herzland Eurasiens [...]“.¹⁰

Bis heute verfügt die Eisenbahn gegenüber anderen Verkehrsmitteln in bestimmten Situationen über einige Vorteile: Ein durchschnittlicher militärischer Gütertransport kann beispielsweise bis zu 120 gepan-

zerte Fahrzeuge aufnehmen – weniger zwar als ein Schiff, aber weit mehr als ein Flugzeug.¹¹ Gegenüber dem Schiff haben Bahntransporte wiederum erhebliche Geschwindigkeitsvorteile – ebenso wie gegenüber einem direkten Transport auf der Straße, der in der Regel 35km/h nicht überschreitet. Außerdem sind Bahntransporte die kostengünstigste der diversen Optionen.¹²

Rail Baltica: Militärische Nutzung

Die zuvor beschriebenen ‚Vorteile‘ militärischer Gütertransporte greifen besonders vor dem Hintergrund der aktuellen NATO-Planspiele gegen Russland. Deren Kern besteht in dem Ziel, bei Bedarf binnen kürzester Zeit große Truppen- und Gütermengen an die russische Grenze verlegen zu können.¹³ Aufgrund der langen Fahrzeit und des aufwändigen Umpurens an der polnisch-litauischen Grenze bleiben hierfür bislang nur die aus NATO-Sicht suboptimalen Optionen, per Flugzeug in Riga anzulanden oder über die Ostsee diverse baltische Häfen anzulaufen. Während die erste Option kostspielig und vom Umfang her limitiert ist, dauert der Seeweg länger und muss vor allem die russische Enklave Kaliningrad umschiffen. Dort soll Russland – zumindest nach NATO-Angaben – aber Kurzstreckenraketen in einem Umfang stationiert haben, dass es im Ernstfall den Seeweg zu den baltischen Staaten abschneiden könnte.¹⁴

Mit der Rail Baltica würden all diese Probleme buchstäblich umfahren, weshalb der diesbezügliche ‚Wert‘ des Projektes auch immer offener betont wird.

So wurde die Bedeutung der Schnellbahntrasse für die „Militärische Mobilität“ unter anderem in einer gemeinsamen Stellungnahme der drei baltischen Premierminister im Dezember 2019 hervorgehoben. Darin wird die „Synergie zwischen zivilen und militärischen Verkehrsanforderungen begrüßt“ und „betont“, dass die Rail Baltica „sehr wichtig für die Verteidigungsfähigkeiten und die regionale Sicherheit ist.“¹⁵

Im selben Monat wurde auf einem litauischen Nachrichtenportal über die Anbahnung von Gesprächen mit weiteren NATO-Staaten für eine militärische Nutzung der Trasse berichtet: „In Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium wird ein Dialog mit NATO-Partnern über die Nutzung der Rail-Baltica-Infrastruktur für die Militärische Mobilität abgehalten und die Optionen für den Transport militärischen Geräts nach Kaunas evaluiert.“¹⁶ Im Juni 2020 räumte dann auch der Kommandeur des Allied Joint Force Command (JFC) der NATO in Brunssum, Jörg Vollmer, die militärische Dimension des Projektes offen ein: „Es handelt sich um ein ziviles, nicht um ein militärisches Projekt, aber es wird für beide Zwecke von Vorteil sein. Es wird beiden Seiten dienen, da sich das Projekt sowohl vorteilhaft auf die Wirtschaft als auch das Militär auswirken wird.“¹⁷ Dass eine machtpolitisch-militärische Dimension bei der Rail Baltica schon länger mitgedacht wurde, zeigt unter anderem auch, dass bereits im Jahr 2016 über eine mögliche Anbindung der Ukraine spekuliert wurde.¹⁸ Auch die über Abzweigungen geplante – oder zumindest intensiv diskutierte – Anbindung der Rail Baltica an die Militärbasen der „Enhanced Forward Presence“ der NATO – je ein Bataillon (1.000 Soldaten) in jedem der baltischen Staaten und Polen – spricht Bände: „Das lettische Verteidigungsministerium setzt sich für den Bau eines Anschlussgleises von der Rail Baltica zu einem Militärgelände ein. Die Stichbahn soll in Ādaži nordöstlich von Riga abzweigen.“¹⁹ Ādaži ist der Stützpunkt der lettischen NATO-Battlegroup unter kanadischer Führung. Auch für das litauische Rukla, wo ein weiteres NATO-Bataillon, hier unter deutscher Führung, stationiert ist, scheint es Pläne zu geben, den Militärstandort über eine Abzweigung direkt an die Rail Baltica anzubinden.²⁰

Anmerkungen

- 1 Wolff, Reinhard: Schnelle Bahn ins Baltikum, [taz.de](https://www.taz.de), 5.3.2020.
- 2 Es ist allerdings unwahrscheinlich, dass 2026 als Termin zur Fertigstellung eingehalten wird. Bereits im Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1723 der Kommission vom 26. Oktober 2018 über das grenzüberschreitende Projekt ‚Rail Baltica‘ im Nord-Ostsee-Kernnetzkorridor (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2018) 6969) wird bereits ein anderes Datum eingeführt: „Nach diesem Arbeitsplan

soll das grenzüberschreitende Projekt ‚Rail Baltica‘ zum frühestmöglichen Zeitpunkt, in jedem Fall aber bis 2030 betriebsbereit sein.“

- 3 „Die insgesamt 870 km lange, elektrizitätsbetriebene Strecke soll sowohl für den Personen- (max. 249 km/h) als auch den Güterverkehr (max. 120 km/h) ausgelegt werden.“ (Hesse, Fabian: Infrastrukturgroßprojekt Rail Baltica erschließt baltische Staaten, [bauingenieur24.de](https://www.bauingenieur24.de), 3.6.2020)
- 4 [Wolff 2020](https://www.wolff2020.com).
- 5 Nikers, Olevs: Baltics to Build Stronger Logistics Within the EU and NATO, [Eurasia Daily Monitor](https://www.eurasiamonitor.com), Volume: 13 Issue: 168, 19.10.2016.
- 6 Hesse 2020. Andere Quellen wie zum Beispiel der oben bereits erwähnte EU-Durchführungsbeschluss von 2018 geben sogar einen EU-Anteil von bis zu 85 Prozent an.
- 7 „Trotz drei- bis vierjähriger Verspätung bei der Designphase wird offiziell immer noch das Jahr 2026 für eine Fertigstellung des gesamten Projekts angepeilt. Alle zwei Stunden soll es dann eine schnelle Verbindung zwischen den baltischen Hauptstädten und den größeren Orten an der Strecke geben, viermal täglich bis nach Warschau. Und man hofft einen großen Teil des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene verlagern zu können.“ (Wolff 2020)
- 8 Hesse 2020.
- 9 Statement by Catherine Trautmann, North-Sea Baltic TEN-T Corridor Coordinator, Brüssel, [railbaltica.org](https://www.railbaltica.org), 6.6.2018.
- 10 Zitiert nach LETTRE INTERNATIONAL 120, LitteratA, [mironde.com](https://www.mironde.com), 11.5.2018.
- 11 Nikers 2016.
- 12 Nikers, Olevs/Tabuns, Otto (Hg.): Baltic Security Strategy Report, Washington 2019, S. 157.
- 13 Siehe zu den NATO-Überlegungen mit Blick auf Russland Wagner, Jürgen: Großmanöver Defender 2020, in: AUSDRUCK (März 2020), S. 31-34.
- 14 Howard, Glen: Enabling Deterrence: U.S. Security Policy Toward the Baltic, in: Sprūds, Andris/Andžāns, Māris (Hg.): Security of the Baltic Sea Region Revisited amid the Baltic Centenary, The Riga Conference Papers 2018, S. 83-98, S. 94., [baltdefcol.org](https://www.baltdefcol.org).
- 15 Joint Statement Prime Ministers' Council of the Baltic Council of Ministers, Riga, [mk.gov.lv](https://www.mk.gov.lv), 6.12.2018.
- 16 The aim of the Baltic States is rapid and coordinated implementation of the “Rail Baltica” project, [Lithuania Ministry of Transport and Communications](https://www.lithuaniaministryoftransportandcommunications.lt), 6.12.2019.
- 17 NATO JFC commander: Rail Baltica will improve military mobility, [baltic-course.com](https://www.baltic-course.com), 25.6.2020.
- 18 Nikers 2016.
- 19 Rail Baltica: Lettland will Anschluss einer Militärbasis, [eurailpress.de](https://www.eurailpress.de), 2.7.2020.
- 20 Identifying future scenarios of transport development along Tallinn –Riga –Kaunas corridor, März 2019, [uudenmaanliitto.fi](https://www.uudenmaanliitto.fi).

Logistik mit Geschmäcke

Lokale Auswirkungen militärisch genutzter Flug- und Seehäfen

von Jacqueline Andres

Aktuell befindet sich die Bundeswehr mit etwa 4.000 Soldat*innen in 13 Auslandseinsätzen und beteiligt sich immer wieder an zahlreichen internationalen Kriegsübungen. Das ist eine große logistische Herausforderung, um Material und Truppen auf mindestens drei Kontinenten zu bewegen. Neben dem Schienen- und Straßenverkehr spielen dabei nicht zuletzt auch der Flug- und Seeverkehr – und damit Häfen und Flughäfen – eine zentrale Rolle. Die Bundeswehr greift dafür sowohl auf Militärstützpunkte als auch auf vordergründig „zivile“ Infrastruktur in der BRD zurück – und hinterlässt dabei in unterschiedlicher Hinsicht ein militärisches „Geschmäcke“.

Bundeswehr aus Wilhelmshaven ...

Für die Marine stellen die Stützpunktkommandos „die logistische Drehscheibe für die Flotte“¹ dar. Diese sind an der Ostsee in Eckernförde, Kiel und Warnemünde für einen der drei Großverbände der Marine, die Einsatzflotille 1, zuständig. Neben dem Betrieb der Stützpunkte, „koordinieren [die Marinestützpunktkommandos] als globaler ‚Rundum-Service‘ die kontinuierliche Nachversorgung der Schiffe und Boote, die bei ihnen ihren Heimathafen haben. Dazu gehört vor allem, Betriebsstoffe, Ersatzteile, Verbrauchsmaterial, Munition, Verpflegung und Post in jeden Hafen der Welt liefern zu können“². Die Zuständigkeiten für die Versorgung der Einsätze im Mittelmeer oder auch am Horn von Afrika koordinieren diese Ostseestützpunkte mit der Marinebasis in Wilhelmshaven an der Nordsee, die für die Einsatzflotille 2 und damit für den zweiten der Großverbände der Deutschen Marine verantwortlich ist. Der dortige Stützpunkt „allein bevorratet daher schon circa 22.000 verschiedene Versorgungsartikel, die er weltweit an die Schiffe und Boote der Marine versenden kann. Das bedeutet mehr als 50.000 Warenbuchungen jährlich mit einem Materialumschlag von rund 1.100 Tonnen Gesamtgewicht“³.

Teil der Einsatzflotille 2 sind die großen Schiffe und Boote der Deutschen Marine – Fregatten, Einsatzgruppenversorger und Tankschiffe.⁴ Letztere stellen die Logistik auf See: „Die Flottentanker beliefern die Fregatten der Deutschen Marine und verbündeter Flotten in Fahrt mit Kraftstoff, Schmieröl und Frischwasser. Die Einsatzgruppenversorger (EGV) können andere Schiffe darüber hinaus auch mit Munition, Proviant, Ersatzteilen und Verbrauchsgütern versorgen.“⁵ Einer dieser drei EGV der Deutschen Marine aus Wilhelmshaven, der EGV BERLIN „wird derzeit als Führungsschiff der in der Ägäis eingesetzten Einsatzgruppe der Standing NATO Maritime Group 2 (SNMG2) zusammen mit einer griechischen und einer türkischen Überwassereinheit verwendet. Deren Auftrag lautet: Aufklärung, Überwachung und Beobachtung des Seegebietes der Ägäis, Koordinierung mit den zuständigen regionalen Koordinierungszentren für Such- und Rettungsdienst sowie Zusammenarbeit mit den Anrainerstaaten und FRONTEX“⁶. Rettungsaktionen scheinen allerdings keine Rolle zu spielen. In diesem stark überwachten Seegebiet zwischen der Türkei und Griechenland kommt es immer wieder zu rechtswidrigen und oftmals auch tödlichen Push-Back-Aktionen u.a. durch die griechische Küstenwache. Einen solchen Push-Back zurück ins türkische Gewässer, der gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstößt und auch abgesehen davon als menschenverachtend zu bewerten ist, beobachtete auch die Deutsche Marine am 19. Juni 2020 – ohne einzuschreiten.⁷

Wilhelmshaven ist jedoch mehr als nur ein Heimathafen: „Mit Einrichtungen der Streitkräftebasis zusammen ist er zugleich der größte Standort der Bundeswehr überhaupt.“⁸ Abgesehen von dem Marinestützpunktkommando operiert auch das dem Logistikkommando in Erfurt unterstellte Logistikzentrum der Bundeswehr von Wilhelmshaven aus: „Ob Fahrzeuge, Panzer oder Container, ob auf der Straße, per Bahn, mit dem Flugzeug oder per Schiff: Die Bundeswehr transportiert

Waren und Geräte in großem Umfang und auf unterschiedliche Weise. Verantwortlich für die Organisation der Logistik im In- und Ausland ist das Logistikzentrum der Bundeswehr – und das 24/7, also rund um die Uhr, jeden Tag.“⁹ Diese logistische Unterstützung leistet das Zentrum nicht nur für die Bundeswehr, sondern auch für „auf europäischem Boden stattfindende Militärübungen der North Atlantic Treaty Organization, zum Beispiel Trident Juncture oder dem Host Nation Support“.¹⁰

... und die Militarisierung der Stadt

Die wirtschaftliche Rolle der Bundeswehr vor Ort ist erheblich: „Der Marinestützpunkt Wilhelmshaven zählt etwa 4.500 Soldatinnen und Soldaten sowie Zivilangestellte. Alle Infrastruktureinrichtungen eingerechnet, beschäftigt die Bundeswehr 9.500 Menschen in der Stadt am Jadebusen und ist größter Arbeitgeber“.¹¹ Auf dem Jobportal ‚Karrieresprung‘ heißt es anpreisend; „Stillgestanden! In Wilhelmshaven ist das ein ausgezeichnete Karriere-Tipp. Die Stadt ist der größte Standort der Bundeswehr. Acht Marineanlagen, 36 Bundeswehrdienststellen einschließlich des Logistikzentrums der Bundeswehr sitzen hier. Im Juni 2019 hatte die Bundeswehr diese Jobs in Wilhelmshaven zu vergeben: Schiffsmechaniker, Lagerarbeiter, Küchenhilfskraft, Arzt in zivil“.¹² Dazurechnen müsste man noch die Arbeitsplätze, die durch die Bundeswehrangehörigen und ihre Familien in der Stadt entstehen.

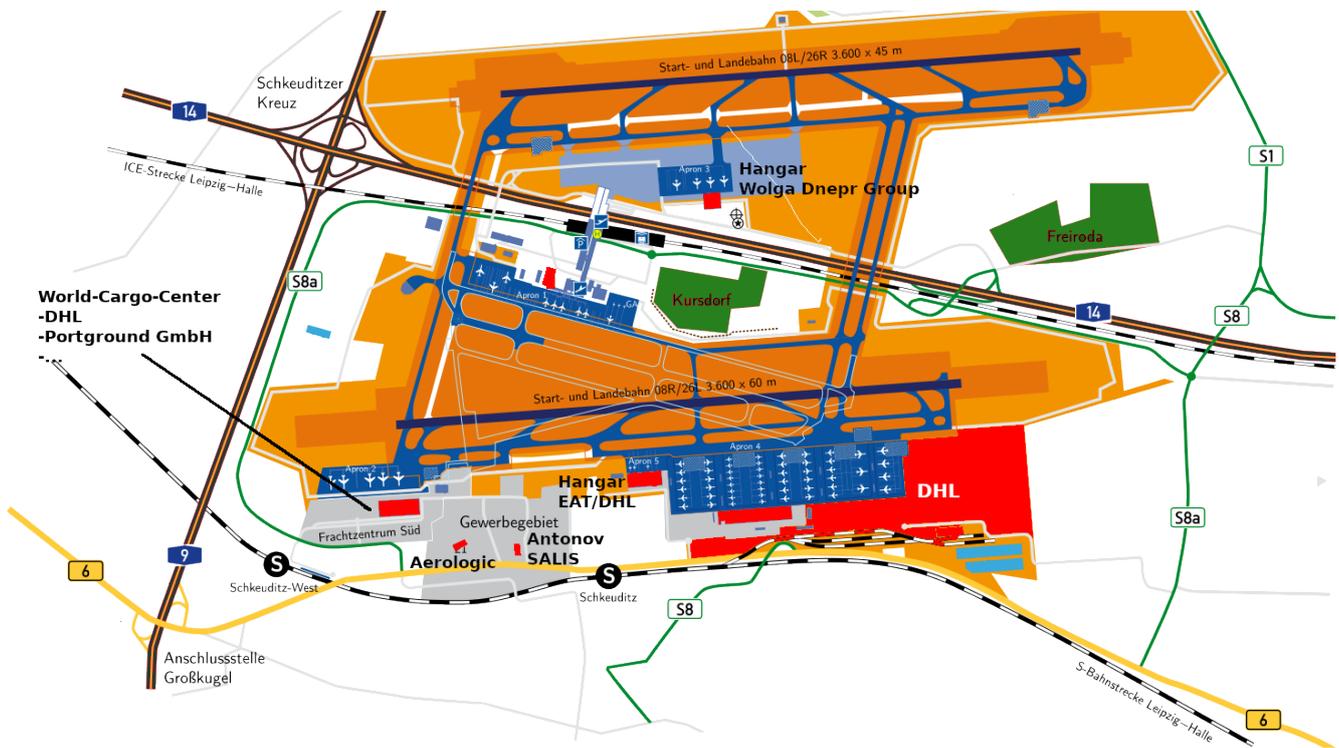
Tatsächlich militarisiert das Militär die Stadt auch außerhalb der Stützpunkte – es ist tief mit der Geschichte der Stadt verwoben. Wie der Name es schon ahnen lässt, steht Kaiser Wilhelm in enger Verbindung mit der Stadt: „Wilhelmshaven erhielt seinen Namen im Juni 1869 durch König Wilhelm I. von Preußen, den späteren Deutschen Kaiser. Wegen der einzigartigen und geschützten Lage war wenige Jahre zuvor mit dem Bau eines preußischen ‚Marine-Etablissements‘ inmitten des Oldenburger Landes, an der Jade begonnen worden“.¹³ Die Stadt ist erst für die Marine entstanden, mit ihr gewachsen - und schließlich auch ihretwegen im Zweiten Weltkrieg zerstört worden. Um aus dem damals landwirtschaftlich geprägten Gebiet einen Marinestützpunkt zu machen, wurde eine Eisenbahnlinie von Bremen nach Heppens errichtet, eine Garnisonkirche gebaut, der Ems-Jade-Kanal gebaut und der Hafen für die Hochseeflotte erweitert. Im Jahr 1910 betrug die Einwohner*innenzahl etwa 20.000 und die Zahl der auf der Kaiserlichen Werft beschäftigten Arbeiter*innen lag bei 8.250.¹⁴ Zahlreiche Viertel der Stadt teilen auch die anschließend faschistische Geschichte mit der Marinewerft: In Fedderwardergröden wurde zu Zeiten des Nationalsozialismus eine

Wohnstadt „für Werftarbeiter und Marinesoldaten“ errichtet und im Stadtteil Voslapp wurde 1937 „der nördliche Teil des Fedderwarder Bau- und Andelgrödens für die Anlage einer Siedlung für (Marine-) Werftarbeiter genutzt.“¹⁵ Im Jahr 1944 erreichte Wilhelmshaven „mit 133.000 Personen seine bisher höchste Einwohnerzahl. Auf der Kriegsmarinewerft sind über 25.000 Mitarbeiter beschäftigt“.¹⁶

Flughafen Leipzig/Halle ...

Eine Verbindung zwischen dem „zivilen“ Flughafen Leipzig/Halle und dem Logistikzentrum der Bundeswehr in der Jadestadt scheint zunächst abwegig. Doch seit 2006 besteht der sogenannte „Strategic Airlift International Solution“-Vertrag, welcher der Bundeswehr und weiteren NATO-Partnern „den Zugang zu Lufttransportkapazitäten für übergroße und schwere Fracht mit besonderer zeitlicher Dringlichkeit“¹⁷ sichert. Konkret heißt das, auf dem Flughafen Leipzig/Halle stehen der Bundeswehr zwei gigantische Transportflugzeuge des Typs Antonov AN-124-100 der ukrainischen Antonov Logistic SALIS GmbH zur Verfügung, um bspw. Panzer, Lastwagen oder Hubschrauber nach Afghanistan, Mali und an weitere Kriegsschauplätze zu fliegen, da die NATO (noch) nicht über solche Großraumfrachtflieger verfügt. Die Verbindung: „Die Koordinierung erfolgt durch das Logistikzentrum der Bundeswehr in Wilhelmshaven“.¹⁸

Abgesehen von der Nutzung des Flughafens für den Materialtransport von Kriegsgerät besteht noch mindestens eine weitere Kooperation zwischen dem Flughafen und der Bundeswehr – genauer gesagt zwischen der PortGround GmbH und dem Logistikbataillon der Bundeswehr mit Sitz in Burg (bei Magdeburg). Der Flugzeugabfertiger, eine Tochtergesellschaft der den Flughafen betreibenden Mitteldeutschen Flughafen AG, erbringt „rund um die Uhr alle Dienstleistungen, die das Handling von Passagieren, Flugzeugen und Fracht umfasst [sic!]“.¹⁹ Der Einsatz von Luftumschlagsoldat*innen auf zivilen Flughäfen erfordert auch ein Einlernen und eine Anpassung der Standards: „Beide Seiten, Portground und das Luftumschlagpersonal des Logistikbataillons 171 der Bundeswehr profitierten davon, wenn Aus- und Weiterbildungen gemeinsam durchgeführt werden. Bestandteile des Ausbildungsprogramms sind die Weiterbildung der Sicherheitsbeauftragten für Luftsicherheit und die praktische Einbindung von Luftumschlagpersonal in der Gefahrgut- und Frachtabfertigung der Portground GmbH.“²⁰ Die 68 Wochen dauernde Ausbildung lässt damit die zivile mit der militärischen Logistik verschmelzen. Aus in Kriegsstrukturen eingebundenen Soldat*innen und Flugzeugabfertiger*innen



Hervorgehobene Logistikbereiche am Flughafen Leipzig/Halle. Quelle: Eigene Bearbeitung/Wikipedia.

werden laut Jürgen Kötter, dem Vertreter der Portground GmbH, einfach „Profis“²¹.

Der Frachtflugverkehr am zweitgrößten Luftfrachtdrehkreuz der BRD nimmt eine stetig wachsende Rolle in der Stadt und ihren Strukturen ein. Passend dazu erfolgt die Beschreibung des Wirtschaftssektor auf der Website der Stadt unter dem Titel „Stadt voller Energie – Logistik im Aufwind“.²² Aufgeführt werden auch die Profiteure: „In Leipzig entwickelt sich Europas neues Logistikkreuz für internationale Unternehmen wie DHL, AeroLogic, Lufthansa Cargo und Future Electronics dynamisch weiter. Insbesondere der 24/7-Service des Frachtflughafens Leipzig/Halle, die qualifizierten und motivierten Arbeitskräfte, die progressive Universitäts-Industrie-Kooperation und die exzellente Forschungsinfrastruktur sind ein erstklassiger Logistik- und Mehrwertservice für die Automobil-, Maschinenbau- und Mikroelektronikindustrie.“²³ Zwischen 2005 und 2017 stieg die Zahl der Beschäftigten im Leipziger Logistikcluster um 91 Prozent auf 36.500 Erwerbstätige an²⁴ – die meisten davon im Billiglohnsektor.

Auch das Interesse von Rüstungsbetrieben an Leipzig/Halle mit dem „24/7-Service des Frachtflughafens“ scheint sich zu steigern. Im Oktober 2019 berichtete der MDR Sachsen über Pläne des Rüstungskonzerns Rheinmetall, dort ein Zentrum für Logistik und Flotententechnik zu errichten. Zusammen mit dem US-amerikanischen Unternehmen Sikorsky, mittlerweile übernommen von Lockheed Martin, bewirbt sich Rheinmetall um den milliardenschweren Bundeswehr-Auftrag für die Beschaffung von 40 bis 65 neuen Transporthubschraubern. Sollte dieser Großauftrag an

sie gehen, könnte Leipzig zum Beispiel das Ersatzteilzentrum, also die Basis aller Aktivitäten rund um den Transporthubschrauber der Bundeswehr²⁵ mit etwa 150 Mitarbeiter*innen werden und die Wartung würde in Brandenburg und Baden-Württemberg erfolgen. Es bleibt abzuwarten, ob auch Rheinmetall mit ihrer Kriegsproduktion von der Leipziger „Logistik im Aufwind“ und den geringen Arbeitsentgelten profitieren wird.

... erfährt Gegenwind

Die auf der Website der Stadt angepriesenen „24/7-Service des Frachtflughafens Leipzig/Halle, die qualifizierten und motivierten Arbeitskräfte [im Billiglohnsektor!], die progressive Universitäts-Industrie-Kooperation“ schienen nur wenigen zu nützen und vielen zu schaden. Der 24/7-Service heißt, es besteht in Leipzig kein Verbot von Nachtflügen des Frachtflugverkehrs. Ganz im Gegenteil: Ein weiterer Ausbau des Frachtflughafens ist geplant. DHL möchte die Nutzung des Flughafens ausweiten und von 60 auf 96 Flugzeugstellplätze wachsen, „also um 60%, den Anstieg der Starts/Landungen von ca. 79.000 (2019) auf ca. 118.000 bis 2032, also um 50% und den Einsatz größerer (und damit lauterer und schadstoffintensiverer) Frachtmaschinen“²⁶. Dagegen wehrt sich die Bürgerinitiative „Gegen die neue Flugroute“ u.a. in einer Petition, in der sie aufzeigt, dass der schlafraubende und umweltschädliche Fluglärm mehr als 1,5 Millionen Menschen betrifft.²⁷ Die Bürgerinitiative reiht sich mit weiteren rund 20 Organisationen, Verbänden und Gruppen in das

Netzwerk der Bürgerinitiativen am Flughafen Leipzig/Halle – auch Netzwerk Zukunft Leipzig genannt – ein, welches sich „für gesunde Lebensbedingungen, für saubere Luft, für aktiven Lärmschutz, für ungestörte Nachtruhe, gegen die militärische Nutzung des Flughafens und für die wahrheitsgemäße Berichterstattung“²⁸ einsetzt. Ihm gehört auch die IG Nachtflugverbot Leipzig/Halle e.V. an, die am 22. Mai 2020 einen offenen Beschwerdebrief an den CDU-Bundestagsabgeordneten Marian Wendt schickte: „Der Fluglärm und hier insbesondere der Nachtfluglärm rund um das Frachtdrehkreuz am Flughafen Leipzig/Halle ist für die Menschen nicht nur im Landkreis Nordsachsen unerträglich geworden. Durch die uneingeschränkte Nachtfluglaubnis landen und starten derzeit jede Nacht bis zu 90 Fracht- und Militärmaschinen (180 Flugbewegungen), Tendenz weiter steigend.“²⁹ Die Logistik der großen Unternehmen und der Bundeswehr erfolgt auf Kosten der Gesundheit der Anwohner*innen. Auch gegen die militärische Nutzung des Flughafens und die damit einhergehende Militarisierung der Stadt regte sich Widerstand, u.a. von Seiten der Aktionsgemeinschaft „Flughafen natofrei!“, die sich ebenfalls am Netzwerk Zukunft Leipzig beteiligte. Seit 2006 wehrte sie sich gegen die militärische Nutzung des Flughafens und forderte mit Aktionen und Aufklärungsarbeit: „Flughafen natofrei! Keine Militärtransporte! Die Militarisierung des Flughafens Leipzig/Halle sofort stoppen!“³⁰ Diese Forderung bleibt aktuell.

Anmerkungen

- 1 Marinestützpunktkommandos der Einsatzflottille 1, bundeswehr.de
- 2 Ebd.
- 3 Presse- und Informationszentrum Marine: Marinestützpunktkommando Wilhelmshaven erhält neuen Kommandeur, presseportal.de, 8.7.2020
- 4 Einsatzflottille 2, bundeswehr.de
- 5 Trossgeschwader, bundeswehr.de
- 6 Antwort auf die Schriftliche Frage 7/433 des Abgeordneten Andrej Hunko vom 29. Juli 2020 zu beobachteten

- „Push backs“ in der Ägäis, andrej-hunko.de, 6.8.2020
- 7 Ebd.
- 8 Marinestützpunktkommando Wilhelmshaven, bundeswehr.de
- 9 Logistikzentrum der Bundeswehr, bundeswehr.de
- 10 Ebd.
- 11 Marinesoldaten in Wilhelmshaven helfen beim Einkauf, sueddeutsche.de, 24.3.2020
- 12 Jobs in Wilhelmshaven: Augen geradeaus!, karriere-sprung.de
- 13 Wilhelmshaven Stadtgeschichte, wilhelmshaven.de
- 14 Historie der Stadt Wilhelmshaven, wilhelmshaven.de
- 15 Stadtteilprofile ZwanzigZwanzig, Stadt Wilhelmshaven, Der Oberbürgermeister Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung Geoinformation, Vermessung und Statistik, wilhelmshaven.de, 2020
- 16 Historie der Stadt Wilhelmshaven, wilhelmshaven.de
- 17 Bundeswehr transportiert 25.000.000 Schutzmasken: Unterstützung für das Bundesministerium für Gesundheit mit Lufttransportkapazitäten aus dem SALIS-Vertrag, presseportal.de, 24.4.2020
- 18 Ebd.
- 19 PortGround GmbH, www.mdf-ag.com
- 20 Portground bildet Bundeswehr in Schkeuditz aus und weiter, lvz.de, 11.3.2018
- 21 Ebd.
- 22 Cluster Logistik, leipzig.de
- 23 Ebd.
- 24 Ebd.
- 25 Neue Jobs für Leipzig durch Milliardenauftrag der Bundeswehr, mdr.de, 25.10.2019
- 26 Bürgerinitiative „Gegen die neue Flugroute“: Kein weiterer Ausbau des Frachtflughafens Leipzig/Halle, openpetition.de
- 27 Ebd.
- 28 Unsere Ziele und Forderungen, zukunftleipzig.de
- 29 Bitte setzen Sie sich für nächtliche Betriebsbeschränkungen am Flughafen Leipzig/Halle ein!, l-iz.de, 24.5.2020
- 30 Auch auf die Tagesordnung! „Flughafen Leipzig / Halle-NATOFREI !“, nein-zum-kriegsflughafen.de, 28.2.2008

Unterschiedliche Gruppen organisieren sich gegen den Transport von Rüstungsgütern. Letztes Jahr gründete sich „The Weapon Watch“ in Genua – eine Beobachtungsstelle für Waffen in europäischen und Mittelmeerhäfen. Ihr Ziel ist es, „den Kampf der Hafentarbeiter*innen gegen den Handel mit Waffen zu unterstützen“. Wenn es gelingt, sich in den Hafenstädten besser zu vernetzen, um die angesteuerten Häfen von Schiffen mit militärischer Fracht zu lokalisieren, lässt es sich besser informieren, mobilisieren und im besten Fall verhindern, dass Rüstungsgüter

verladen werden. So weigerten sich im Sommer 2019 Hafentarbeiter*innen u.a. in Genua, Marseille und Le Havre saudi-arabische Schiffe mit Waffen für den Krieg in Jemen zu beladen.

Mehr Infos: weaponwatch.net

Auch der Hamburger Hafen ist ein Waffenumschlagplatz. Dort setzt sich u.a. die Volksinitiative gegen Rüstungsexporte in Hamburg für einen zivilen Hafen ein.

Mehr Infos: ziviler-hafen.de

Für den kleinen Hunger

von Christina Boger



Für die Bundeswehr werden „jährlich Lebensmittel im Wert von rund 16 Millionen Euro beschafft, 289 Truppenküchen und 29 Schiffe/Boote versorgt.“¹ Dabei würden „jährlich bei Transporten 630.000 Kilometern zurückgelegt und täglich werden 30 Tonnen Lebensmittel (Nettogewicht) mit einem Wert von ca. 56.000 Euro ausgeliefert.“² Neben den Lebensmitteln benötigt das Militär auch die technische Ausstattung zur Verarbeitung. Zentraler Anbieter von Feldküchen ist Kärcher Futuretech. Erst im April 2020 erhielt das Unternehmen einen Großauftrag der Bundeswehr in dreistelliger Millionenhöhe zur Herstellung von über 400³ neuen mobilen „Feldküchen der Zukunft“⁴ und damit den größten Einzelauftrag der Firmengeschichte. Dabei ist die Bundeswehr keineswegs das einzige Militär, das das Unternehmen mit seinen mobilen Anlagen beliefert. Auch Streitkräfte aus Brasilien, den Niederlanden, Österreich, Saudi-Arabien und Oman sind als treue Kunden von Kärcher Futuretech gelistet.⁵ Von der mobilen sowie der taktischen Feldküche (ugs. „Gulaschkanone“) profitieren zudem auch all jene, denen die Bundeswehr gut gesinnt ist. So wurden z.B. die Peschmerga-Soldaten 2014 neben Waffen auch mit der Gulaschkanone ausgestattet und daran ausgebildet.⁶ Auch die Lebensmittelversorgung bietet Raum für Kriegsprofiteure.

Weiter sind die Truppen immer wieder auch auf eine schnelle und logistisch leicht planbare Versorgung fernab von Truppenküchen angewiesen – das gelingt mit Tagesrationen, den so genannten Einmannpackungen (kurz: EPa). Neben verschiedensten Fertiggerichten sind auch Schokolade und Kekse Bestandteile der EPa.

Laut Produktbeschreibung brennt die Verpackung der Kekse sehr gut und „[d]ie Kekse eignen sich in Kombination mit der brennbaren Bundeswehr-Schuhcreme als Feueranzünder.“⁷ Bei der vermeintlich unzerstörbaren Verpackung, die die Kekse gegen Umwelteinflüsse und sogar Nagetiere schützen soll, wurde die deutsche

Post allerdings leider nicht mit einkalkuliert. In einer 5-Sterne-Rezension schreibt ein Kunde: „Ich habe mir 10 Packungen der Hartkekse bestellt, davon waren leider 2 Packungen beschädigt.“⁸

Obgleich das Design der EPas mehr als schlicht anmutet, erzählt ein EPa Entwickler stolz von der „mausgrauen Farbe“⁹ als Wiedererkennungsmerkmal, die zugleich auch einen wichtigen psychologischen Effekt erfülle: „Die Amerikaner machen sehr viel mit Psychologie – und dieses EPa und Essen ist immer Psychologie.“¹⁰ Die Produkte seien zudem extra anwenderfreundlich verpackt – d.h. einfach zu öffnen und in der Zubereitung „idiotensicher“.¹¹ Doch stellt sich dabei die Frage, ob jemand, der eine Anleitung zum richtigen Verzehr von Müsli benötigt, wirklich den Dienst an der Waffe antreten sollte.

Anmerkungen

- 1 Verpflegungsmanagement der Bundeswehr, virtualmarket.gruenewoche.de.
- 2 Ebd.
- 3 Heiming, Gerhard: Europäische Sicherheit & Technik (2020). Bundeswehr procured 85 mobile field kitchens, esut.de, 7.4.2020.
- 4 Johannes Roller, Eurotransport.de (2020). Kärcher Futuretech erhält Großauftrag, eurotransport.de, 15.4.2020.
- 5 Futuretech Kärcher Group, Referenzen Militär, karcher-futuretech.com.
- 6 Christopher Piltz, Spiegel Online (2014). Kurdischer Kämpfer an der Gulaschkanone, spiegel.de, 13.10.2014.
- 7 Bundeswehr Hartkekse. Bw-online-shop, bw-online-shop.com.
- 8 Ebd.
- 9 #2 Auf Stube: Überlebenspaket EPa Bundeswehr, youtube.com.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd.

Militärische Mobilität

Wie NATO und EU die Infrastruktur kriegstauglich machen wollen

von Victoria Kropp

Der Begriff „Military Schengen“ basiert auf dem Schengen-Raum in der Europäischen Union, in dem grundsätzlich freier Waren-, Personen- und Dienstleistungsverkehr herrschen soll. Mit Military Schengen sollen auch militärische Truppen, Fahrzeuge und Geräte der NATO und USA ungehindert durch Europa transportiert werden können. Momentan scheitert ein reibungsloser Transport an nicht geeigneter Infrastruktur – zum Beispiel sind Straßen nicht breit genug, Tunnel nicht hoch genug und Brücken haben keine ausreichende Tragfähigkeit – und an bürokratischen Bedingungen, zum Beispiel Zoll- und Genehmigungsverfahren. Um den nahtlosen Transport über Ländergrenzen zu gewährleisten, sollen mit dem Konzept Military Mobility physische, rechtliche und regulatorische Hindernisse abgebaut werden.¹ Aber warum will man militärische Truppen und Fahrzeuge quer durch Europa transportieren?

NATO-Gipfel

Aus Sicht der NATO führte die Friedensdividende nach dem Ende des Kalten Krieges zu einer Reduzierung der Verteidigungshaushalte. Dadurch wurden Straßen, Brücken und Eisenbahnnetze in Europa nicht nach militärischen Gesichtspunkten gebaut und können dementsprechend nicht durchgehend von schweren militärischen Fahrzeugen genutzt werden. Als ein Beispiel nennt das Online-Magazin *Breaking Defense*² Brücken in Osteuropa: Im Falle eines Krieges mit Russland müsste dieser in einer von Flüssen durchzogenen Gegend stattfinden, von denen viele in Süd-Nord-Richtung verlaufen. Somit müssten die meisten Truppen- oder Materialbewegungen über Brücken laufen, von denen aber nur wenige eine Traglast von mehr als 55 Tonnen hätten.

Geopolitische Veränderungen sollen seit 2014 dazu geführt haben, dass die NATO wieder ihre „ursprüngliche Aufgabe der territorialen Abschreckung und Ver-

teidigung“ wahrnehmen müsse. Dabei fordert sie (bzw. vor allem die USA) von der EU, mehr Verantwortung für ihre eigene Sicherheit und Verteidigung zu übernehmen.³

So wurde 2014 beim NATO-Gipfel in Wales der Readiness Action Plan beschlossen, mit dem die NATO ihre Präsenz im Osten des Bündnisgebietes verstärken will. Dazu wurde die NATO Response Force (NRF) aufgestockt und als Ergänzung die Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) beschlossen, die noch schneller handlungsfähig sein soll als die NRF-Einheiten. Die NATO Response Force, bestehend aus Land-, Luft- und Seekräften, soll zukünftig bis zu 40.000 Soldat*innen umfassen.⁴ Die Very High Readiness Joint Task Force soll für NATO-Operationen innerhalb von 48 bis 72 Stunden einsatzbereit an jedem Ort sein.⁵ Es liegt auf der Hand, dass dies nur mit der entsprechenden Infrastruktur gewährleistet werden kann.

Die Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU, die auch militärische Mobilität umfasst, wurde beim NATO-Gipfeltreffen 2016 in Warschau in einer gemeinsamen Erklärung festgeschrieben: „Die vielfältigen und sich weiterentwickelnden Sicherheitsherausforderungen, mit denen unsere Mitgliedstaaten und unsere Bündnispartner aus dem Osten und Süden konfrontiert sind, machen unsere fortgesetzte Zusammenarbeit unerlässlich [...]. Wir sind entschlossen, diese Zusammenarbeit im Rahmen der bestehenden gemeinsamen Vorschläge weiter zu vertiefen. Es ist jetzt wichtig, sich auf die Umsetzung zu konzentrieren. In diesem Zusammenhang werden wir rasche und nachweisbare Fortschritte anstreben, insbesondere in folgenden Bereichen: Militärische Mobilität [...].“⁶ Des Weiteren wird genannt, dass die Verteidigungsfähigkeiten der EU und der NATO sich kohärent und komplementär entwickeln und dass die Verteidigungs- und Sicherheitskapazitäten unter anderem im Osten ausgebaut werden sollen. So wurde auf dem Gipfel auch die Enhanced Forward Presence zur Sicherung der Ost-

flanke des NATO-Bündnisgebietes und der Abschreckung gegenüber Russland beschlossen. Jeweils ein Bataillon, bestehend aus 1000 Soldat*innen, sind in Estland, Lettland, Litauen und Polen stationiert, die die Frontlinie gegen Russland bilden sollen.⁷

EU-Mitteilung zur militärischen Mobilität

Die Europäische Kommission hat im November 2017 eine gemeinsame Mitteilung zur Verbesserung der militärischen Mobilität in der EU herausgegeben. Darin werden Hindernisse für die militärische Mobilität aufgezeigt und mögliche Maßnahmen zur Beschleunigung der Mobilität in der gesamten EU durch eine Verbesserung der zivil und militärisch nutzbaren Infrastruktur aufgezeigt. So sollen nationale Vorschriften zum Transport von Gefahrgut, Zöllen, Mehrwertsteuer und Genehmigungen für das Militär gelockert werden. Allerdings ist damit auch eine Lockerung der Beschränkungen ziviler Standards sehr wahrscheinlich. Beim Transport von Gefahrgut beispielsweise gelten für den zivilen Transport EU-Vorschriften, während im militärischen Bereich überwiegend nationale Vorschriften gelten. Bis 2019 sollten europaweit Brücken, Schienen und Straßen daraufhin überprüft werden, ob sie geeignet sind, um große und schwere Militärfahrzeuge zu transportieren.

Ein Bericht über die Ergebnisse steht allerdings bis heute aus. Zudem soll bei zukünftigen Infrastrukturvorhaben eine Doppelnutzung – sowohl zivil als auch militärisch – überprüft werden. So sagte die EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc: „Unser Ziel ist, unsere Transportwege besser zu nutzen und sicherzustellen, dass militärische Anforderungen bei der Planung von Infrastrukturprojekten berücksichtigt werden. Das bedeutet eine effizientere Nutzung öffentlicher Gelder“. Später wird allerdings hinzugefügt: „Dies ist eine Frage der kollektiven Sicherheit.“⁸ Dazu hat der Europäische Rat die Mitgliedsstaaten aufgefordert, Vorschriften und Verfahren bis 2024 zu vereinfachen und zu vereinheitlichen.⁹

Ständige Strukturierte Zusammenarbeit

Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ) der EU, im Englischen Permanent Structured Cooperation (PESCO), wurde 2017 im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik gegründet und ist ein Fundament der sogenannten Europäischen Verteidigungsunion. Mit PESCO soll die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten im Bereich Sicherheit und Verteidigung intensiviert werden, „damit die EU handlungsfähig ist – in einem sicherheitspolitischen Umfeld, das sich insbesondere seit 2014 verschärft hat.“¹¹ Die teilnehmenden Staaten, alle EU-Mitgliedsstaaten außer Malta und Dänemark, haben sich auf 20 verbindliche Verpflichtungen geeinigt, um ihre militärischen Fähigkeiten auszubauen. Die Verpflichtung Nr. 12 handelt von der Verfügbarkeit und Verlegefähigkeit der Streitkräfte. Vorgesehen ist beispielsweise eine „Vereinfachung und Standardisierung grenzüberschreitender Militärtransporte in Europa, um einen schnellen Einsatz von militärischem Material und Personal zu ermöglichen.“¹¹ Der Konzeption der Bundeswehr von 2018 zufolge ist Deutschland „aufgrund seiner geografischen Lage eine strategische Drehscheibe im Zentrum Europas und gleichzeitig ein wesentliches europäisches Element kollektiver Verteidigung.“¹² So wird die Liegenschaft Major-Karl-Plagge-Kaserne in Pfungstadt „als Teil des zweitgrößten PESCO-Projekts (Permanent Structured Cooperation) ‚Network of Logistic Hubs in Europe and Support to Operations‘ der Europäischen Union zu einem Logistic Hub umgebaut.“¹³ Ein Logistic Hub bietet teilnehmenden Staaten logistische Leistungen an. Damit können verbündete Streitkräfte u.a. militärisches Material umschlagen und lagern.

Aktionsplan zur militärischen Mobilität

Der Aktionsplan zur militärischen Mobilität von 2018 enthält Maßnahmen, um die in der gemeinsamen Mitteilung über die Verbesserung der militärischen Mobilität in der EU genannte Vereinfachung des grenzüberschreitenden Transports von Truppen und

Ausbau der militärischen Mobilität seit 2014	
2014	NATO Readiness Action Plan
2016	Gemeinsame Erklärung von EU und NATO
2017 (Sep.)	Roadmap on Military Mobility
2017 (Nov.)	Gemeinsame Mitteilung zur Verbesserung der militärischen Mobilität in der EU
2017 (Dez.)	Ständige Strukturierte Zusammenarbeit
2018	Aktionsplan zur militärischen Mobilität
2020	Defender 2020
2021	Fertigstellung des NATO-Logistikhauptquartiers in Ulm



Bebildung der EU-Seite zu „Military Mobility“. Quelle: Europäischer Auswärtiger Dienst.

militärischem Gerät zu ermöglichen. So sollen mittels operativer Maßnahmen physische, verfahrenstechnische und rechtliche Hindernisse abgebaut werden, „um eine effektiver, reaktionsschneller und geschlossener handelnde Union zu schaffen, die in der Lage ist, die gemeinsamen Interessen und Prioritäten der EU bei der Förderung des Friedens und der Gewährleistung der Sicherheit ihrer Bürger und Hoheitsgebiete zu verfolgen.“ Denn „durch eine bessere Mobilität der Einsatzkräfte innerhalb und außerhalb der EU wird die europäische Sicherheit verbessert.“⁴¹ In einem Bericht über militärische Mobilität des Europäischen Parlaments wird die EU als „verlässlicher globaler Sicherheitsgarant und Friedensakteur“ beschrieben, der in der Lage sei „den Frieden zu sichern.“⁴¹ Somit ist schnelleres Handeln nicht nur bei nationalen, sondern auch bei internationalen Aktivitäten erwünscht. Des Weiteren wird betont, dass die Zusammenarbeit zwischen dem zivilen und militärischen Bereich ausgebaut werden soll. Eine wichtige Rolle bei der militärischen Mobilität spielt auch der Europäische Auswärtige Dienst (EAD). So baut der Aktionsplan zur militärischen Mobilität auf der Roadmap on Military Mobility auf¹⁶, die von einer EAD-Expertengruppe entwickelt wurde. In der wurden erstmals Hindernisse für grenzüberschreitende Bewegungen von Militärpersonal und -gütern ermittelt und relevante Akteure auf EU- und nationaler Ebene ermittelt. Im Mai 2019 wurde das Programm Optimising Cross-Border Movement Permission Procedures in Europe¹⁷ von 23 Mitgliedsstaaten unterzeichnet, das die Erteilung von grenzüberschreitenden Boden- und Luftfahrtgenehmigungen harmonisieren und erleichtern soll, damit der Verwaltungsaufwand verringert und die grenzüberschreitende Beförderung an Land (Straße, Schiene und Binnenwasserstraßen) sowie

in der Luft (ferngesteuerte Flugsysteme, Kampfflugzeuge, Hubschrauber) erheblich verkürzt wird. Diese Harmonisierung und Vereinfachung soll 2020 abgeschlossen werden.

Gerangel um die Kosten

Die Europäische Kommission schlug im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens für 2021-2027 (MFR) in der Budgetlinie 5 (heute: „Resilienz, Sicherheit und Verteidigung“) ein Volumen von 6,5 Mrd. Euro für die militärische Mobilität vor. Abgewickelt werden sollen die Gelder aber über die sogenannte Connecting Europe Facility (CEF)¹⁸, eigentlich ein ziviles Finanzierungsinstrument der EU zur Förderung der europäischen Infrastruktur und deren Nutzung, weshalb sie Teil der Budgetlinie 1 „Binnenmarkt, Innovation und Digitales“ ist. Aufgrund interner Querelen zwischen den Mitgliedsstaaten und der Kommission musste das Budget in der Folge allerdings erhebliche Kürzungen hinnehmen. Im letzten Kommissionsvorschlag für den EU-Haushalt 2021-2027 von Ende Mai 2020 wurden schlussendlich „nur“ noch 1,691 Mrd. Euro für die „militärische Mobilität“ eingestellt. Der genaue Umfang des Mobilitätshaushaltes wird erst nach dem Abschluss der Verhandlungen um den MFR feststehen, dürfte in jedem Fall aber deutlich unter den ursprünglich anvisierten 6,5 Mrd. Euro liegen. Eine andere Finanzierungsmöglichkeit wäre deshalb über Töpfe der Nationalstaaten. Da es beim Ausbau der militärischen Mobilität um eine Anpassung des zivilen Verkehrsnetzes an militärische Anforderungen geht, können nationale Infrastrukturvorhaben im zivilen Bereich auch gleichzeitig eine militärische Nutzung – im Sinne der Doppelnutzung – beinhalten und unabhängig von EU-Töpfen finanziert werden. In diesem Sinne äußert sich auch eine „gut informierte Quelle“ gegenüber dem Insiderportal Bruxelles2, das die Person mit den Worten zitiert, in der Praxis sei „es immer möglich, auf gewöhnliche Mittel zurückzugreifen, um bestimmte Projekte zu finanzieren, die für das Militär oder die Verteidigung nützlich sind.“¹⁹

Defender 2020 und die Rolle Deutschlands

Defender 2020 war ein US-Manöver, das vor Ausbruch der Coronakrise für den Zeitraum von Februar bis Mai 2020 geplant war. In dessen Rahmen wurden auch ergänzende NATO-Manöver vorgesehen. Ziel von Defender 2020 war die Verlegung einer Division (20.000 Soldaten) von den USA an die europäische Grenze mit Russland. Bei dem Manöver ging es nicht nur darum, militärisches Gerät und Kommandostrukturen zu testen, sondern auch darum, wie das Zusam-

menspiel mit vorhandenen zivilen Strukturen, im Besonderen der zivilen Infrastruktur, läuft. Mit der Übung sollten Lücken in der militärischen Mobilität aufgedeckt und von den jeweiligen Ländern behoben werden, damit militärische Fahrzeuge und Truppen künftig ohne größere Hindernisse über zivile Straßen und Brücken von einem Land ins andere gelangen können.²⁰ Gerade für Deutschland ist so ein Infrastrukturtest interessant, denn die Bundesregierung erhebt selber „keine gesonderten Daten hinsichtlich der militärischen Nutzbarkeit der Verkehrsinfrastruktur, die über die bereits vorhandenen Daten über Bauwerke und Infrastruktur hinausgeh[t].“²² Im Rahmen von Defender 2020 wurde das Kommandozentrum in Ulm mit der NATO-Übung Combined Defender (CODE) eingebunden, was auch noch umgesetzt wurde, bevor das Manöver aufgrund der Coronakrise massiv zusammengestrichen wurde.²² Ziel war die „Gewährleistung der Operationsfreiheit und der Durchhaltefähigkeit im rückwärtigen Raum zur Unterstützung schneller Transporte von Truppen und Ausrüstung nach, durch und aus Europa.“²² In Ulm gibt es auch das NATO-Kommandozentrum für den rückwärtigen Raum (Joint Support Enabling Command, JSEC). Das bereits beschlossene Logistikhauptquartier soll ab 2021 voll einsatzbereit sein. Der Aufgabenbereich umfasst unter anderem schnelle Truppen- und Materialtransporte und deren Schutz innerhalb Europas.²⁴ In der Fachzeitschrift Europäische Sicherheit und Technik wird die Aufgabe des Kommandos folgendermaßen beschrieben: „Das JSEC ist eine Art NATO-Streitkräftebasis. Es legt die genauen Märsche durch die Nationen fest, regelt die Grenzübertritte und sorgt für eine realistische Planung. [] Es bestimmt aufgrund der Angaben der US-Streitkräfte, wann diese wo welche Grenze überschreiten. Die nationalen Kräfte, in Deutschland die Streitkräftebasis, organisieren dann die Unterstützung im jeweiligen Land.“²⁵ Des Weiteren soll Deutschland als Transitland für Truppenbewegungen und als Aufnahmeland für ausländische Streitkräfte im Rahmen der Host Nation Support²⁶ fungieren. Host Nation Support ist die Unterstützung ausländischer Streitkräfte bei der Planung und Durchführung von Truppenbewegungen, Betankung und Bereitstellung von Unterkünften.

Verbesserung der Straßen, Brücken und Tunnel gen Osten, Stationierung von Bataillonen in Osteuropa, ergänzende NATO-Manöver im Rahmen der Übung Defender 2020 (Truppenverlegung von den USA an die europäische Grenze mit Russland). All diese Vorbereitungen dienen einem Zweck: Eine Infrastruktur zu schaffen, um auf einen Kampf gegen Russland vorbereitet zu sein – so knapp lässt sich das Ziel der Ausweitung der militärischen Mobilität zusammenfassen.

Anmerkungen

- 1 [Bericht über militärische Mobilität \(2018/2156\(INI\)\)](#).
- 2 Freedberger, Sidney: [OMFV: The Army's Polish Bridge Problem](#), breakingdefense.com, 6.2.2020.
- 3 European Parliament Research Service (EPRS): [Military mobility](#), PE 635.570 von März 2019.
- 4 [VJTF – Speerspitze der NATO](#), [bmvg.de](#), o.J.
- 5 VJTF 2019: [Jederzeit schnell einsatzbereit](#), [bmvg.de](#), 26.11.2019.
- 6 [Joint Declaration on EU-NATO Cooperation](#), [consilium.europa.eu](#), 8.6.2016.
- 7 [Warsaw Summit Communiqué](#). Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Warsaw 8-9 July 2016.
- 8 Europäische Kommission: [Action Plan on military mobility: EU takes steps towards a Defence Union](#), 28.3.2018.
- 9 EPRS 2017 a.a.O.
- 10 [PESCO](#), [bmvg.de](#), o.J.
- 11 Council of the European Union (2017): [Council Decision establishing Permanent Structured Cooperation \(PESCO\)](#), 14866/17 vom 8.12.2017.
- 12 [Konzeption der Bundeswehr](#), [bmvg.de](#), September 2018.
- 13 [Zukunft der HIL Heeresinstandsetzungslogistik GmbH-Standorte in Darmstadt](#), BT-Drucksache 19/16216.
- 14 [Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat über Aktionsplan zur militärischen Mobilität](#), [eur-lex.europa.eu JOIN\(2018\) 5 final](#).
- 15 [Bericht über militärische Mobilität](#), [europarl.europa.eu \(2018/2156\(INI\)\)](#).
- 16 EDA: [23 EU Member States sign new military mobility programme](#), Pressemitteilung vom 14.5.2019 ([eda.europa.eu](#)).
- 17 Programme Arrangement (PA) No. A.PRG.CAP672 on the [Optimising Cross Border Movement Permission Procedures in Europe](#), [tap.mk.gov.lv](#), o.J.
- 18 INEA: [Connecting Europe Facility](#), [ec.europa.eu](#), o.J.
- 19 [Une mobilité militaire réduite à zéro, définitivement?](#) [club.bruxelles2.eu](#), 26.2.2020.
- 20 Haydt, Claudia: [Der Krieg und seine Logistik: Defender 2020. Europäisches Mega-Militärmanöver mit starker deutscher Beteiligung](#), [imi-online.de](#), 22.11.2019.
- 21 [Militärische Mobilität in Deutschland](#), BT-Drucksache 19/5208.
- 22 [Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 11/343](#), [no-to-nato.org](#).
- 23 [Brussels Summit Declaration](#), [nato.int](#), Press Release (2018) 074 vom 11.7.2018.
- 24 Presse- und Informationszentrum der Streitkräftebasis: [Neues NATO-Kommando in Ulm/Aufstellung und Betrieb durch die Streitkräftebasis von synergetischem Nutzen](#), [presseportal.de](#), 20.3.2018.
- 25 Test der Drehscheibe Deutschland, in: Europäische Sicherheit und Technik 1/2020.
- 26 [Host Nation Support](#), [bundeswehr.de](#), o.J.

NATO-Pipeline

Subtile Militarisierung der Landschaft

von Christoph Marischka

Nach etwa vier Jahren Planung begann 1958 der Bau des Central European Pipeline Systems (CEPS). Es verbindet Seehäfen in Frankreich, Belgien und den Niederlanden mit Flughäfen und Luftwaffenstützpunkten in Deutschland, deren Versorgung es auch im Kriegsfall sicherstellen soll. Neben der Pipeline und den Häfen gehören auch Raffinerien und Depots zu dieser Infrastruktur. Ihre Struktur (Einspeisung im Westen zur Versorgung der Standorte in Westdeutschland) repräsentiert die Konfliktszenarien des Kalten Krieges. Aktuell umfasst das System 5,279km Pipeline, über die jährlich 12 Mio. Kubikmeter Treibstoff transportiert werden. Hauptabnehmer in Friedenszeiten sind zivile Flughäfen wie Frankfurt und Köln/Bonn, worüber die NATO den Unterhalt des Pipeline-Systems in Teilen finanziert. Es ist jedoch vertraglich festgelegt, dass der militärische Bedarf Vorrang hat. Betrieben wird das CEPS in Deutschland von der Fernleitungs-Betriebsgesellschaft (FBG) in Idar-Oberstein, eine GmbH, die zu

51% im Besitz des BMVg ist und neben dem Betrieb der NATO-Pipeline keine weiteren Dienstleistungen anbietet. Einige der Depots gelten als militärische Liegenschaften, andere sind schlicht als Standorte der FBG mbH ausgewiesen. Die Pipeline ist an der Oberfläche durch rot-weiß gestreifte Pfosten erkennbar. Die daran angebrachten Plaketten verweisen lediglich auf die FBG, nicht aber auf die NATO. Sie enthalten mehrere Ziffern, aus denen die FBG ihren genauen Standort schließen kann, sowie eine Telefonnummer der FBG. Falls in der Nähe Bauarbeiten stattfinden, soll die FBG kontaktiert werden, die dann Personal schickt, welches die Arbeiten vor Ort überwacht bzw. berät. Neben Angestellten von Baufirmen und in den Regierungspräsidien sind v.a. Angehörige von Feuerwehren sowie die jeweiligen Grundstückseigentümer*innen teilweise über den Zweck der Pipeline informiert. Hunderttausende passieren sie täglich, ohne von ihnen Notiz zu nehmen. (Alle Bilder:IMI)





In unbebautem Gelände stehen die Pfosten jeweils in Sichtweite zueinander. Außerdem stehen immer dort Pfosten, wo die Pipeline Straßen, Schienen oder ein Gewässer passiert. Das untere Bild zeigt den Ort, wo das CEPS beim „Rübholz“ die viel befahrene Autobahn A8 zwischen Stuttgart und Ulm passiert.





Die Pipeline wird regelmäßig überflogen, um Änderungen in der Erdoberfläche zu erkennen. Sie darf deshalb nach rechts und links je drei Meter nicht mit Bäumen etc. bewachsen sein. Dadurch entstehen Schneisen, an denen man besonders im Winter ihren Verlauf auch auf längere Strecken ersehen kann.





Wenn die Pipeline durch den Wald verläuft, so meist entlang von Waldwegen. Meist wurden diese Wege erst im Zuge des Baus der Pipeline angelegt, dienen nun aber auch als Wander- oder Sportpfade – oder, wie in der „Orschel-Oase“ bei Reutlingen, als Zugang zu Kleingärten. Während der Interventionen in Bosnien, Kosovo, Afghanistan und Libyen versorgte die NATO über die CEPS ihre Streitkräfte mit über 1 Mio. Kubikmeter Treibstoff. Aktuell erwägt das Bündnis den Ausbau seines Pipeline-Netzes an die neue „Ostflanke“ des Bündnisses, insbesondere nach Polen (vgl. NDC Policy Brief 8/2020).



Drohnenbewaffnung

SPD nun doch dafür?

von Marius Pletsch

Nachdem die SPD in der vergangenen Legislaturperiode die Beschaffung von Drohnen des Typs G-Heron TP noch hat platzen lassen, wurde sich in den Koalitionsverhandlungen 2018 mit den Unionsparteien CDU und CSU darauf geeinigt, zunächst zu Aufklärungszwecken diese Drohnen zu leasen und zu einem späteren Zeitpunkt die Entscheidung über eine Bewaffnung zu treffen. Die SPD hatte folgende Bedingung in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt: „Über die Beschaffung von Bewaffnung wird der Deutsche Bundestag nach ausführlicher völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung gesondert entscheiden“.¹ Unter dem Hashtag #DrohnenDebatte2020 startete das Bundesverteidigungsministerium am 11. Mai 2020 nach Verzögerung durch die COVID-19 Pandemie die Debatte. Es gab eine Paneldiskussion am Starttag sowie einen Live-Chat mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Peter Tauber und dem Generalinspekteur der Bundeswehr Eberhard Zorn. Dazu kamen dann noch Informationsveranstaltungen für Bundestagsabgeordnete, eine davon wurde im Internet live übertragen. StS Tauber hat außerdem auch an zwei Universitäten Vorträge gehalten und danach Fragen von Studierenden und Interessierten beantwortet. In den Werbeveranstaltungen ging man teils überraschend freigiebig mit Informationen um. So wurden Videos von Heron 1 Drohneneinsätzen gezeigt, Anforderungen an die einzusetzende Munition (wobei die konkrete gewünschte Munition weiter geheim bleibt) und die favorisierte Bewaffnung des Ministeriums für die Eurodrohne bekannt gegeben. Gekostet haben die Veranstaltungen des BMVg insgesamt etwa 150.000 €.²

Wirklich neue Argumente wurden hier aber nicht ausgetauscht, Kritiker*innen waren auch zumindest bei den BMVg-Veranstaltungen unterrepräsentiert. Das verwundert auch wenig, schließlich wollte man für den Schritt der Bewaffnung werben, man maßte sich auch nicht an als neutraler Akteur aufzutreten. Außerdem wollte das BMVg, so versicherte Tauber wiederholt,

die Diskussion anschieben. Doch eine klare Richtung wurde bereits 2018 eingeschlagen, als der Leasingvertrag unterschrieben wurde (wobei die Vorbereitung für die Bewaffnung bereits für 50 Mio. € mit abgedeckt war) und 2019 die Ausbildung des Bedienpersonals in Israel begann, wo die bis zu sieben Drohnen auch stationiert werden. Da günstigere Überwachungsdrohnen zur Verfügung gestanden hätten, hat man mit der Entscheidung bereits eine Pfadabhängigkeit geschaffen.

Aufgrund der bestehenden Pandemiesituation gab es bislang darüber hinaus nur wenige Veranstaltungen, die eine vergleichbare Reichweite hatten. Auf zwei Beispiele sei aber hier hingewiesen: Stattgefunden hat ein Gespräch mit dem Physiker und Friedensforscher Götz Neuneck und der Regisseurin Karin Jurschick, moderiert von der Journalistin Carolin Emcke³, und eine Veranstaltung des Max-Planck-Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht,⁴ in der völkerrechtliche Aspekte beleuchtet wurden. Weitere Veranstaltungen auch von Seiten der Friedensbewegung werden über den Sommer stattfinden. Eine Vorlage des BMVg wird frühestens nach der parlamentarischen Sommerpause erwartet.

Die „strengen Bedingungen“ der SPD

Am 28. Juni 2020 drang schließlich an die Öffentlichkeit, die SPD sei nun unter bestimmten Bedingungen bereit, einer Bewaffnung der Heron TP Drohnen zuzustimmen. Die Fachpolitiker*innen der SPD hätten gemeinsam einen Katalog erarbeitet, so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gabriela Heinrich. Zitiert wird sie wie folgt: „Wir sind offen in der Frage der Bewaffnung von Drohnen. Aber nur, wenn strenge Bedingungen erfüllt werden, werden wir die Entscheidung mittragen“. Die Bedingungen seien Voraussetzung dafür, „dass wir eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für diese neue Waffe der Bundeswehr schaffen können“.⁵

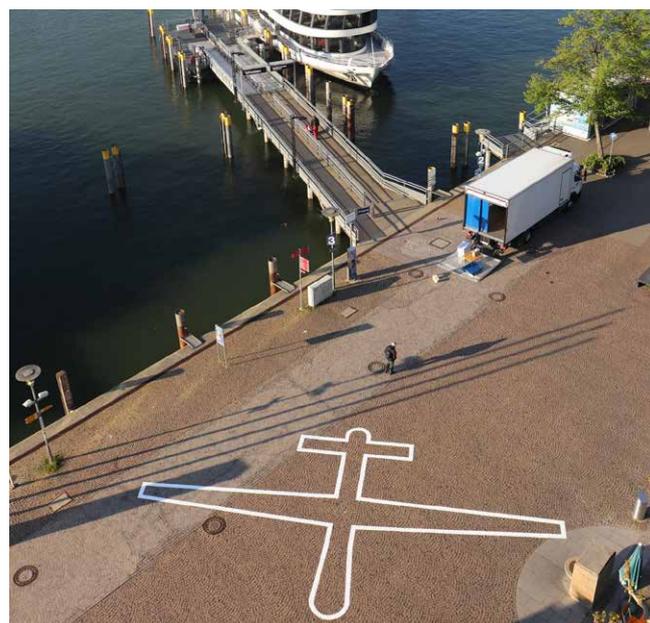
Der Forderungskatalog wurde mittlerweile auch etwas ausführlicher in einem Brief von Heinrich, Fritz Felgentreu und Karl-Heinz Brunner an die Bundestagsabgeordneten der SPD ausgebreitet, relevante Auszüge wurden bei Augengeradeaus veröffentlicht.⁶ Um folgende „strengen Bedingen“ geht es:

Der erste Punkt: Es sollen keine „extralegalen Tötungen“ durchgeführt werden, die „strikte Einhaltung des Völkerrechts [sei] zu gewährleisten“.⁷ Im Tagesspiegel-Artikel heißt es dazu, dass es hier keinen Dissens geben dürfte.⁸ Und in der Tat findet man die Formulierung „Völkerrechtswidrige Tötungen lehnen wir kategorisch ab, auch durch Drohnen“ im aktuellen Koalitionsvertrag. Aber das Problem ist, dass es keine Definition der Bundesregierung gibt, was sie darunter genau versteht. Ernstzunehmende Kritik an völkerrechtswidrigen Tötungen durch Drohnen von Verbündeten (hervorgehoben wird hier stets die USA, doch z.B. auch Großbritannien und Frankreich führen Kill-Listen) vernahm man erst in der aktuellen Debatte über die Drohnenbewaffnung, um sich scheinbar abzugrenzen – insbesondere von der US-Praxis –, um den deutschen Entscheidungsträger*innen eine Zustimmung einfacher zu machen. Doch es ist unklar, was für die Bundesregierung eine extralegale, sprich völkerrechtswidrige Tötung darstellen oder was sie als zulässig ansehen würde. Würde man z.B. die Tötung einer Person, die Logistik oder Finanzierung bereitstellt, also nicht direkt an Kampfhandlungen teilnimmt, als ein legitimes Ziel ansehen. Die Interpretationen des Völkerrechts gehen hier weit auseinander: Solange hier keine eigene Interpretation vorliegt, bleibt die Äußerung nicht mehr als ein Lippenbekenntnis. Zumal in den Veranstaltungen zum Teil auf Szenarien eingegangen wurde, die einen mit mehr Fragen als Antworten zurückgelassen haben.⁹

Der zweite Punkt ist die „[k]ategorische Ablehnung von vollautomatisierten Drohnen und anderen Waffensystemen, um die finale Entscheidung über den Einsatz von Waffengewalt stets auf einem menschlichen Urteil begründen zu können“. Dies hat eine Grundlage im bestehenden Koalitionsvertrag. Bei der konkreten Entscheidung spielt dieser Punkt keine Rolle, wird aber bei zukünftigen Beschaffungen wichtiger, je komplexer die Systeme werden. So ist z.B. die Entwicklung von autonomen Subsystemen für das Kampfflugzeug der nächsten Generation ein Grund zur Besorgnis.

Punkte drei und vier lassen sich unter dem Oberbegriff Transparenzmaßnahmen zusammenfassen. Zum einen soll ein verbindliches Einsatzkonzept erstellt und offengelegt werden und zumindest das Parlament bei Änderungen der allgemeinen Einsatzregeln informiert werden. Anfangs hieß es, hier könnten die sogenannten „Rules of Engagement“ gemeint sein, doch die

waren bislang stets geheim und dies wird so bleiben, denn diese sind nicht gemeint. Die Formulierung eines Papiers mit groben Eckpunkten, wozu die Bundeswehr bewaffnete Drohnen einsetzen möchte und welche allgemeinen Regeln für den Einsatz gelten sollen, sollte für das BMVg recht einfach zu erstellen sein. Und tatsächlich, eine erste Version wurde noch am 3. Juli, am letzten Tag vor der Sommerpause, dem Verteidigungsausschuss übergeben, mitsamt einem Bericht des Verteidigungsministeriums über die #DrohnenDebatte2020. Zum Waffeneinsatz heißt es in den Grundsätzen für den Einsatz bewaffneter Drohnen: „Der Waffeneinsatz mittels eines UAS bedarf außer in Selbstverteidigungssituationen grundsätzlich der ebenengerechten Freigabe durch einen militärischen Entscheidungsträger (in der Regel Stabsoffizier aufwärts) unter Hinzuziehung eines Rechtsberaters. Es gilt der Grundsatz, je wahrscheinlicher zivile Kollateralschäden sind, desto höher die Entscheidungsebene“.¹⁰ Hier schwebte der SPD laut einem Bericht des Neuen Deutschlands wohl die höhere Ebene des Brigadegenerals für die Waffenfreigabe vor, allerdings wurde dies nicht explizit in den öffentlichen Einlassungen erwähnt, somit ist fraglich, inwieweit die SPD auf diesem Punkt beharren wird.¹¹ Außerdem soll der Einsatz der Drohnen nach dem Willen der SPD nur erfolgen, wenn dieser explizit im jeweiligen Mandat erwähnt wird. Bei diesem Punkt wird sich das Ministerium sträuben, da bislang Praxis ist, dass die zulässigen Fähigkeiten (in diesem Fall „Luftnahunterstützung“) im Mandat erwähnt werden, nicht jedoch konkrete Waffensysteme. So ein Micromanagement seitens der Politik wäre eine bittere Pille, die man im Zweifel aber schlucken wird. Darauf deuten auch schon die dem



Der Schatten einer Drohne des Künstlers James Bridle in Friedrichshafen entstand im Rahmen der Ausstellung „Game of Drones“ im Juni 2019. Quelle: flickr/STML.

Verteidigungsausschuss vorgelegten Grundsätze hin.

Punkt fünf der SPD-Kriterien ist die Stationierung der Bodenkontrollstationen im Einsatzland. Dabei handelt es sich allerdings um eine Bedingung, die zurzeit schon erfüllt wird und eine Absicht diese Praxis zu ändern wird zumindest bislang weder von der Politik noch von dem Bedienpersonal der Bundeswehr öffentlich kommuniziert. Auf den ersten Blick dürfte das BMVg sich mit der Bedingung einverstanden erklären. Aber: Was ist bei grenzüberschreitenden, bzw. benachbarten Einsätzen? Denn wenn die Bodenkontrollstationen z.B. in Mali stationiert würden, dürften die Drohnen nicht im benachbarten Niger zum Einsatz kommen, wo die Bundeswehr derzeit auch Soldat*innen stationiert hat. Es würde also nicht verwundern, wenn die Bundeswehr versuchen würde für diese Fälle eine Lösung zu finden. Diese Forderung wird übrigens begründet mit befürchteten völkerrechtlichen Verwerfungen. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Heinrich führte gegenüber dem Tagesspiegel aus, ein Waffeneinsatz, der von einer aus Deutschland (oder einem anderen Drittstaat) gesteuerten Drohne durchgeführt wird, könnte vom Einsatzland als Angriffskrieg gewertet werden.

Die sechste Bedingung ist die psychologische Betreuung des Bedienpersonals der Drohnen. Da die Bundeswehr auch Psycholog*innen in die Einsatzgebiete entsendet, wird das BMVg auch hier kaum eine große Hürde sehen. Die Zivilbevölkerung des Einsatzlandes kann dabei selbst zusehen, wie sie mit der Dauerpräsenz von bewaffneten Drohnen am Himmel zurechtkommt.

Debatte vorbei?

Also, was bleibt von den „strengen Bedingungen“ der SPD? Einige wird das BMVg bereits als erfüllt ansehen, andere leicht erfüllen können. Auch sind die Bedingungen zumindest bisher noch teilweise so allgemein oder ungenau formuliert, dass eine Konkretisierung nötig wäre. Von dem was vorliegt bleiben zwei, bzw. drei Punkte, wo besonders hingeschaut werden muss, wenn das BMVg auf den Katalog antwortet: 1) wird eine belastbare Definition von dem geliefert, was als „extralegale“, bzw. völkerrechtswidrige Tötung bezeichnet wird und werden Szenarien geschildert, die das BMVg noch als zulässigen Waffeneinsatz ansehen würde? 2) Wie wird die Bedingung mit der Stationierung im Einsatzland bei grenzüberschreitenden/angrenzenden Einsätzen ausgelegt; 3) die Ebene, die eine Waffenfreigabe erteilen könnte (allerdings gilt dieser Punkt nur mit Einschränkung, da er nicht in dem Brief ausgebreitet wurde). Laut einem Artikel aus dem Neuen Deutschland wollte die SPD die Entscheidung, ob ein Waffeneinsatz einer Drohne erfolgen soll, mindestens auf die Ebene eines Brigadegenerals heben.¹² In den Grundsätzen, die dem Bundestag mitsamt dem Bericht über die Drohnen-debatte vorgelegt wurden, ist dieses Kriterium nicht erfüllt. Auf die meisten anderen Punkte wurde in dem Bericht eingegangen. Es bleibt abzuwarten, wie zufrieden sich die SPD mit den dortigen Einlassungen zeigen wird.

Dass die SPD jetzt schon laut über eine Zustimmung nachdenkt und überwiegend leicht erfüllbare



Ein früheres Werk von James Bridle, Drone Shadow 002, in Istanbul im Jahr 2012. Quelle: flickr/STML.

Bedingungen stellt, weist in keine gute Richtung in der Frage der Bewaffnung der Drohnen. Aber eine Zustimmung der SPD ist noch nicht ausgemacht. Schließlich wäre dies ein widersprüchliches Signal, wenn man einer Bewaffnung von Drohnen zustimmen würde, wo die Fraktions- und Parteiführung seit etwa einem halben Jahr versucht, die SPD stärker als Friedenspartei zu positionieren. Die Parteivorsitzende Saskia Esken schrieb zu dem Thema auf dem Kurznachrichtendienst Twitter: „Es bleiben grundsätzliche Fragen zu klären, bevor wir debattieren können, ob die durchaus sehr strengen Bedingungen, die die Kollegin Gabriela Heinrichs da beschreibt, am Ende für eine Zustimmung ausreichen. Ich sehe uns jedenfalls nicht am Ende dieser Debatte“.¹³ Und auch in der Nachricht von den drei Abgeordneten an ihre Fraktion heißt es: „Das Bundesverteidigungsministerium wird einen Entwurf eines sogenannten Fachkonzeptes erstellen, in dem sich unsere Forderungen wiederfinden müssen. Sobald das Konzept vorliegt, wird die politische und öffentliche Debatte über die Bewaffnung von Drohnen in die entscheidende Phase gehen. [...] Dazu beabsichtigen wir, eine öffentliche Anhörung mit Expertinnen und Experten im Deutschen Bundestag durchzuführen und das Fachkonzept auf Herz und Nieren zu prüfen. [...] Die Entscheidung für oder gegen die Bewaffnung von Drohnen kann nur auf einer soliden fachlichen und politischen Grundlage getroffen werden“.¹⁴

Es handelt sich also nicht um das Ende der Debatte. Das heißt aber nicht, dass der vom BMVg und der Bundeswehr so herbeigesehnte Einstieg in die eigene Nutzung von bewaffneten Drohnen stillsteht. Die erste G-Heron TP Drohne hat am 26. Juli 2020 ihren Erstflug absolviert, im November soll die erste Drohne an die Bundeswehr ausgeliefert werden. Derzeit befinden sich vier Soldat*innen in der israelischen Luftwaffenbasis Tel Nof bei dem Kommando „Roter Baron“ in Ausbildung. Weitere haben die Ausbildung bereits durchlaufen, andere sollen von der Heron 1 Drohne umgeschult werden, insgesamt sollen 35 Teams aus je 2 Soldat*innen die Drohnen bedienen können. Vorbereitet sind auch schon die Werdegänge: Sollte die Entscheidung für die Bewaffnung der Drohnen im Bundestag fallen, würden bereits 2021 die Ausbildung für die „Waffensystem-Operateur*innen“ beginnen.¹⁵

Die Debatte um die Bewaffnung wird so lange geführt werden, bis sich die SPD zu einer Position in der Frage durchringt, an ihr hängt die Entscheidung dieser Koalition. Durch die Vorlage eines Kriterienkatalogs ist eine Zustimmung wahrscheinlicher geworden, denn streng sind die gestellten Bedingungen an das BMVg und die Bundeswehr leider nicht. Andererseits neigt sich die Legislaturperiode dem Ende entgegen. Eine Wiederauflage der Großen Koalition möchte

(mal wieder) keine der Parteien. Warum also jetzt noch eine unliebsame Entscheidung treffen? Gerade, wenn man sich wieder mehr als Friedenspartei profilieren möchte. In den nächsten Monaten wird es weitere Veranstaltungen zu dem Thema geben, diese werden auch den bislang eher unterrepräsentierten Gegner*innen mehr Raum geben. Es bleibt also noch Zeit und auch genug Stimmen innerhalb der SPD-Fraktion und der Parteibasis, die einer Bewaffnung weiterhin kritisch gegenüberstehen.

Anmerkungen

- 1 Bundesregierung ([bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de), 14.3.2018): Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 159.
- 2 Drucksache 19/21199 ([bundestag.de](https://www.bundestag.de), 2020) – Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Heike Hänsel, Ulla Jelpke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.– Drucksache 19/20502 – Einrichtung eines „Waffensystemunterstützungsteams“ für deutsche Kampfdrohnen, S. 2.
- 3 **Streitraum: Drohnenkriege oder: Automatisierung des Tötens**, Youtube, 24.5.2020.
- 4 **Heidelberger Salon digital: Bewaffnete Drohnen und das Völkerrecht**.
- 5 Monath, Hans ([Tagesspiegel](https://www.tagesspiegel.de), 28.6.2020): SPD unter „strengen Bedingungen“ für Einsatz bewaffneter Drohnen.
- 6 Wiegold, Thomas ([Augengeradeaus](https://www.augengeradeaus.de), 2.7.2020): Dokumentation: Kriterien der SPD für Entscheidung über Drohnen-Bewaffnung (m. Nachtrag).
- 7 Ebd.
- 8 Monath, Hans ([Tagesspiegel](https://www.tagesspiegel.de), 28.6.2020): SPD unter „strengen Bedingungen“ für Einsatz bewaffneter Drohnen.
- 9 Die Szenarien wurden in der „Präsentation zu militärisch-operativen Aspekten bewaffneter Drohnen“ geschildert. Hier kann man sich die Präsentation anschauen: <https://www.bmvg.de/de/mediathek/livestream-drohnen-debatte-praesentation-261026>.
- 10 Wiegold, Thomas ([Augengeradeaus](https://www.augengeradeaus.de), 3.7.2020): Drone-Watch: Verteidigungsministerium legt Regeln für bewaffnete deutsche Drohnen vor.
- 11 Heilig, René ([Neues-Deutschland.de](https://www.neues-deutschland.de), 2.7.2020): Offen in der Frage der Bewaffnung.
- 12 Ebd.
- 13 Esken, Saskia ([Twitter](https://twitter.com), 28.6.2020).
- 14 Wiegold, Thomas ([Augengeradeaus](https://www.augengeradeaus.de), 2.7.2020): Dokumentation: Kriterien der SPD für Entscheidung über Drohnen-Bewaffnung (m. Nachtrag).
- 15 Monroy, Matthias ([Netzpolitik.de](https://www.netzpolitik.de), 28.7.2020): Neue Bundeswehdrohne absolviert Erstflug.

US-Truppenabzug

Luftnummer oder Aufrüstungsvehikel?

von Jürgen Wagner

Es war eigentlich eine ziemliche Bombe, die US-Verteidigungsminister Mark Esper bei einer Pressekonferenz am 29. Juli 2020 platzen ließ: Dort entpuppten sich die bereits seit einiger Zeit kursierenden Pläne über den Abzug von Truppen und wichtigen Kommandos aus Deutschland als deutlich ambitionierter als bislang angenommen. Zwar hat vor allem die Friedensbewegung jahrzehntelang auf einen solchen Abzug hingearbeitet – dennoch ist die Freude angesichts der jüngsten Ankündigungen aus gleich mehreren Gründen etwas getrübt: Erstens soll ein guter Teil der Truppen überhaupt nicht abgezogen werden, sie werden innerhalb Europas verlegt – und selbst der Rest soll weiter für schnelle Verlegungen an die Grenze Russlands bei Fuß stehen. Zweitens werden die US-Pläne aktuell als argumentatives Vehikel für den vermeintlich erforderlichen Aufbau zusätzlicher militärischer Kapazitäten in Deutschland und Europa instrumentalisiert. Und drittens ist mit großer Sicherheit davon auszugehen, dass die Pläne im Falle eines Wahlsieges von Joseph Biden bei den US-Präsidentenwahlen im November umgehend wieder einkassiert werden dürften. Selbst für den Fall, dass Donald Trump siegreich aus den Wahlen hervorgehen sollte, ist es keineswegs ausgemacht, dass der US-Kongress die erforderlichen Mittel bewilligen wird.

Trumps Truppenreduzierung

Am 5. Juni 2020 meldete zuerst das [Wall Street Journal](#), die USA stünden vor der zweiten großen Anpassung ihrer Truppenpräsenz in Deutschland im 21. Jahrhundert. Bereits 2004 erfolgte der Beschluss, die 1. US-Panzerdivision mit Sitz in Wiesbaden und die 1. Infanteriedivision in Würzburg in die USA zurückzuverlegen. Allerdings entsprach diese Entscheidung ganz den vermeintlichen Erfordernissen des damaligen militärischen Zeitgeistes, der Interventionskriegen im Globalen Süden die Priorität über dem Säbelrasseln gegen

Russland einräumte: „Obwohl hiermit von den ca. 70.000 in Deutschland stationierten US-Soldaten etwa 30.000 abgezogen werden, ist dies leider kein Grund zum Feiern. Denn beide Divisionen sind aufgrund ihrer schweren Bewaffnung und langen Verlegungszeiten strukturell nicht für die von der US-Regierung anvisierten globalen Interventionskriege geeignet. Deswegen werden sie auch keineswegs ersatzlos gestrichen, sondern durch drei schnell stationierbare und hochflexible Brigaden mit jeweils zwischen 3.000 und 5.000 Soldaten ersetzt, die hierfür weitaus besser vorbereitet sind.“ (siehe [IMI-Analyse 2004/020](#))

Nun soll es jedenfalls zu neuen tief greifenden Veränderungen kommen: Zuerst war die Rede von 9.500 SoldatInnen, die abgezogen werden sollten. In einer [Pressekonferenz](#) am 29. Juli 2020 schob u.a. Verteidigungsminister Mark Esper weitere Details nach, vor allem wurde dort von einer Reduzierung um 11.900 SoldatInnen gesprochen. Besonders weitreichend ist auch die beabsichtigte Verlegung großer augenblicklich noch in Deutschland befindlicher US-Kommandos: Sowohl das European Command als auch das European Special Operations Command und das Africa Command sollen von Stuttgart nach Mons in Belgien verlegt werden.

Bemerkenswert bei alledem ist jedenfalls, dass die deutsche Regierung von der Meldung vollständig auf dem falschen Fuß erwischt wurde – augenscheinlich gab es keine vorhergehende Konsultation. Man werde es „zur Kenntnis“ nehmen, sollten die USA ihre Truppen abziehen, [äußerte](#) sich Außenminister Heiko Maas bemüht diplomatisch. Deutlich direkter [polterte](#) der verteidigungspolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Henning Otte: „Eine Entscheidung über einen möglichen Abzug von US-Truppen aus Deutschland in dieser Größenordnung hätte besser vorher bilateral oder in der Nato beraten werden müssen.“

Auch der Transatlantik-Koordinator der Bundesregierung, Peter Beyer, nahm bei seiner Kritik [kein](#)

Blatt vor den Mund: „Im negativen Sinne beispiellos war, dass die Bundesregierung von den Abzugsideen zunächst nur aus der Zeitung erfahren hat“, sagte er. „Anschließend wurden wir eine Woche lang hingehalten, es gab keine weiteren Informationen, obwohl sich die Bundesregierung auf allen Kanälen darum bemühte, mehr in Erfahrung zu bringen. So etwas sollte in der eigentlich sehr guten und vitalen deutsch-amerikanischen Freundschaft nicht wieder vorkommen.“

Polen als Alternative?

Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist der Begriff „Abzug“ für die weiteren Pläne der USA allerdings etwas irreführend: 5.600 der bislang in Deutschland befindlichen SoldatInnen sollen an andere Standorte in Europa verlegt werden. Bereits länger war **spekuliert** worden, dass hiervon vor allem Polen „profitieren“ könnte, das Land dient sich ohnehin schon seit Jahren den USA als eine Art Brückenkopf in unmittelbarer Nähe zu Russland an. Bislang beherbergte Polen bereits 4.500 US-SoldatInnen, bevor im Juni des letzten Jahres die Entsendung 1.000 weiterer US-Truppen sowie die Errichtung von sechs zusätzlichen Militärbasen **beschlossen** wurde.

Zusätzlich dazu hat die NATO im Rahmen der „verstärkten Vorwärtspräsenz“ bekanntlich weitere 4.000 SoldatInnen in den baltischen Staaten und Polen stationiert. Eine nochmalige Aufstockung der US-Präsenz in Polen wäre deshalb wohl der endgültige Sargnagel für die NATO-Russland-Akte. Mit ihr sagte das westliche Bündnis 1997 – als Rückversicherung für die gleichzeitig beschlossene NATO-Osterweiterung – Russland zu, keine substanziellen Truppenkontingente dauerhaft in Osteuropa zu stationieren.

Selbst ein ausgewiesener Hardliner wie der ehemalige Chef des NATO-Militärausschusses Klaus Naumann **wies** auf die mögliche Tragweite einer solchen Entscheidung hin: „Wenn diese Truppen nach Polen verlegt werden oder zum Teil nach Polen verlegt werden, dann hat das keine dramatischen Auswirkungen für Deutschland und für Europa. Man muss allerdings fragen, ob das dann noch in Übereinstimmung steht mit der NATO-Russland-Akte, die ja eine permanente Stationierung von amerikanischen Truppen in Polen nicht vorsieht.“

Aus den Angaben bei der bereits erwähnten **Pressekonferenz** Ende Juli 2020 ging dann hervor, dass das Gros der in Europa verbleibenden Truppen nach Belgien und vor allem Italien und nur ein kleiner Teil nach Polen verlegt werden soll. Allerdings sollen die 6.400 SoldatInnen, die in die USA zurückverlegt werden sollen, dort vor allem auf Abruf bereit stehen, um bei Bedarf schnell nach Osteuropa verfrachtet werden zu können.

Abzug als Aufrüstungsvehikel?

Zwar **äußerte** sich vor allem SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich, der US-Abzug solle als Chance einer „nachhaltigen Neuausrichtung der Sicherheitspolitik in Europa“ genutzt werden, die sich „nicht in Militärpolitik und Verteidigungsausgaben erschöpfen“ dürfe. Und tatsächlich wäre es überaus wünschenswert, wenn es Entwicklungen in diese Richtung geben würde. Leider ist aber mindestens ebenso „gut“ denkbar, dass sich die jüngsten Pläne auch als Wasser auf die Mühlen derjenigen erweisen könnten, für die eine Militärmacht Europa ohnehin die oberste Priorität darstellt.

Schon bisher wurde unter dem Schlagwort einer vermeintlich erforderlichen „strategischen Autonomie“ unter Verweis darauf, die USA seien ein zu unsicherer Kantonist geworden, der Aufbau umfassender und unabhängig von Washington einsetzbarer Militärkapazitäten gefordert. Es ist damit zu rechnen, dass diese Stimmen im Zuge der neueren Debatte um US-Truppenreduzierungen in Deutschland an Gewicht gewinnen werden: „Europa wird mehr Verantwortung übernehmen müssen“, lautete etwa die bündige **Schlussfolgerung** des CDU-Verteidigungspolitikers Roderich Kiesewetter. Ähnlich **äußerte** sich auch der SPD-Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, Michael Roth: „Der angekündigte US-Truppenabzug ist enttäuschend. Aber wir sollten jetzt nicht jammern und in Wehklagen verfallen, sondern den Schritt der USA als Weckruf und Chance zur Stärkung unserer europäischen Souveränität begreifen. Es ist an der Zeit, dass Europa seine Rolle in der Welt stärkt und auf eigenen Füßen steht. Es geht um unsere Selbstbehauptung.“

Here to stay

Was von den ganzen Vorhaben noch vor den US-Wahlen konkret umgesetzt werden soll, ist unklar. Viel dürfte es nicht sein, derart umfangreiche Aktionen sind eine Sache von Monaten, wenn nicht Jahren. Unterdessen fragen sich in den Reihen des US-Militärs immer mehr Leute, was den US-Präsidenten da geritten hat, schließlich hat Deutschland aus ihrer Sicht durchaus seinen „Wert“. Besonders lautstark macht dabei schon seit einiger Zeit Ben Hodges, der bis 2017 Kommandeur der US-Streitkräfte in Europa war, seinem Ärger **Luft**: „Deutschland ist unser wichtigster Verbündeter in Europa. Hier ist unser ‚Brückenkopf‘, über den viele US-Operationen in Europa, Afrika, dem Mittleren Osten laufen. Wenn wir hier diese Truppen abziehen, wo es eine so gute Infrastruktur gibt, wird es schwer sein, weiterhin so reaktionsfähig zu bleiben. Wenn zum Beispiel Truppen nach Italien verlegt werden, wird es zudem Millionen von Dollar kosten, allein um



Soldat*innen der U.S. Air Force steigen in einen Militärbus auf dem Stützpunkt Ramstein im Jahr 2009. Quelle: U.S. Air Force/ Senior Airman Kenny Holston.

die Unterbringungen aufzubauen.“ Ganz ähnlich sieht das auch der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Kujat, der aus diesem Grund die US-Ankündigungen auch reichlich **entspannt sieht**: „Wir sollten das nicht auf die Goldwaage legen. Die Amerikaner sind nicht hier, um uns einen Gefallen zu tun, sondern weil sie strategische Interessen haben. Deshalb werden sie auch ganz sicher nicht vollständig aus Deutschland abziehen.“

Sollte jedenfalls der Demokrat Joseph Biden siegreich aus dem anstehenden US-Urnengang hervorgehen, hieß es aus seinem Lager bereits, er werde den Abzugsbeschluss womöglich wieder einkassieren, berichtet etwa die **FAZ**: „Der demokratische Präsidentschaftsbewerber Joe Biden würde einem Berater zufolge bei einem Wahlsieg die Entscheidung von Amtsinhaber Donald Trump zu einem Truppenabzug aus Deutschland prüfen. [...] Die Probleme fingen mit der Art an, wie die Entscheidung getroffen worden sei, sagte [Biden-Berater] Blinken unter Anspielung auf das Fehlen einer Rücksprache mit der Bundesregierung. ‚Aber wir haben auch ein tiefgreifendes Problem mit der Sache an sich‘.“

Doch selbst falls sich Donald Trump in eine zweite Amtszeit rettet, muss der Kongress die erheblichen Mittel bewilligen, die eine Umsetzung der US-Abzugspläne erfordern würde. Angesichts der Tatsache, dass das Vorhaben auch unter Republikanern auf erheblichen Widerstand trifft, ist dies alles andere als ausgemacht. **Die Zeit** berichtet etwa: „Mit den jetzt bekannt gewordenen Plänen zeigte sich auch der republikanische

Senator Ben Sasse nicht einverstanden. Er bescheinigte Trump mangelndes strategisches Verständnis. ‚US-Soldaten sind nicht auf der ganzen Welt als Verkehrspolizisten oder Sozialarbeiter stationiert – sie bremsen die expansionistischen Ziele der schlimmsten Regime der Welt, vor allem Chinas und Russlands‘, sagte Sasse. Trumps Ex-Sicherheitsberater John Bolton kritisierte, die Entscheidung sende ‚unseren Gegnern das falsche Signal und macht unsere Verbündeten angesichts der zunehmenden globalen Bedrohungen verwundbar‘.“

Und selbst falls die US-Abzugspläne all diese Hürden nehmen würden, sollte ein letzter Punkt nicht unter den Tisch fallen: So positiv es empfunden werden mag, wenn eine beachtliche Anzahl an US-SoldatInnen das Land verlässt, mit einem Komplettabzug ist auf absehbare Zeit nicht zu rechnen. Denn neben 24.000 US-SoldatInnen würden auch zentrale Einrichtungen wie vor allem die Luftwaffenbasis in Ramstein, aber auch das Militärkrankenhaus in Landstuhl und das Trainingszentrum in Grafenwöhr weiter in Deutschland verweilen. Deutschland dürfte deshalb als Drehscheibe für das Säbelrasseln gegen Russland wie auch für Einsätze im Globalen Süden so oder so auch künftig eine wichtige Rolle spielen.

Dein Jahr für Deutschland

Der neue Bundeswehr-Freiwilligendienst löst die Probleme der Bundeswehr nicht

von Tobias Pflüger

Am 23. Juli 2020 hat Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer den neuen Bundeswehr-Freiwilligendienst „Dein Jahr für Deutschland“ [vorgestellt](#). Ab dem 1. April 2021 sollen zunächst tausend Teilnehmer eine siebenmonatige militärische Ausbildung durchlaufen und sich anschließend mindestens fünf Monate (in einem Gesamtzeitraum von sechs Jahren) als Reservisten engagieren.

Der ‚Heimatschutzdienst‘ ist ein Wahlkampfmanöver von Annegret Kramp-Karrenbauer. Er löst keines der bestehenden Probleme der Bundeswehr. Die Ministerin kann auch nicht erklären, wozu dieser Dienst überhaupt gut sein soll. Wahrscheinlich dient der Vorstoß vor allem dazu, die Reihen der Reserve aufzustocken, deren Zahl laut Bundeswehrplanungen künftig deutlich ansteigen soll. Es ist allerdings nichts geklärt, zum Beispiel, wo die neuen Heimatschützer bei der Bundeswehr eingesetzt werden sollen. Die Freiwilligen müssen ja betreut werden, aber dafür gibt es keine Kapazitäten und Strukturen.

Bedenklich ist der Vorstoß von Annegret Kramp-Karrenbauer auch wegen der rechten Netzwerke bei der Bundeswehr. Jetzt besteht die Gefahr, dass unter dem Deckmantel des Heimatschutzes noch mehr Rechtsextreme in den Kasernen landen. Für Rechtsextreme ist so ein Reservedienst eine zusätzliche Gelegenheit, eine Ausbildung an der Waffe zu bekommen. Anpreisende [Sätze](#) wie dieser aus den Reihen des Bundeswehrverbandes machen diese Gefahr nicht eben geringer: „Wer sich seinem Land, seiner Heimat und der Bundeswehr verbunden fühlt, der soll sich ab April 2021 mit dem neuen Freiwilligendienst Heimatschutz unter dem Titel ‚Dein Jahr für Deutschland‘ engagieren können.“

Der Präsident des Reservistenverbandes meint: „Die Bundeswehr und die Gesellschaft werden von einem Ausbau des Freiwilligendienstes profitieren. Der gesellschaftspolitische Aspekt des Dienstes ist nicht zu unterschätzen“ und „Ich bin überzeugt, dass die Auswirkungen auf den Zusammenhalt der Gesell-

schaft unser Zusammenleben nachhaltig positiv prägen wird, auch in Bezug auf die Fälle von Rechtsextremismus, die in den letzten Monaten immer wieder zutage kamen“.

Genau das ist offensichtlicher Unsinn. Die Wahrscheinlichkeit ist doch eher groß, dass genau diese rechten Kreise von einem solchen Dienst an der Waffe angezogen werden.

Es gibt außerdem bereits gute, zivile Freiwilligendienste wie das Freiwillige Soziale und das Freiwillige Ökologische Jahr. Die Bundeswehr sollte den bestehenden Freiwilligendiensten keine unnötige Konkurrenz machen. Und die zivilen Freiwilligendienste dürfen nicht gegenüber der Bundeswehr benachteiligt werden. Was ist zum Beispiel mit den für Soldatinnen und Soldaten kostenfreien Bahnfahrten? Wenn Bundeswehr-Freiwillige ohne eigene Kosten öffentliche Verkehrsmittel nutzen dürfen, dann muss das auch für alle anderen möglich werden.

Zu Recht kommt aus diesen Gründen auch [Kritik](#) aus den Reihen der Wohlfahrtsverbände, Ulrich Schneider vom Paritätischen Wohlfahrtsverband befürchtet, dass soziale Dienste nun benachteiligt werden im Wettbewerb mit der Bundeswehr. Und der Vorstandsvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt (AWO), Wolfgang Stadler, wird mit den Worten zitiert: „Den Begriff eines Freiwilligendienstes bei der Bundeswehr lehnen wir ab.“ Durch den Vorstoß laufe der Begriff Gefahr, seine zivilgesellschaftliche Prägung zu verlieren: „Die Idee, einen freiwilligen militärischen Dienst an Deutschland einzuführen, vermischt Begrifflichkeiten, die sauber getrennt bleiben sollten.“

Grüner Programmwurf

Kaum Licht und viel Schatten in der Friedensfrage

von Jürgen Wagner

Bereits vor einiger Zeit hatten die Grünen einen Programmprozess initiiert, um sich inhaltlich für die angestrebte Regierungsbeteiligung nach der anstehenden Bundestagswahl in Stellung zu bringen. Dazu waren unter anderem für den friedens- bzw. militärpolitischen Bereich diverse Papiere in die Debatte eingespeist worden, die nun teils auch in den am 26. Juni 2020 vorgestellten [Programmwurf](#) einfließen.

Auch wenn der Entwurf besonders was die Atomwaffenfrage angeht, nicht in allen Punkten so übel ist wie einige dieser im Vorfeld zirkulierenden Papiere, er ist dennoch bellizistisch genug, um keine Zweifel aufkommen zu lassen: An friedenspolitischen Positionen wird eine grüne Regierungsbeteiligung ganz bestimmt nicht scheitern. So [kommentierte](#) der Politologe Jürgen Walter den Sinn und Zweck des Programmwurfs treffenderweise mit folgenden Worten: „Die Grünen wollen sich fit machen für eine Regierungsbeteiligung.“

Auf dem Kriegspfad

Wenig überraschend, aber in der Deutlichkeit wenigstens ehrlich, ist das im [Programmwurf](#) enthaltene Bekenntnis zu militärischen Interventionen, auch wenn sie – selbstredend – „immer nur äußerstes Mittel“ sein sollen: „Die Anwendung militärischer Kriegsgewalt bringt immer massives Leid mit sich. Wir wissen aber auch, dass die Unterlassung in einzelnen Fällen zu größerem Leid führen kann. Handlungsleitend in der internationalen Sicherheitspolitik ist das erweiterte VN-Konzept der Schutzverantwortung (Responsibility to Prevent, Protect, Rebuild), das uns als internationale Gemeinschaft verpflichtet, Menschen vor schwersten Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen.“ Seit vielen Jahren wird versucht, besagte Schutzverantwortung (Responsibility to Protect, R2P) als neue völkerrechtliche Interventionsnorm zu etablieren, was aber am starken

Widerstand Russlands und Chinas, aber auch zahlreicher Länder des globalen Südens scheitert. Wie schon beim Vorgänger – der „humanitären Intervention – eignet sich R2P „perfekt“, um das staatliche Interventionsverbot unter Verweis auf tatsächliche – oder in vielen Fällen vermeintliche – Menschenrechtsverletzungen auszuhebeln. Das Konstrukt entpuppt sich damit als ein Instrument, um ganz andere, nämlich ökonomische und strategische Interessen durchzusetzen. Aus diesem Grund wird R2P auch immer nur dann bemüht, wenn ein es gilt anti-westliche Staaten abzustrafen: Dem in Sachen Menschenrechtsverletzungen sicherlich ebenfalls alles andere als unbefleckten Saudi-Arabien, wird jedenfalls nicht mit der R2P-Keule gedroht, um nur ein Beispiel zu nennen.

UN-Mandat: Schwammig!

Den Einsatz militärischer Gewalt grundsätzlich zu akzeptieren, war ein wichtiger Schritt der Grünen in Richtung Kriegspartei, der bekanntlich spätestens mit dem Angriffskrieg gegen Jugoslawien Ende der 1990er vollzogen wurde. Dass dieser Krieg auch noch ohne ein Mandat des UN-Sicherheitsrates und damit unter eklatanter Verletzung des Völkerrechtes erfolgte, komplettierte die militärpolitische Neuausrichtung der damals in Regierungsverantwortung befindlichen Partei.

Augenscheinlich packte einige Teile der Grünen in der Folge dann doch etwas das schlechte Gewissen: Zwar wurde das grundsätzliche Bekenntnis zu Militäreinsätzen nicht mehr ernsthaft in Frage gestellt, auch nicht, als man sich später erneut auf der Oppositionsbank wiederfand. Allerdings rückten die Grünen in der Mandatierungsfrage von ihrem beim Angriffskrieg gegen Jugoslawien eingeschlagenen Kurs wieder ab. So heißt es im aktuellen Grünen [Grundsatzprogramm](#) aus dem Jahr 2002: „Für uns gelten die VN-Charta und das Völkerrecht. Darum brauchen Auslandseinsätze ein Mandat der Vereinten Nationen.“ Und auch noch

das [Wahlprogramm](#) für die Bundestagswahlen 2017 klang ganz ähnlich: „Wir werden Einsätze der Bundeswehr nur mit einem Mandat der Vereinten Nationen zustimmen.“

Dieses – man sollte meinen eigentlich selbstverständliche – Bekenntnis zum Völkerrecht wurde dann aber gleich im ersten „Impulspapier“ des „Forums Neue Sicherheitspolitik“ der „Böll-Stiftung“ aufs Korn genommen, das im April 2020 explizit als Beitrag zur „Debatte um das nächste Grundsatzprogramm“ [veröffentlicht](#) worden war. Verfasst wurde es gleich von einer Reihe teils relativ prominenter grüner SicherheitspolitikerInnen: Sophia Besch (Centre for European Reform), Sarah Brockmeier (Global Public Policy Institute), Tobias Bunde (Centre for International Security, Hertie School), Gerrit Kurtz (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik) und Robin Schroeder (Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel).

Als Kernanliegen wird in dem Impulspapier eine erneute Neupositionierung in der Mandatierungsfrage gefordert, was aufgrund einer neuen „Ära des Großmachtwettkampfs“ erforderlich sei, denn es würden „Auslandseinsätze der Bundeswehr auch weiterhin notwendig bleiben.“ Dies sei allerdings extrem misslich, schließlich wäre die „Wahrscheinlichkeit, dass sich die fünf Ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat auf ein Mandat einigen, stark gesunken.“ Zusammengefasst erfordere dies ein Umdenken in der Mandatierungsfrage: „Wer in diesem Kontext auf die VN-Mandatspflicht verweist [ist bereit] die Kernlehre der Partei aus einer beispiellosen Auseinandersetzung mit den bisherigen Auslandseinsätzen zu ignorieren: Dass es auf die politischen Lösungen ankommt. Wer politische Lösungen für die Krisen und Konflikte in der europäischen Nachbarschaft vorantreiben und Menschen schützen möchte, der muss zumindest die Möglichkeit offenlassen, als ultima ratio auch militärische Mittel zur Unterstützung solcher Lösungen einzusetzen. Diese politische Notwendigkeit kann nicht automatisch dann enden, wenn der Sicherheitsrat blockiert ist.“

Unumstritten ist diese Position innerhalb der Grünen nicht, schließlich wurde kurz darauf ein zweites dagegen argumentierendes Impulspapier [veröffentlicht](#), dass solche Forderungen aber augenscheinlich als satisfaktionsfähig gelten, ist schon schlimm genug. Dass man nicht mehr an eine Mandatierungspflicht – und damit an einen Grundpfeiler des Völkerrechts – gekettet sein möchte, wollte man wohl auch im [Programmmentwurf](#) nicht in aller Deutlichkeit sagen. Die gewählte Formulierung ist aber hinreichend schwammig, um im Notfall genau dies zu ermöglichen: „Bei Eingriffen in die Souveränität eines Staates oder dort, wo staatliche Souveränität fehlt, braucht es ein Mandat der Verein-

ten Nationen. Wenn das Vetorecht im Sicherheitsrat missbraucht wird, um schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu decken, steht die Weltgemeinschaft vor einem Dilemma, weil Nichthandeln genauso Menschenrechte und Völkerrecht schädigt wie Handeln.“ Eine klare Absage an nicht-mandatierte Militäreinsätze hört sich jedenfalls anders an als diese Passage.

Friedensmacht Europa?

Von bemerkenswerter Realitätsverzerrung zeugen auch die Passagen zur Europäischen Union, zu der es im [Programmmentwurf](#) kurz und bündig heißt: „Die Europäische Union ist eine Friedensmacht.“

Es genügt ein Blick in das wichtigste aktuelle EU-Strategiedokument, die [EU-Globalstrategie](#) aus dem Jahr 2016, um zu wissen, dass es bei EU-Militäreinsätzen nicht um Frieden, sondern einzig um die Durchsetzung von Interessen geht: „Im Zusammenhang mit dem Interesse der EU an einem offenen und fairen Wirtschaftssystem besteht die Notwendigkeit von weltweitem Wachstum und weltweiter Sicherheit im Seeverkehr, wodurch offene und geschützte Wege auf Ozeanen und Meeren, die für den Handel von entscheidender Bedeutung sind, und der Zugang zu den natürlichen Ressourcen sichergestellt werden.“

Wer sich allerdings eine Welt zusammenfabuliert, in der die Europäische Union altruistisch notfalls mit Waffengewalt dem Guten in der Welt Geltung verschafft, für den mag es womöglich auch eine in sich logische Konsequenz darstellen, diesem Akteur mehr Militärkapazitäten zur Verfügung zu stellen. So scheint es jedenfalls ein weiteres Impulspapier der Böll-Stiftung aus dem Mai 2020 zu sehen, in dem es [heißt](#): „Europa läuft Gefahr, zum Spielball der Großmächte zu werden. [...] Wenn Europa in Zukunft seine Werte und Interessen durchsetzen will, muss die EU weltpolitikfähig werden. Sie muss glaubhaft sein und mit einer Stimme sprechen. Das erfordert unangenehme Entscheidungen. Der Vorrang von Menschenrechten und ziviler Krisenprävention ist und bleibt zu Recht grüne DNA. Aber ohne gemeinsame militärische Kapazitäten ist jedes Machtwort gegen Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen unglaubwürdig. [...] Aber seien wir ehrlich: Bei 27 Mitgliedern wird es in jeder Krise, bei jedem Konflikt eine Regierung geben, die eine gemeinsame europäische Haltung blockiert. Nur das konsequente Anwenden von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen wird eine handlungsfähige EU ermöglichen.“ Auch im grünen [Programmmentwurf](#) finden sich nun Forderungen nach einem Ausbau der militärischen Komponenten der Europäischen Union: „Europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss strategisch, vorausschauend, umfassend und schnell handlungsfähig

sein. Dazu braucht es eine gemeinsame Analysefähigkeit sowie eine Stärkung des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Schritt für Schritt sollen immer mehr Entscheidungen in diesem Bereich mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden können. [...] Anstatt immer mehr Geld in nationale militärische Parallelstrukturen zu leiten, sollte die verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU ausgebaut und militärische Fähigkeiten sollten gebündelt werden. Sie brauchen dafür eine geeignete Ausstattung, den Ausbau von EU-Einheiten sowie eine Stärkung des gemeinsamen europäischen Hauptquartiers.“ In diesem Absatz ist nun so ziemlich alles dabei, was auch bei den größten EU-Militaristen ganz oben auf der Prioritätenliste steht. Dazu gehört vor allem das – beschönigend Ausbau der Rüstungskoooperation benannte – Vorhaben zum Aufbau eines rüstungsindustriellen EU-Komplexes. Er soll die Hardware für die anvisierte „Militärmacht Europa“ liefern, die nicht nur der „besseren“ Interessendurchsetzung durch konkrete Militäreinsätze, sondern auch ganz generell der Stärkung der Europäischen Union als machtpolitischem Akteur dienen soll – vor allem gegenüber Russland und China, aber auch gegenüber den USA.

Konfrontation mit Russland und China

Angesichts dessen, wie sich zahlreiche Grüne Spitzenpolitiker seit Jahren gegen Russland und in jüngster Zeit auch vermehrt gegen China als Hardliner positionieren, fielen die dementsprechenden Passagen im Programmentwurf vergleichsweise fast noch glimpflich aus. Kürzlich machte unter anderem der grüne EU-Abgeordnete Reinhard Bütikofer von sich reden, der sich nicht zu schade war, sich als Co-Vorsitzender „Inter-Parliamentary Alliance on China“ (IPAC) unter anderem mit den US-Hardlinern Marco Rubio und Bob Menendez um eine schärfere Gangart gegenüber China „verdient“ zu machen.

Explizit als Beitrag für den Programmprozess wollte die Grüne Bundestagsabgeordnete Franziska Brantner ihr im April 2020 erschienen Pamphlet „Grüne vernetzte Außenpolitik für eine Welt in Unordnung“ verstanden wissen.

Ihr Ziel sei es, „Grüne Antworten auf die geopolitischen neuen Zeiten“ zu geben und einen „Beitrag dazu leisten“ ein „außenpolitisches Narrativ zu entwickeln“. Im Zentrum dieser „Erzählung“ steht allerdings die Forderung, sich nicht zuletzt militärisch für einen neuen Großmacht-

konkurrenz in Stellung zu bringen: „Wir erleben die Rückkehr des geopolitischen Wettbewerbs. Revisionistische Kräfte, wie China und Russland, versuchen die Welt neu zu ordnen. [...] Europa muss als geopolitischer Akteur erwachsen werden. [...] Wenn wir nicht zusammenstehen, dann werden wir Schachbrettfiguren, im Spiel der Großmächte. [...] Die Realität ist, dass kein europäisches Land alleine gegen die neuen Großmachtansprüche bestehen kann. [...] Der Rückzug der USA zwingt uns Europäer dazu, zur Macht zu werden, wenn wir nicht in neue Abhängigkeiten geraten wollen.“ Erneut wollten die Grünen in ihrem [Programmentwurf](#) nicht in dieser Deutlichkeit eine Kampfansage an Russland und China richten. Wer aber das Treiben von Bütikofer, Brantner und einer Reihe anderer Grüner Spitzenpolitiker im Auge hat, weiß wie Sätze wie dieser zu interpretieren sind: „In einer Wertesystemkonkurrenz zwischen einem regulierten kapitalistischen und einem autoritär gelenkten Fortschritt streben wir eine größere technologische Souveränität Europas an, damit sich Europas Bürger*innen auch in einer technisierten Welt mündig, aufgeklärt und damit selbstbestimmt bewegen können. Das gilt insbesondere für kritische Infrastruktur.“

NATO: „Unverzichtbar“

Auch von den Zeiten, als sich die Grünen noch für einen deutschen Austritt aus dem Militärbündnis NATO aussprachen, ist man mittlerweile weit entfernt – heute

ist die Allianz laut [Programmentwurf](#) „unverzichtbar“:

„Die NATO ist ein unverzichtbarer und Renationalisierung entgegenwirkender Bestandteil der europäischen Sicherheitsarchitektur sowie der transatlantischen Beziehungen. Sie leidet unter divergierenden sicherheitspolitischen Interessen innerhalb

der Allianz und einer unklaren strategischen Perspektive. Es braucht eine strategische Neuausrichtung. Mit einer stärkeren militärischen

Zusammenarbeit und Koordinie-

rung innerhalb der EU und mit Großbritannien können europäische strategische Interessen, gerade auch in der NATO, geschlossen und durchsetzungsstärker vertreten werden.“ Was hier eher verklausuliert angedeutet wird, ist die Tatsache, dass



der Aufbau europäischer Militärkapazitäten bei aller vermeintlichen „Unverzichtbarkeit“ der NATO auch dazu beitragen soll, die Macht- und Einflussverteilung im Bündnis mit den USA zu den eigenen Gunsten zu verschieben. Auch diese Absicht wird klarer, wenn die etwas weicheren Formulierungen aus dem Programmentwurf mit denen aus dem [Brantner-Papier](#) verglichen werden: „Die Trump-Administration behandelt Europa zunehmend als Vasall, wenn nicht als Rivale, anstatt als Verbündeten. Um den internationalen Herausforderungen gerecht zu werden, muss Europa erwachsen werden und die Arbeitsteilung in der transatlantischen Allianz neu sortieren. Wenn wir wollen, dass Trump uns auf Augenhöhe behandelt, dann müssen wir uns auf Augenhöhe bewegen. Das bedeutet auch unseren eigenen Kontinent geopolitisch ordnen zu können, unsere Militärfähigkeiten optimieren und ein eigenständiger Akteur zu werden, der trotz Eigenständigkeit eng mit den USA verbunden bleibt und wo möglich an einem Strang zieht.“

Atomwaffen: Kleiner Lichtblick

So ziemlich der einzige Bereich, dem friedenspolitisch etwas im Grundsatzprogramm abzugewinnen ist, ist das Bekenntnis zu einer atomwaffenfreien Welt. Dies ist umso erfreulicher, da auch hier im Vorfeld per Impulspapier versucht wurde, alte friedenspolitische Zöpfe abzuschneiden. So wurde in einem weiteren [Impulspapier](#) der Böll-Stiftung vom Mai 2020 gefordert, sich eindeutig gegen Forderungen nach atomarer Abrüstung zu stellen: „Die Grünen sollten im Hinblick auf die nukleare Abschreckung fordern, dass sich Frankreich und Großbritannien explizit zur erweiterten Abschreckung bekennen, d.h. ihr Schutzversprechen auf die gesamte europäische NATO ausweiten. Deutschland braucht kein eigenes Atomprogramm. Doch ein Beharren auf atomarer Abrüstung in Frankreich und Großbritannien – eine zumindest implizite Forderung des Zwischenberichts zum Grundsatzprogramm – wäre verfrüht und kontraproduktiv.“

Wer im Blick hatte, wie weitgehend die Forderungen aus den eingespeisten Impulspapieren sich auch im Programmentwurf niedergeschlagen hatten, dem schwante nach der Lektüre dieser Sätze auch für den Atomwaffenbereich Böses. Hier trat aber zunächst einmal der Worst-Case nicht ein, im Gegenteil, im [Programmmentwurf](#) findet sich sogar eine überaus sinnvolle Forderung: „Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von Waffen sind und bleiben wesentliche Pfeiler jeder Friedenspolitik. [...] Dazu gehört eine Unterstützung des VN-Atomwaffenverbotsvertrags. Unser Anspruch ist nichts Geringeres als eine atomwaffenfreie Welt.“ Eine deutsche Unterzeichnung des

Atomwaffenverbotsvertrags wäre aus vielerlei Gründen ein überaus willkommenes Signal: Unter anderem wäre sie eine wichtige Stärkung multilateraler Vereinbarungen in einer Zeit, in der das gesamte Rüstungskontrollsystem extrem unter Druck steht. Vor allem aber müsste die Nukleare Teilhabe beendet werden, die unter anderem auf der vom [Atomwaffensperrvertrag](#) in Artikel 1(g) untersagten Lagerung von US-Atomwaffen in Deutschland basiert. Damit wäre dann auch die Anschaffung von F-18 Kampfflugzeugen für diese Aufgabe hinfällig, für die es Ende April zwar eine Vorfestlegung des Verteidigungsministeriums gab, über die aber endgültig aller Wahrscheinlichkeit nach erst in der nächsten Legislaturperiode entschieden wird (siehe [Telepolis](#), 6.5.2020).

Fazit

Abseits der Atomwaffenfrage – und einigen Bekenntnissen, Rüstungsexporte einschränken und die Zivile Konfliktbearbeitung stärken zu wollen – ist der grüne Programmentwurf also eine große Enttäuschung. Selbst was diesen Bereich anbelangt, besteht wohl wenig Anlass zur Hoffnung, da die Abschaffung der Nuklearen Teilhabe für die CDU/CSU – dem nach aktuellem Stand wohl wahrscheinlichsten möglichen Koalitionspartner – wohl nicht zur Debatte stehen dürfte. Angesichts der bisherigen Geschichte der Grünen ist es aber schwer vorstellbar, dass sie eine Regierungsbeteiligung an dieser friedenspolitischen Frage platzen lassen würden. Denn wenn ein anderer Politikwissenschaftler, Wolfgang Schroeder, den Entwurf gegenüber dem bisherigen Programm als „Weiterentwicklung im Sinne der Anerkennung der Realitäten“ [bezeichnet](#), dann geht es hier vor allem um eine Realität: nämlich dass in Deutschland bis auf weiteres niemand regiert, der sich der Kriegsfrage verweigert.

Zusammengenommen zeigen der Programmentwurf und insbesondere auch die im Vorfeld eingespeisten Diskussionspapiere vor allem zwei Dinge: Einmal offenbaren sie das erschreckende „Meinungsspektrum“ Grüner Debatten, das zunehmend militaristische Forderungen integriert, während antimilitaristische und pazifistische Positionen vollständig marginalisiert werden. Außerdem ist es auffällig, dass im Programmentwurf zwar durch die Bank deutlich weichere Formulierungen als in den zuvor veröffentlichten Programmbeiträgen gewählt wurden, sie im Kern aber häufig auf nicht unähnliche Forderungen hinauslaufen. Dies dürfte wohl nicht zuletzt deshalb in dieser Form praktiziert werden, um große Teile der eigenen Wählerklientel nicht zu vergraulen, die sich immer noch einzubilden scheint, sie mache ihr Kreuz bei einer Friedenspartei.

KFOR: Ein Ende in Sicht?

Die NATO-Kosovo-Force geht ins 20. Jahr

von Merle Weber

Deutschland hat seine militärische Präsenz im Kosovo um ein weiteres Jahr verlängert. Dabei verschiebt sich das Tätigkeitsfeld der SoldatInnen vor Ort: statt direkter Beteiligung an Gefechten dominiert schon seit langem immer stärker der Aufbau einer kosovarischen Armee das Handeln der Bundeswehr. Dementsprechend haben NATO wie Bundeswehr ihre Truppenstärke im Land wesentlich reduziert. Am Horizont des unabhängigen Kosovos mit eigener Armee sieht die Bundesregierung die euro-atlantische Integration des Staates. Damit hätten Bundesregierung und NATO nach dem Zerschlagen Jugoslawiens und über 20 Jahren militärischer Präsenz auf dem Balkan Teile der geostrategischen Schlüsselregion nachhaltig in ihr Einflussgebiet eingegliedert.

KFOR um ein Jahr verlängert

Am 6. Mai 2020 hat die Bundesregierung entschieden, die Beteiligung der Bundeswehr am KFOR Einsatz der NATO im Kosovo um 12 Monate zu verlängern, war aber aufgrund des Parlamentsvorbehalts noch auf die Zustimmung des Bundestages angewiesen. Am 13. Mai beriet das Parlament über den Antrag der Regierung. Das Kosovo sei ein Kind Europas, und „wenn es ein Kind Europas ist, muss man sich auch darum kümmern“, begründete ein Sprecher der CDU/CSU den bewaffneten Einsatz.¹ AFD und Die LINKE äußerten als einzige Kritik an der militärischen Präsenz Deutschlands im Kosovo, der Antrag der Bundesregierung wurde aber dennoch angenommen. Für zwölf weitere Monate Kriegseinsatz im Kosovo sind dabei weitere 16,6 Millionen Euro bewilligt.² Deutsche Soldaten waren schon Jahre vor dem Beginn der KFOR-Mission am 12. Juni 1999 im Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens aktiv und auch an der völkerrechtswidrigen Bombardierung des Landes durch die NATO beteiligt. In der Bundesrepublik befeuerten unter anderem diese „out of area“ Aktivitäten der Bundes-

wehr eine Debatte, an deren Ende die Enttabuisierung deutscher Auslandseinsätze stand. Für das Nachkriegsdeutschland war das ein bedeutungsschwerer Schritt auf dem Weg zur heutigen „Armee im Einsatz“, die nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg alles andere als eine Selbstverständlichkeit war. Auch heute steht die deutsche Präsenz im Kosovo immer noch unter dem Deckmantel der NATO. Seit über 20 Jahren läuft die KFOR-Mission nun schon ununterbrochen mit deutscher Beteiligung. NATO wie Bundeswehr haben in den letzten Jahren allerdings kontinuierlich ihre Truppenstärke im Kosovo verringert. 2009 leitete das Bündnis den Reduzierungsprozess ein, ein Jahr nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo 2008. Aus 50.000 internationalen SoldatInnen sind inzwischen 3.400, aus 6.000 deutschen SoldatInnen weniger als 70 geworden. Mandatiert ist der Bundeswehreininsatz jedoch immer noch mit einer (flexiblen) Obergrenze von 400 SoldatInnen.³ Aber auch diese wird gesenkt: 2017 lag sie noch bei 800.

Stockender Kontingentwechsel

Zwanzig Jahre sind eine lange Zeit, um Erfahrungen zu sammeln und sich mit der Region vertraut zu machen. Die Militärlogistik der Bundesrepublik in den Balkan läuft, nach Angaben der Bundeswehr, wie geschmiert.⁴ Die letzten zwanzig Jahre hätten dazu beigetragen, ein eingespieltes Transportsystem für Material und SoldatInnen in und aus dem Kosovo aufzubauen. Noch dazu nimmt der logistische Aufwand mit der drastisch reduzierten Truppenstärke spürbar ab. Aufgrund der Corona-Krise stockte dieses Jahr dennoch der Kontingentwechsel. Die SoldatInnen konnten nicht wie gewohnt auf den zivilen Luftverkehr zurückgreifen, und auch die sonst genutzten Landrouten kamen aufgrund von EU-Grenzschließungen nicht in Frage. Stattdessen wurden SoldatInnen und Waffen dieses Jahr per Luftwaffe in und aus dem Einsatz trans-

portiert.⁵ Nur ein weiteres Beispiel dafür, dass die Corona-Maßnahmen zwar das zivile Leben lahmlegen, Kriegseinsätze aber weiterlaufen.

Eine Armee für das Kosovo

Die offiziellen Aufgaben der Bundeswehr vor Ort sind inzwischen nicht mehr dieselben wie zu Beginn des Einsatzes. Die Bundeswehr gibt an, seit Jahren nicht mehr selbst in gewalttätige Konflikte eingegriffen zu haben. Inzwischen übernahm die Kosovo Security Force diese Aufgabe.⁶ Statt direkter Gewaltanwendung bestimmt nun Einflussnahme aus zweiter Reihe die alltäglichen Tätigkeitsfelder der deutschen SoldatInnen im Kosovo. Dazu zählt unter anderem die „Unterstützung und Koordination der internationalen humanitären Hilfe und internationalen zivilen Präsenz“ und der Aufbau der Kosovo Security Forces. Die Bundeswehr selbst nennt darüber hinaus als eine ihrer Aufgaben, die „Rückkehr von Flüchtlingen“⁷ zu „fördern“. Einzusetzende Fähigkeiten sind dabei die Übernahme von Führungspositionen, beziehungsweise das Beraten von Personen in solchen Positionen, Überwachung und Informationsbeschaffung, medizinische Versorgung sowie Unterstützung im Bereich Logistik, sogenannte humanitäre Hilfs- und Unterstützungsdienste und nach wie vor „Kampf und Kampfunterstützung“.⁸

Wie auch Außenminister Heiko Maas in seiner Rede im Bundestag betonte, liegt der Schwerpunkt des Einsatzes inzwischen auf der Beratung und Befähigung der kosovarischen Sicherheitskräfte.⁹ Zentrale Aufgabe der Bundeswehr sei es, „den durch die NATO begleiteten und auf zehn Jahre angelegten Transitionsprozess der Kosovo Security Force (KSF) zu einer militärischen Kraft mit etwa 5.000 Angehörigen“¹⁰ zu unterstützen. Dieser Prozess startete offiziell 2018, als das Kosovo Gesetze zur Weiterentwicklung der KSF verabschiedete. Seit Anfang 2019 sind diese Gesetze in Kraft, eine formell eigenständige kosovarische Armee ist also für das Jahr 2029 vorgesehen. Das durch einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg aus dem serbischen Einflussgebiet herausgebrochene, 2008 einseitig zum unabhängigen Staat erklärte Kosovo soll nun also eine eigene Armee bekommen. Und zwar als „Vorbereitung zur weiteren Einbindung der Republik Kosovo in euro-atlantische Strukturen“.¹¹ Zuständig für den Aufbau der kosovarischen Armee ist das NATO Advisory and Liaison Team (NALT), das nicht offiziell Teil der KFOR-Mission ist, aber durch sie unterstützt wird. So zum Beispiel durch deutsche SoldatInnen, die im Rahmen von KFOR im Kosovo stationiert sind. Das NALT ist im Camp Film City angesiedelt und soll nach aktuellen Planungen der NATO im Laufe der nächsten Jahre an die dann scheinbar „perspektivisch ... zu einem erfolg-



Kosovo Security Force. Quelle: Wikipedia/ SUHEJLO.

reichen Ende“ geführte KFOR-Mission anknüpfen.¹² Geführt wird das multinationale Team seit 2013 von einem deutschen Brigadegeneral. NALT arbeitet vor allem mit den KSF und dem kosovarischen Verteidigungsministerium. Die Rede ist von „capacity building“, also vom Fähigkeitsaufbau.¹³ Die Bundeswehr berät die KSF vor allem im Bereich Logistik, Ausbildung und Aufbau eigener Sanitätsstrukturen.¹⁴ Im Bereich medizinische Versorgung greift die Bundeswehr dabei auch auf den privaten Gesundheitsdienstleister Iquarus zurück.¹⁵ Angehörige der KSF bildet die Bundeswehr auch in Deutschland aus, und zwar in den Bereichen Personalführung, Ausbildungsplanung, Logistik und ABC-Abwehr. Nach Angaben der Bundesregierung unterstützt sie „die KSF über die Beratung durch die NATO hinaus mit Materialabgaben.“¹⁶ Darüber, um welches Material es sich dabei handelt, schweigt sie jedoch.

Das Kosovo für den euro-atlantischen Block

Nicht nur das Tätigkeitsfeld, auch die räumliche Präsenz der Bundeswehr hat sich verlagert: Wenn auch immer noch ganz Kosovo und darüber hinaus die Grenzregionen offizielles Einsatzgebiet der Bundeswehr¹⁷ sind, konzentriert sich ihre Präsenz inzwischen auf die kosovarische Hauptstadt. Im Dezember 2018 räumte die Bundeswehr ihr Feldlager in Prizren und zog ihre Kräfte im NATO-Hauptquartier Camp Film City in Priština zusammen. Der Abzug der Truppen aus Prizren bedeutet jedoch keineswegs das Ende des deutschen Einflusses: Das ehemalige Feldlager soll zum deutsch-kosovarischen Innovations- und Technologiepark umfunktioniert werden, ein „Leuchtturmvorhaben“¹⁸ der Entwicklungszusammenarbeit, wie die Bundesregierung schreibt. Dasselbe gilt für ganz Kosovo: Die

Reduzierung der militärischen Präsenz von Bundeswehr und NATO bedeutet kein Ende der euro-atlantischen Einflussnahme auf die serbische Provinz. So soll das Kosovo zum Beispiel durch das seit dem 1. April 2016 existierende Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union wirtschaftlich in den Binnenmarkt eingebunden werden. Außenminister Maas kündigte an, die Bundesrepublik werde während ihrer EU-Ratspräsidentschaft einen „Schwerpunkt“ auf den westlichen Balkan setzen. Die KSF soll perspektivisch als kosovarische Armee ihr Aufgabenfeld auch auf eine „Teilnahme an internationalen Friedenseinsätzen“ erweitern.¹⁹ An die Stelle direkter militärischer Einflussnahme und Besetzung tritt zunehmend die indirekte politische und ökonomische Einflussnahme auf einen für unabhängig erklärten, aber fest in den Strukturen des euro-atlantischen Blocks verankerten Kosovo. So zumindest der Plan. Denn den Weg des Kosovo in die EU verstellen nicht unerhebliche politische Spannungen, allen voran die Tatsache, dass eine Unabhängigkeit des Kosovo auch von mehreren EU-Mitgliedstaaten nicht anerkannt wird. Die Bundesregierung plant vor diesem Hintergrund als nächsten Schritt eine politische Einigung zwischen Serbien und Kosovo. Ob dem NATO-Block auch die formale Einbindung des Kosovo in euro-atlantische Strukturen gelingt, ist also alles andere als gesichert. Und auch ob die KFOR-Mission tatsächlich ihrem Ende entgegenläuft, steht noch infrage. Denn in den Augen der Bundesregierung kommt der NATO-Präsenz durch KFOR „mit Blick auf nachhaltige Stabilität und Integrationsbemühungen für die Westbalkanstaaten eine besondere Rolle zu. Dies gilt auch besonders im Kontext destabilisierender nationaler Einflussnahmen und angesichts von großen transnationalen Herausforderungen.“²⁰



Soldat*innen des deutschen Einsatzkontingentes KFOR üben Aufstandsbekämpfung. Quelle: flickr/Bundeswehr/Sebastian Wilke.

Der Balkan ist historisch eine Region, um die Großmächte immer wieder konkurriert haben. Mit den zunehmenden Spannungen zwischen Russland und dem NATO-Block kommt der Region erneut eine geostrategische Bedeutung zu.

Anmerkungen

- 1 Plenarprotokoll 19/159 des deutschen Bundestages vom 13.5.2020.
- 2 Bericht des Haushaltsausschusses vom 27.5.2020, Drucksache 19/19606.
- 3 Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der internationalen Sicherheitspräsenz in Kosovo (KFOR) vom 06.5.2020, Drucksache 19/19001.
- 4 Kontingentwechsel bei KFOR präventiv anders, bundeswehr.de vom 3.6.2020.
- 5 ebd.
- 6 Broschüre der Bundeswehr zu KFOR, abrufbar unter bundeswehr.de.
- 7 Der Eintrag „Einsatz im Kosovo“, auf bundeswehr.de zuletzt aufgerufen am 13.8.2020.
- 8 Drucksache 19/19001.
- 9 Plenarprotokoll 19/159.
- 10 Beschlussempfehlung und Bericht Auswärtiger Ausschusses vom 27.5.2020, Drucksache 19/19587.
- 11 ebd.
- 12 Drucksache 19/19001.
- 13 Die NATO – Berater im Kosovo, bundeswehr.de vom 25.2.2020.
- 14 ebd.
- 15 Antwort der Bundesregierung auf Schriftliche Frage von Tobias Pflüger, Drucksache 19/19651.
- 16 Drucksache 19/19001
- 17 ebd.
- 18 Plenarprotokoll 19/159.
- 19 Drucksache 19/19001.
- 20 ebd.

Diskreter Dambruch der Rüstungsforschung

Stimulation staatsnaher und militärischer Forschung

von Christoph Marischka

Anfang Juni 2020 hat die Bundesregierung mit ihrem „Konjunkturpaket“ nach Jahren restriktiver Ausgabenpolitik ein sog. „Konjunkturpaket“ im Umfang von 130 Mrd. Euro auf den Weg gebracht. „Mehrwertsteuersenkung und Familienbonus beschlossen“, titelte der Deutschlandfunk am 29. Juni 2020 nach der Zustimmung des Bundestages zur entsprechenden Änderung des Steuergesetzes. Zugleich wird im Konjunkturpaket allerdings mehrfach das Ziel proklamiert, dass „Deutschland gestärkt aus der aktuellen Krise hervorgeh[en]“ solle.¹ Dies ist v.a. auch Aufgabe und Inhalt des 50 Mrd. Euro schweren „Zukunftspaketes“, das Teil des Konjunkturpaketes ist und mit dem die Bundesregierung erklärtermaßen versucht, die Wettbewerbsposition der heimischen Industrie auszubauen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf sog. Schlüsseltechnologien, von denen sich Deutschland auch militärische Vorteile erhofft. Wesentliche Teile des Zukunftspaketes werden mit der nun anstehenden Verabschiedung des Nachtragshaushaltes umgesetzt, über die bislang recht wenig öffentlich berichtet und diskutiert wird.

Ein neues Forschungszentrum der Bundeswehr

So werden die bis 2025 vorgesehenen „Investitionen“ in „Künstliche Intelligenz“ um 2 Mrd. auf 5 Mrd. Euro erhöht, u.a. „um dem Bedarf an Rechenkapazität gerecht zu werden“ und „KI-Ökosysteme von internationaler Strahlkraft auf[zu]bauen“. Ein weiterer Bereich, in dem deutsche Wissenschaft und Industrie massiv gefördert werden sollen, ist die Quantentechnologie, für die das Zukunftspaket 2 Mrd. Euro zusätzlich vorsieht. Proklamiertes Ziel ist dabei, „dass Deutschland in wesentlichen Bereichen der Quantentechnologien, insbesondere dem Quantencomputing, der Quantenkommunikation, der Quantensensorik und auch der Quantenkryptographie wirtschaftlich und technologisch an der Weltspitze konkurrenzfähig“ werden

soll. Was sich dahinter zumindest auch verbirgt, wird im „Rahmenprogramm Quantentechnologie“ der Bundesregierung von 2018 recht offen benannt. Demnach sei die „aktive und bedarfsgerechte Förderung von Forschungs-, Innovations- und Entwicklungsvorhaben im Bereich der Quantentechnologien [...] aus Sicht von Sicherheitsbehörden des Bundes und der Bundeswehr von herausgehobener Bedeutung“.² Für die Strafverfolgungsbehörden wird dabei recht offen „das Brechen herkömmlicher Kryptoverfahren“ als Anwendungsbereich genannt. Im Verantwortungsbereich des Bundesverteidigungsministeriums (BMVg) ist etwas allgemeiner davon die Rede, dass „die Entschlüsselung bestehender IT-Sicherheitssysteme“ eine wichtige Aufgabe sei und bei „der wehrtechnischen Forschung und Technologie in den nächsten Jahren insgesamt die Erschließung möglicher militärischer Anwendungsfelder von Quantentechnologien im strategischen Fokus“ stehen müsse.³

Wesentlich deutlicher noch werden die geostrategischen und militärischen Ziele des „Zukunftspaketes“ beim darin ebenfalls vorgesehenen „Zentrum für Digitalisierungs- und Technologieforschung der Bundeswehr“, das es dieser ermöglichen soll, „innovative und interdisziplinäre Forschung in einem sicheren Umfeld zu betreiben“, „um die nationale Verfügbarkeit digitaler und technologischer Innovationen ... zu verbessern“. Dieses Zentrum wird seinen Standort an der Universität der Bundeswehr in Neubiberg bei München haben, soll aus einem „stark virtualisierte[n] Verbund der beiden Bundeswehruniversitäten“ (München und Hamburg) bestehen und wird aus dem „Zukunftspaket“ mit 500 Mio. Euro ausgestattet. „Näheres gibt es zu dem geplanten Zentrum bisher noch nicht zu sagen“, so wird der Pressesprecher der Bundeswehruniversität noch am 19. Juni (indirekt) von der SZ zitiert.⁴ Kurz zuvor hatte sich der dortige SPD-Landesverband in einem Brief an Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer (CDU) bemüht, den Standort des neuen

Zentrums ins Saarland zu holen, weil das Bundesland „mit seinen Hochschulen, Forschungsinstituten und als ‚etablierter Bundeswehrstandort‘ beste Bedingungen“ böte.⁵ Auch das spricht dafür, dass das Konzept bislang reichlich vage ist und der Geldsegen auch die Bundeswehruniversitäten eher unvorbereitet trifft. Überraschend ist er allerdings nicht.

Zwei Agenturen für „disruptive“ Forschung

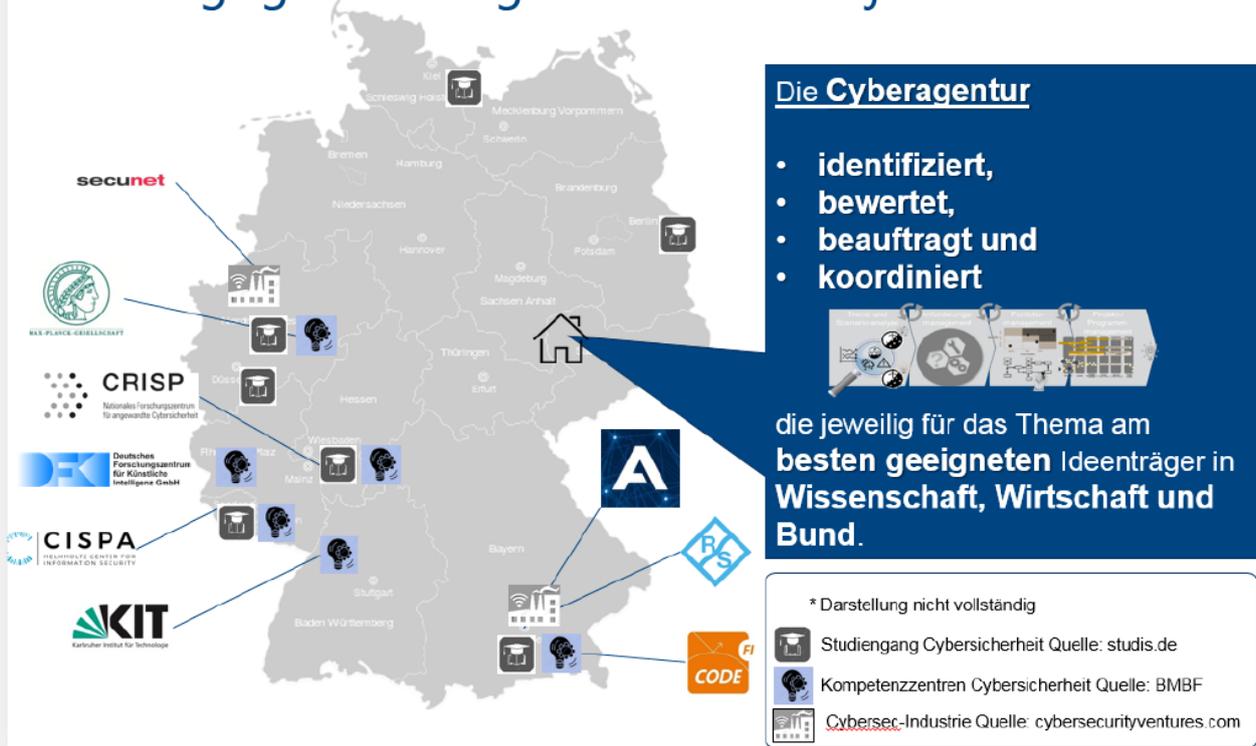
Denn das neue Zentrum ergänzt eine ganze Reihe bestehender Initiativen der aktuellen Bundesregierung, um Wissenschaft und Industrie enger miteinander zu vernetzen und durch staatliche Förderung Fortschritte in sog. Schlüsseltechnologien voranzutreiben. So heißt es bereits im Koalitionsvertrag vom Frühjahr 2018: „Zur Förderung von Sprunginnovationen wollen wir neue Instrumente schaffen und die direkte Forschungsförderung des Bundes stärker auf den Wissens- und Technologietransfer in die Wirtschaft ausrichten“.⁶ Seitdem arbeitet die Regierung u.a. am Aufbau zweier Agenturen, die Forschung im Bereich der identifizierten Schlüsseltechnologien anstoßen, finanzieren und mithilfe von Unternehmen die Umsetzung in marktfähige Produkte unterstützen sollen. Im Oktober 2019 wurde die „Bundesagentur für Sprunginnovationen“ als SprinD GmbH mit Sitz in der Leipziger Innenstadt gegründet. Gründungsdirektor Rafael Laguna de la Vera, der selbst als Investor und Unternehmer tätig war, beschreibt deren Aufgabe so: „Wir nehmen die Projekte, die zu groß und zu riskant sind, wo ein normaler Finanzinvestor vielleicht nicht gut beraten ist, zu investieren. Wir entwickeln die zu einem Grad, wo dann Business Angel [Finanzinvestoren] auch einsteigen können und auch sollen“.⁷ Dafür soll die Agentur bis Ende des Jahrzehntes mit 1 Mrd. Euro ausgestattet werden. Mitte Juni 2020 berichtete der MDR, dass darüber hinaus die im Koalitionsvertrag vorgesehene „Agentur für Disruptive Innovationen in der Cybersicherheit und Schlüsseltechnologien (ADIC)“ in Halle ihre Arbeit aufgenommen habe, ihr genauer Standort jedoch zunächst „aus Gründen der Sicherheit“ nicht öffentlich gemacht werde.⁸ Die mittlerweile meist schlicht als Cyberagentur bezeichnete Einrichtung untersteht gemeinsam dem Bundesinnenministerium und dem Bundesverteidigungsministerium und soll Forschung explizit in jenen Bereichen vorantreiben, die als sicherheitspolitisch relevant angesehen werden. Der Gründungsdirektor dieser Agentur, Christoph Igel, kommt als Wissenschaftler vom Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) und hat sich anschließend nach einer erneuten Grundausbildung („wir sind wirklich über die Hinderisbahn“) beim IT-Bataillon in Gerolstein als Soldat

auf Zeit im Kommando Cyber- und Informationsraum der Bundeswehr vereidigen lassen.⁹ Laut einem Bericht des im Verteidigungsministerium angesiedelten Aufbaustabs der Agentur besteht deren Aufgabe in der „zielgerichtete[n], am Bedarf der inneren und äußeren Sicherheit orientierte[n] Beauftragung“ von „Forschungseinrichtungen durch staatliche Einrichtungen“. Hierzu „analysiert“ sie die „Innovationslandschaft“.¹⁰ Nach den Worten des Gründungsdirektors Igel soll sie „Forschung stimulieren und koordinieren“: „Es geht um Forschungsfragen, die zum Beispiel das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei, die Marine, die Luftwaffe haben könnten“.¹¹ Als Handlungsfelder identifiziert der Aufbaustab „unter anderem die Quantentechnologie, Künstliche Intelligenz oder alternative Rechnerarchitekturen.“ Konkreter benannt werden u.a. „DNA-basierte“, „organisch-elektrochemische“ sowie „neuromorphe und neuronale Architekturen“. Konkret werden auch „Autonomie und Entscheidungsfindung“ und „Lagebilder und Lagebilddarstellung“ sowie Sensorik als Forschungsthemen genannt. „[A]bhängig vom Schwerpunkt des spezifischen Programms“ ist dabei vorgesehen, dass die Agentur „Programmbüros an anderen Standorten in Deutschland“ einrichtet. „Dabei handelt die Cyberagentur bewusst als Wagniskapitalgeber und schließt nicht aus, dass sich manche beauftragten Forschungen und Entwicklungen als Irrweg erweisen“.¹² Zugleich hat die Bundesregierung gegenüber der Agentur den Anspruch formuliert, dass – wie auch bei der (zivilen) Agentur für Sprunginnovationen – „der Aspekt der Verwertung künftiger Fähigkeiten wesentlicher Treiber“ der Aktivitäten sein solle.¹³ Mit ihrem zugleich risikobereiten wie anwendungszentrierten Ansatz orientieren sich damit beide Institutionen an der DARPA, der Forschungsbehörde des Pentagon.¹⁴ Dabei beschränkt sich die Agentur für Sprunginnovationen laut ihrer Homepage auf „Themenfelder“, die „zivilen Zwecken dienen“,¹⁵ während die Cyberagentur ihre Aufgabenfelder „aus dem Blickwinkel der inneren und äußeren Sicherheit“ bestimmt.¹⁶

Kampfansage an Zivilklauseln

Insbesondere die letztgenannten Agenturen sollen in staatlichem – auch militärischem – Interesse die deutsche Forschungslandschaft beobachten und analysieren, davon ausgehend durch zielgerichtete Beauftragung Projekte „stimulieren“ und „koordinieren“, Kontakte zu Investoren und der Industrie herstellen und bei der Kommerzialisierung auch noch als „Wagniskapitalgeber“ fungieren. Sie verkörpern damit eine grundsätzliche Abkehr vom Gedanken der Unabhängigkeit von Forschung, der Autonomie der Hochschulen und der Wissenschaft. Es handelt sich dabei auch um einen

Die Exzellenz* für Themen ist verteilt, die Agentur beauftragt gezielt Programme und Projekte



Quelle: Aufstellungsstab Cyberagentur: Bericht zum Aufbau (Stand 1. August 2019).

Frontalangriff auf die Kämpfe um Zivilklauseln, die in den letzten Jahren an vielen Hochschulen ausgefochten wurden als Versuch, eine militärische Indienstnahme der Wissenschaft zu verhindern. In einem vom BMVg veröffentlichten Interview jedenfalls hat der Gründungsdirektor der „Cyberagentur“, Christoph Igel, bereits eine Art Kampfansage formuliert: „im Hinblick auf Zivilklauseln und Dual-Use-Problematiken“ werde man „erstmal richtig dicke Bretter bohren müssen“.¹⁷

Zivilklauseln gehen oft auf Initiativen der Studierendenschaft oder des sog. Mittelbaus zurück und stellen Selbstverpflichtungen von Hochschulen dar, nicht für militärische Zwecke zu forschen bzw. friedliche Ziele zu verfolgen. Ihre Umsetzung gestaltet sich schwierig, weil die meisten Universitäten sich bei der Einwerbung von Drittmitteln nicht wirklich einschränken wollen und im Grunde gerne mit Förderungen und Kooperationen mit großen Unternehmen und staatlichen Stellen für sich werben. Militärische Zwecke werden deshalb ebenso wie friedliche Ziele nicht genauer definiert und erstere eng, letztere weit ausgelegt. So ist die Zusammenarbeit mit Rüstungsunternehmen auch an Hochschulen mit Zivilklauseln eher die Regel als die Ausnahme, weil hier oft auf den Dual-Use-Charakter der Forschung, also mögliche zivile Anwendungen der Ergebnisse verwiesen wird. Und tatsächlich findet der Entwicklungsschritt, in dem Technologien explizit auf

militärische Nutzung zugeschnitten werden, typischerweise nicht an Hochschulen statt, sondern wird durch die Rüstungsindustrie selbst, in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr oder an außeruniversitären Instituten (wie den Fraunhofer-Instituten) vollzogen. Auch bei Forschung, die aus dem Verteidigungshaushalt finanziert wird, gilt der „Dual-Use“ häufig als Argument gegen die Anwendbarkeit von Zivilklauseln, wenn etwa bei wehrmedizinischer Forschung auf ihren (potentiellen) allgemeinen medizinischen Nutzen verwiesen wird. Es finden sich allerdings auch Argumentationen, wonach der Schutz der eigenen Soldaten, insbesondere in sog. „Friedenseinsätzen“ auch als friedlicher Zweck zu interpretieren sei.¹⁸

Die konkreten Drittmittelaufträge der Bundeswehr an zivile Hochschulen werden in der Regel nicht öffentlich bekannt gegeben und z.B. gegenüber dem Bundestag als Verschlussache eingestuft.¹⁹ Ihr Gesamtumfang betrug zwischen 2006 und 2009 – soweit bekannt – jährlich etwa 8 Mio. Euro.²⁰ Forschungsaufträge des US-Militärs allerdings sind im Umfang vergleichbar und öffentlich nachvollziehbar. So kam der Spiegel durch eine Auswertung der US-Haushaltsdatenbank von 2008 bis 2019 auf die Summe von 21,7 Mio US\$, die in diesem Zeitraum vom Pentagon an deutsche Hochschulen geflossen sind, darunter auch einige mit Zivilklauseln.²¹



Eines der drei Pressefotos der Bundesagentur für Sprunginnovationen – es stehen bislang einzig Portraits des Gründungsdirektors Rafael Laguna de la Vera zur Verfügung. Quelle: sprind.org.

Dabei handelt es sich im Vergleich zum Drittmittelaufkommen deutscher Hochschulen insgesamt um überschaubare Beträge, die jedoch bereits durchaus ausreichend sind, um Forschung zu „stimulieren“, das zivile Gepräge von Hochschulen zu erschüttern und wissenschaftliches Personal für die Rüstungsindustrie, die bundeswehreigenen und bundeswehnrhnen Forschungsinstitute (etwa des Fraunhofer-Verbundes Verteidigungs- und Sicherheitsforschung, VVS) zu rekrutieren. Die Cyberagentur jedenfalls, die explizit auf die Bedürfnisse „der inneren und äußeren Sicherheit“ ausgerichtet ist, soll jährlich mit 80 Mio. Euro ausgestattet sein, von denen 20% für den Grundbetrieb, darunter die Personalkosten der etwa 100 Mitarbeiter*innen, vorgesehen sind. 80% des Budgets sollen in die „Forschungs- und Innovationsvorhaben“,²² also die zielgerichtete Beauftragung von Forschungseinrichtungen fließen. Das ist etwa der achtfache Betrag der Drittmittel, welche deutsche Hochschulen zwischen 2006 und 2009 direkt vom BMVg erhalten haben. Es ist allerdings davon auszugehen, dass die Cyberagentur – wie auch das BMVg selbst – einen Großteil ihrer Forschungsgelder nicht direkt an Universitäten ausschütten werden, sondern an außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die bereits jetzt deutlich mehr Mittel aus dem Rüstungshaushalt erhalten. Allerdings werden die Trennlinien zwischen beiden immer unschärfer, denn zu den im Koalitionsvertrag vorgesehenen „neue[n] Instrumente[n] zur Förderung von Sprunginnovationen und des Wissenstransfers in die Wirtschaft“ gehören eben auch jene „Forschungscampi“, „Zukunftscluster“ und „Ökosy-

steme“, die Wissenschaft, Industrie, Kapital und Politik systematisch verschmelzen und nun auch noch aus dem „Corona-Konjunkturpaket“ mit den nötigen Mitteln ausgestattet werden, um sich zu militärisch-technologischen Versuchsanstalten zu entwickeln.

PS: Auch das Kapital ist hocheifrig

Die Forderung, in Deutschland eine Forschungsagentur nach dem Vorbild der DARPA auszubauen, hat noch während der Koalitionsverhandlungen im Januar 2018 der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) öffentlich erhoben.²³ Wenige Monate zuvor, im Oktober 2017, hatte die MPG gemeinsam mit den GermanU15 (als Verband „forschungsstarker“ Universitäten) und großen Industrieverbänden wie dem BDI, dem Branchenverband Bitkom und dem Verband der Automobilindustrie (VDA) ein gemeinsames Positionspapier mit Forderungen veröffentlicht, um „Wissenschaft und Forschung als Fundament unserer Zukunft weiter [zu] stärken“. In dem gerade mal drei knappe Seiten umfassenden Papier wird ebenfalls gefordert, „vollständig neue Förderformate in den Blick [zu nehmen], die auf disruptive Innovationen abzielen“. Weiter heißt es dort: „Die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist weiter zu fördern und mit dem Ziel zu stärken, vollständige Innovationskreisläufe von der Grundlagenforschung bis in die Anwendung und zurück abzubilden. Dazu sollten zusätzliche Förderformate entwickelt werden, die auf engen Entwicklungspartnerschaften zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen mit komplementären Interessen und komplementärem Know-how aufbauen und diese in Innovationen überführen. Auch die innovationsorientierte öffentliche Beschaffung sollte ausgebaut werden, um die Marktanwendung von Forschungsergebnissen aktiv voranzutreiben und Innovationsprozesse zu beschleunigen“.²⁴ Viele weitere der hier gemeinsam von Wissenschaft und Industrie formulierten Forderungen – darunter das Ziel, 3,5% des BIP für die Forschung auszugeben und dafür den Unternehmen für entsprechende Aktivitäten weitere Steuererleichterungen einzuräumen – finden sich im Koalitionsvertrag von 2018 wieder und werden mit dem sog. „Corona-Konjunkturpaket“ weiter umgesetzt.

Zwar ist nachvollziehbar, dass die bemerkenswerte Koalition von Industrie und Wissenschaft eine gewisse politische Durchsetzungskraft erzeugt. Es gibt jedoch noch weitere Akteure, die am Konzept der disruptiven Technologiepolitik ein Interesse haben und auch geltend machen. Dabei handelt es sich um internationale Beratungs- und Kapitalgesellschaften wie PriceWaterhouseCoopers, Roland Berger, EY (Ernst & Young) und Unternehmen wie Accenture, Capgemini, IBM,

Atos und Bosch, die sich die als „Anbieter der digitalen Transformation“ verstehen und in den vergangenen Jahren kräftig in diese Bereiche investiert haben. Bei den investierten Geldern handelt es sich letztlich um Risikokapital: Obwohl sich mit der Digitalisierung des Alltags, der öffentlichen Verwaltung, der Gesundheit und auch der Streitkräfte bereits jetzt recht viel Geld verdienen lässt, bleiben die bislang realisierten Gewinne jedoch weit hinter den Erwartungen zurück. Deshalb wirken diese Kapitalfraktionen massiv auf die Politik ein, um die angekündigten Disruptionen weiter zu forcieren oder zumindest die Erwartungen daran aufrecht zu erhalten. Es sind v.a. diese Unternehmen bzw. die in ihrem Umfeld agierenden Denkfabriken, PR-Gesellschaften und sonstige Institutionen, die dabei gerne die geopolitische und auch militärische Relevanz entsprechender Technologien hervorheben und beständig davor warnen, dass Deutschland/Europa mit den bevorstehenden Disruptionen v.a. gegenüber den USA und China ins Hintertreffen zu geraten drohe.²⁵ Ins gleiche Horn blasen jedoch zunehmend auch die großen Wissenschaftsorganisationen wie die MPG und schlagen dabei erstaunlich nationalistische Töne an, um Forderungen nachdruck zu verleihen, die letztlich die Interessen eines Internationalen Risikokapitals dienen. Denn wenn der Staat nun zunehmend selbst als „Wagniskapitalgeber“ auftritt und in Bereiche investiert, in denen Disruptionen erwartet werden, verbessert dies die Möglichkeiten anderer Investoren, Profite zu erwirtschaften, bevor ein Produkt auf den Markt kommt oder sich die erwartete „Disruption“ überhaupt je ereignet. Bis die Blase platzt.

Anmerkungen

- 1 Alle Zitate ohne Quellenangaben entstammen dem Eckpunktepapier „Corona-Folgen bekämpfen, Wohlstand sichern, Zukunftsfähigkeit stärken“ („Corona-Konjunkturpaket“) des Koalitionsausschusses vom 3. Juni 2020.
- 2 Bundesregierung: „Rahmenprogramm Quantentechnologien – von den Grundlagen zum Markt“, BT-Drucksache 19/4645.
- 3 Ebd.
- 4 „Zentrum für Digitale Forschung geplant“, [sueddeutsche.de](https://www.sueddeutsche.de) vom 19.6.2020.
- 5 Florian Mayer: SPD-Fraktion will Cyber-Bundeswehrzentrum ins Saarland holen, www.sr.de vom 10.6.2020.
- 6 Ein neuer Aufbruch für Europa / Eine neue Dynamik für Deutschland / Ein neuer Zusammenhalt für unser Land, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 19. Legislaturperiode.
- 7 „Eine gute Erfindung steigert das Gemeinwohl“, Rafael Laguna de la Vera im Gespräch mit Annette Riedel, [Deutschlandfunk Kultur](https://www.deutschlandfunkkultur.de) (Tacheles) vom 29.2.2020.
- 8 Marcel Roth: Cyberagentur des Bundes startet in Halle,

www.mdr.de vom 15.6.2020.

- 9 BMVg: Im Interview - Forschungsdirektor der Cyberagentur, www.bmv.g.de vom 20.5.2020. Im Interview lässt Igel an seiner Sympathie für die Bundeswehr keine Zweifel aufkommen und berichtet einleitend von seiner Zeit als Wehrdienstleistender: „Ich hatte frisch mein Abitur in der Tasche und habe im Anschluss meinen Grundwehrdienst geleistet. Das waren damals fünfzehn Monate in einem Fallschirmjäger-Bataillon. So richtig kämpfende Einheit, mit Ausbildung zum Scharfschützen und Teilnahme an NATO-Übungen. Da war ich Fallschirm springen, Mitglied der Mannschaft des militärischen Fünf-Kampfes der Kompanie und habe all das gemacht, was zur ‚grünen Ausbildung‘ gehört. Spannende Zeit, das hat ganz viele positive Eindrücke hinterlassen“.
- 10 Aufstellungsstab Cyberagentur: Bericht zum Aufbau (Stand 1. August 2019). Cyberagentur: Bedarfe – Themen – Vorgehen.
- 11 Marcel Roth: Was die Cyberagentur in Halle/Leipzig machen wird - Interview mit Cyberagentur-Chef, www.mdr.de vom 15.6.2020.
- 12 Aufstellungsstab Cyberagentur, a.a.O.
- 13 BT-Drucksache 19/3289.
- 14 Ebd.
- 15 <https://sprind.org> (Stand 29.6.2020). Aktuell (1.7.2020) ist die Homepage der Agentur/GmbH nicht erreichbar.
- 16 BT-Drucksache 19/3289.
- 17 BMVg: Im Interview - Forschungsdirektor der Cyberagentur, www.bmv.g.de vom 20.5.2020.
- 18 Vgl.: Christoph Marischka: „...und irgendwann fahren Panzer drüber“ - Ein Beispiel für Geheimdienstforschung und vielsagende Rechtfertigungen, [IMI-Analyse 2013/028](https://www.imi-analyse.de), sowie: IMI: Zivilklausel an der Universität Tübingen, [Reader](https://www.reader.de) vom Juli 2011.
- 19 S. BT-Drucksache 17/3337.
- 20 Ebd.
- 21 Armin Himmelrath und Holger Dambeck: Millionen vom Pentagon für deutsche Unis, www.spiegel.de vom 22.6.2019.
- 22 Drucksache 19/15961
- 23 „Glaubwürdigkeitskrise der gesellschaftlichen Eliten“, Martin Stratmann im Gespräch mit Ralf Krauter, [Deutschlandfunk](https://www.deutschlandfunk.de) (Forschung aktuell) vom 24.1.2018.
- 24 Max-Planck-Gesellschaft u.a.: Wissenschaft und Forschung als Fundament unserer Zukunft weiter stärken, gemeinsames Positionspapier vom 10.10.2017, www.mpg.de.
- 25 Christoph Marischka: KI und Geopolitik - Die unheilige Allianz von Risikokapital, Wissenschaft und Politik, [IMI-Analyse 2020/14](https://www.imi-analyse.de).

Rüstungsindustrie kassiert ab!

(Corona-)Unterstützung trotz Superzyklus

von Jürgen Wagner

In schöner Regelmäßigkeit liefert die deutsche Rüstungsindustrie mit jahrelangen Verzögerungen überteuerte Produkte ab, dennoch wird ihr staatlicherseits auf vielerlei Arten unter die Arme gegriffen. Und weil das anscheinend schon Tradition zu haben scheint, wurde die Rüstungsindustrie auch bei den jüngsten Maßnahmen im Zuge der Coronakrise bedacht, vor allem im kürzlich auf den Weg gebrachten Konjunkturpaket.

Staatliche Unterstützung: Fass ohne Boden

Der Name war Programm: Im „Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Verteidigungsindustrie“ aus dem Jahr 2015 ging es wie auch in dem in diesem Jahr veröffentlichten gleichnamigen Nachfolger vor allem darum, die in Deutschland ansässigen Unternehmen der Branche zu stärken. Zu diesem Zweck wurden eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, u.a. wurden Schlüsseltechnologien definiert, die vor ausländischer Konkurrenz ‚geschützt‘ werden sollen. Um „Exporte politisch flankieren“ zu können, werden Fusionen und Übernahmen mit dem Ziel vorangetrieben, so die ‚Wettbewerbsfähigkeit‘ im Kampf um die globalen Waffenmärkte zu ‚verbessern‘. Dies alles sollte dazu beitragen, die Rüstungsindustrie ‚besser‘ in die Lage zu versetzen, zeitnahe und preisgünstige Produkte abzuliefern (siehe [IMI-Analyse 2020/06](#)).

Geholfen hat das alles – außer den Erträgen der deutschen Unternehmen – bislang allerdings herzlich wenig. Am 9. Juni 2020 [veröffentlichte](#) das Verteidigungsministerium seinen 11. „Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zu Rüstungsangelegenheiten“, der einmal mehr die drastischen Verzögerungen und Kostensteigerungen von Rüstungsgroßprojekten ans Licht brachte: „Das Finanzvolumen aller derzeit im RM [Risikomanagement] betrachteten Projekte beträgt rund 143 Mrd. Euro. [...] Aktuell beträgt die Verzögerung im Mittel 52 Monate gegenüber der ersten par-

lamentarischen Befassung. [...] Die Abweichung der aktuellen haushalterischen Abbildung aller hier ausgewerteten laufenden Rüstungsprojekte beträgt im Vergleich zur ursprünglichen Veranschlagung der Projekte bei Projektbeginn in der Summe rund 12,8 Mrd. Euro absolut und rund 31 % relativ.“

Vor dem Superzyklus

Eine ganz banale Form, mit der die Rüstungsindustrie staatlicherseits zudem aufgepöppelt wird, sind die rapide steigenden Ausgaben für die Neuanschaffung von Rüstungsgütern der Bundeswehr. Der diesbezüglich zentrale Etat im Verteidigungshaushalt – „Militärische Beschaffungen“ – [wuchs](#) von 3,82 Mrd. (2014) über 4,25 Mrd. (2016) auf 5,95 Mrd. (2019). Tendenziell war damit zu rechnen gewesen, dass sich dieser Trend fortsetzen würde, schließlich hatte Kanzlerin Angela Merkel gegenüber der NATO relativ verbindlich zugesagt, Deutschland werde bis 2024 einen Militärhaushalt von 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes vorlegen. [Berechnungen](#) der Bundeswehrhochschule München zufolge hätte dies einen weiteren Anstieg des Rüstungshaushaltes von 45,2 Mrd. Euro (2020) auf 57,8 Mrd. Euro (2024) erfordert – 2014 belief sich der Etat noch auch 32,4 Mrd. Euro!

Kein Wunder also, dass sich die Rüstungsindustrie – sogar als sich die Coronakrise bereits deutlich abzeichnen begann – vor „rosigen“ Zeiten wähnte. So hieß es noch Anfang März 2020 in der [Welt](#): „Die Rüstungsindustrie boomt wie selten zuvor. Auch Deutschlands größter Militärausrüster Rheinmetall profitiert vom dringenden Nachholbedarf der nationalen Armeen. Sogar das Sorgenkind Bundeswehr verspricht lukrative Aufträge. [...] Der seit 2013 amtierende Rheinmetall-Chef Armin Papperger hat dafür eine Erklärung. Der Konzern profitiere als international tätiger Systemanbieter ‚vom ‚Super-Zyklus‘ im wehrtechnischen Geschäft.“

Zwar ist es durchaus möglich, dass die anvisierten Erhöhungen des Rüstungshaushaltes infolge des coronabedingten BIP-Rückgangs schmaler ausfallen werden als geplant – von Kürzungen des in den letzten Jahren drastisch gestiegenen Haushalts ist in der gesamten aktuellen Debatte aber ärgerlicherweise keinerlei Rede. Im Gegenteil, obwohl einiges darauf hindeutet, dass die Rüstungsindustrie vergleichsweise glimpflich aus der Coronakrise hervorgehen dürfte, wurde sie nun auch im jüngsten Konjunkturpaket mitbedacht.

Rüstungsindustrie: Corona-Coup

Eine ausführliche [Untersuchung](#) der „Foundation pour la recherche strategique“ ergab, dass die Rüstungsindustrie im Vergleich zu anderen Branchen relativ wenig durch die Coronakrise beeinträchtigt wurde. Weder seien im großen Stil Schließungen aufgrund umfassender Infizierungen noch wegen Nachfrageeinbrüchen erforderlich gewesen (übersetzt mit [ww.deepl.com](#)): „Insgesamt blieben jedoch vollständige und längere Produktionsstillstände selten und isoliert.“

Schon vor Verabschiedung des Konjunkturpaketes weisen die Forscher auf zwei Maßnahmen hin, die zur Unterstützung der Rüstungsindustrie gedacht sind: „Deutlicher wurde die Unterstützung jedoch, als es im April 2020 für Unternehmen, die mit der Bundeswehr Verträge abgeschlossen hatten, möglich wurde, eine Neuverhandlung der Meilensteine für die Ausführung von öffentlichen Aufträgen zu beantragen, um diese aufzuspalten und so die Bezahlung bereits erbrachter Leistungen zu ermöglichen. Da Covid-19 als Fall höherer Gewalt gilt, sind Hersteller, die in der Lage sind, den Kausalzusammenhang zwischen der Epidemie und ihren Schwierigkeiten bei der Vertragserfüllung nachzuweisen, zudem nicht mehr dem Risiko von Verzugsstrafen und Entschädigungen ausgesetzt. [...] Um deutsche Generalunternehmer und Ausrüstungshersteller zu unterstützen, arbeitet die Bundeswehr seit Mitte Mai daran, Dienstleistungs- und Ausrüstungsverträge zu identifizieren, die einige Monate früher abgeschlossen werden könnten.“

Im [Konjunkturpaket](#) selbst wurden dann 500 Mio. Euro für ein neues Bundeswehr-Cyberzentrum ausgemittelt: „Die Fähigkeit zu souveränem Handeln im Cyber- und Informationsraum ist untrennbar mit digitaler Souveränität verbunden. Daher wollen wir ein Zentrum für Digitalisierungs- und Technologieforschung der Bundeswehr aufbauen, um die nationale Verfügbarkeit digitaler und technologischer Innovationen für öffentliche und private Bereiche zu verbessern und innovative und interdisziplinäre Forschung in einem sicheren Umfeld zu betreiben. (Finanzbedarf: 0,5 Mrd. Euro)“

Gleich 10 Mrd. Euro wurden eingestellt, um

bereits geplante Projekte vorzuziehen, unter anderem Rüstungsprojekte. Auch wenn aktuell noch unklar ist, wie sich der Betrag genau aufteilen wird, dürften hier beträchtliche Summen der Rüstungsindustrie zugute kommen – die FDP brachte zum Beispiel umgehend [ins Spiel](#), die geplante Anschaffung von Eurofightern vorzuziehen. Im [Konjunkturpaket](#) heißt es dazu: „Der Bund wird in allen Bereichen prüfen, inwieweit geplante Aufträge und Investitionen jetzt vorgezogen werden können. Insbesondere sollen Digitalisierungsvorhaben in der Verwaltung, Sicherheitsprojekte sowie neue Rüstungsprojekte mit hohem deutschen Wertschöpfungsanteil, die noch in den Jahren 2020 und 2021 beginnen können, sofort umgesetzt werden. (Projektvolumen: 10 Mrd. Euro)“

Einen „Coup“ habe die Bundeswehr damit gelandet, freute sich der militärnahe Journalist Björn Müller ausgerechnet in der [taz](#). Lange war allerdings unklar, wieviel Gelder aus diesem Budgetbereich tatsächlich konkret der Bundeswehr zugutekommen würden. Mitte August 2020 sorgte ein Bericht bei [Augengeradeaus](#) hier für Klarheit: „Aus dem Konjunktur- und Zukunftspaket, das die Bundesregierung Anfang Juni zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Pandemie beschlossen hat, soll die Bundeswehr bis 2024 rund 3,2 Milliarden Euro erhalten. Nach einer Übersicht des Bundesfinanzministeriums, die *Augengeradeaus!* vorliegt, sollen damit Mittel unter anderem für Digitalisierung und Modernisierung, Beschaffung von Transportfahrzeugen und Rettungshubschraubern bereitgestellt werden – und für ein Museumsschiff.“

Sinnfreie Subventionen

Selbst für diejenigen, die die Existenz einer Rüstungsindustrie aus moralischen Gründen nicht grundsätzlich ablehnen, sollte das fortgesetzte Hofieren einer Branche, die notorisch überteuerte Produkte abliefern, ein Dorn im Auge sein. Dass diese Praxis nun mit dem Coronapaket weitgehend unkritisiert seine Fortsetzung findet, ist deshalb umso ärgerlicher.



Quelle: Pixabay/vanderpixa

Budgetärer Dambruch

EU-Rat einigt sich auf die (Rüstungs-)Haushalte 2021 bis 2027

von Jürgen Wagner

Am Ende des Sondergipfels der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union vom 17. bis zum 21. Juli 2020 stand eine Einigung über den EU-Haushalt für die Jahre 2021 bis 2027 und über den Umfang des ergänzenden sogenannten Coronapaketes. Demzufolge soll der offiziell Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) genannte EU-Haushalt 1074,3 Mrd. Euro und das Coronapaket weitere 750 Mrd. Euro (390 Mrd. an Zuschüssen und 360 Mrd. an Krediten) umfassen. Zwar steht insbesondere dem Coronapaket noch ein steiniger Weg bevor, aber beim EU-Haushalt ist es wahrscheinlich, dass er in der vom Rat vorgeschlagenen Weise von der Kommission und dem EU-Parlament akzeptiert werden dürfte. Nach über zweijährigen Verhandlungen hatten sich die Zahlen von Rat und Kommission immer weiter angenähert, auch und gerade was den Umfang diverser Rüstungstöpfe anbelangt, wodurch die einstmalige „Zivilmacht Europa“ erstmals auch offiziell eine Art Rüstungshaushalt erhält.

Rüstungshaushalte Erster Akt

Bereits im September 2016 [schlug](#) der damalige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erstmals die Einrichtung eines „Europäischen Verteidigungsfonds“ (EVF) vor. Im Mai 2018 folgte dann ein offizieller [Kommissionsvorschlag](#) für den nächsten EU-Haushalt 2021 bis 2027. Vorgesehen waren darin 11,5 Mrd. für den EVF, dessen Sinn und Zweck darin besteht, die Erforschung und Entwicklung europaweiter Rüstungsprojekte zu finanzieren. Ferner waren 5,8 Mrd. Euro für die „Militärische Mobilität“ enthalten, mit der die Infrastruktur in Osteuropa für schnelle Truppen- und Gütertransporte Richtung Russland „ertüchtigt“ werden soll. Und schließlich wurden 14,2 Mrd. Euro für Europäische Raumfahrtprogramme eingestellt, vor allem für Copernicus und Galileo, die von großer militärischer Bedeutung sind. Bei diesen Angaben handelt es sich immer um Preise von 2018, die

deutlich unter den laufenden Preisen liegen (beim Verteidigungsfonds etwa 13 Mrd. Euro statt der 11,5 Mrd. Euro in Preisen von 2018). In etwa zeitgleich schlug die Kommission auch die Einrichtung einer „Europäischen Friedensfazilität“ (EFF) vor, die allerdings außerhalb des offiziellen EU-Budgets angesiedelt ist. Dennoch sollen künftig über die EFF 35% bis 40% der Kosten von EU-Militäreinsätzen finanziert werden können. Zwar existiert bereits ein ähnliches Finanzierungsmodell namens ATHENA-Mechanismus, darüber war es bislang aber „nur“ möglich, zwischen 5% und 15% der Kosten von EU-Militäreinsätzen zu finanzieren. Den Rest mussten die beteiligten Staaten für ihren Anteil am Einsatz aus eigener Tasche bezahlen, was – nachvollziehbarerweise – der Motivation diverser Länder, sich militärisch zu engagieren, nicht eben förderlich war. Aus dem [EFF-Entwurf](#) von Außenbeauftragter und Kommission wird deshalb ersichtlich, dass hierüber ein „Anreizsystem“ zur Beteiligung an Militäreinsätzen geschaffen werden soll: „Mit der Fazilität wird ein fester Fonds geschaffen, was die Einleitung neuer Operationen erleichtern und die Wirkung und Planbarkeit laufender Maßnahmen verbessern wird. Die mehrmaligen Überprüfungen des Mechanismus Athena haben nicht zu einer deutlichen Erweiterung des Umfangs der gemeinsam zu finanzierenden Kosten geführt. Der Vorschlag für die Fazilität hat zum Ziel, mehr Kosten gemeinsam zu finanzieren und ein Anreizsystem für die Mitgliedstaaten zu schaffen, sodass militärische EU-Operationen oder militärische Aufgaben, die der Rat gemäß Artikel 44 EUV einer Gruppe von Mitgliedstaaten übertragen kann, leichter durchgeführt werden können.“ Auch ein zweiter Bereich soll künftig über die EFF finanziert werden: die Ausbildung und besonders Aufrüstung befreundeter Regierungen oder Rebellen. Hierzu [schreiben](#) Kommission und Außenbeauftragte: „Überdies wird die Fazilität den militärischen Operationen der EU ermöglichen, im Rahmen ihres Mandats integrierte Paketlösungen, die Sicherheit, Ausbildung,

Entwicklung der vorgeschlagenen EU-Finanzierung im Verteidigungsbereich während des Verhandlungsprozesses über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 (Preise von 2018)

Vorschlag	Europäischer Verteidigungsfonds	Europäische Friedensfazilität	„Militärische Mobilität“	Raumfahrtprogramm
EU- Kommission, 2.5.2018	€11,453 Mrd.	€9,223 Mrd.	€5,767 Mrd.	€14,196 Mrd.
Finnische EU-Ratspräsidentenschaft, 5.12.2019	€6,014 Mrd. (-47%)	€4,5 Mrd. (-51%)	€2,5 Mrd. (-57%)	€12,702 Mrd.(-11%)
EU-Ratspräsident, 14.2.2020	€7,014 Mrd. (-39,%)	€8 Mrd. (-13%)	€1,5 Mrd (-74%)	€13,202 Mrd. (-7%)
Technisches Dokument der EU-Kommission, 21.2.2020	N/A	€4,5 Mrd. (-51%)	€0 (-100%)	€12,3 Mrd. (-13%)
EU-Kommission, 27.5.2020	€8 Mrd. (-30%)	N/A	€1,5 Mrd (-74%)	€13,196 Mrd. (-7%)
EU-Ratspräsident, 10.7.2020	€7,014 (-39%)	€5 Mrd. (-46%)	€1,5 Mrd (-74%)	€13,202 Mrd. (-7%)
Einigung des EU-Rates, 21.7.2020	€7,014 (-39%)	€5 Mrd. (-46%)	€1,5 Mrd (-74%)	€13,202 Mrd. (-7%)

Bereitstellung von Ausrüstung und direkte militärische Unterstützung bündeln, anzubieten und so im Einsatzgebiet voll und umfassend tätig zu werden.“ Auch hierfür existierte bislang ein außerhalb des EU-Haushaltes angesiedelter Topf, die ausgerechnet mit Geldern des „Europäischen Entwicklungsfonds“ bestückte „Afrikanische Friedensfazilität“. Allerdings unterlag dieses Instrument aus Sicht der Befürworter einer expansiven Militärpolitik erheblichen Einschränkungen: Geographisch betraf das die Beschränkung auf afrikanische Länder und funktional war es untersagt, „letale“ Güter, also besonders schweres Kriegsgerät, zu liefern. Um diese „Defizite“ zu überwinden, schlug die Kommission im Juni 2018 vor, besagte Friedensfazilität mit 9,2 Mrd. Euro für die Jahre 2021 bis 2027 zu bestücken (wieder in Preisen von 2018).

Kampf um den Haushalt

Dem EU-Haushalt 2021 bis 2027 müssen sowohl die Kommission, das Parlament als auch die im Rat versammelten Staaten zustimmen. Nachdem es unter den Mitgliedsländern teils massive Widerstände gegen die von Kommission und Parlament gewünschte Erhöhung des EU-Gesamthaushaltes gab, überraschte die finnische Ratspräsidentenschaft im Dezember 2019 mit einem „Verhandlungsbox“ genannten **Vorschlag**, in dem einige der geplanten Rüstungstöpfe erheblich gekürzt wurden. Vergleichsweise glimpflich kamen noch die großen Weltraumprogramme davon, für die 12,7 Mrd. Euro statt noch im Kommissionsvorschlag 14,2 Mrd. Euro vorgeschlagen wurden. Kräftig Federn lassen mussten aber die Friedensfazilität mit 4,5 Mrd. Euro sowie die Militärische Mobilität mit 2,5 Mrd. Euro.

Und auch der Europäische Verteidigungsfonds kam alles andere als ungeschoren davon: Für ihn schlug die finnische Ratspräsidentenschaft nur noch 6 Mrd. Euro statt der von der Kommission anvisierten 11,5 Mrd. Euro vor. Das wollte nun die Kommission wiederum nicht hinnehmen und präsentierte Anfang Juni 2020 ihre **Vorstellungen** für die Europäische Friedensfazilität, die nun mit 8 Mrd. Euro befüllt werden sollte. Schon zuvor, Ende Mai, wurden die **Vorschläge** für den nächsten EU-Haushalt vorgelegt und die Zahlen wieder teils erheblich nach oben verschoben. Konkret wurden für die Weltraumprogramme 14,9 Mrd. Euro vorgesehen, also sogar noch mehr als noch im Mai 2018 (wieder alles in Preisen von 2018). Für den Europäischen Verteidigungsfonds schlug die Kommission einen Betrag von 9,08 Mrd. Euro vor, was wieder deutlich über den Vorstellungen der finnischen Ratspräsidentenschaft lag. Einzig die Militärische Mobilität musste mit nunmehr nur noch 1,69 Mrd. Euro weiter Federn lassen. Den bislang letzten Aufschlag machten dann die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfeltreffen, wo am 21. Juli 2020 eine Einigung erzielt wurde. Dabei wurden 7,014 Mrd. Euro für den Europäischen Verteidigungsfonds und 1,5 Mrd. für die Militärische Mobilität **vorgeschlagen**. Die EU-Weltraumprogramme sollen nach dem Willen der Staats- und Regierungschefs 13,202 Mrd. Euro erhalten und für die EFF sind 5 Mrd. Euro vorgesehen (Preise von 2018). Zwar steht eine endgültige Einigung weiter aus, vergleicht man aber die Zahlen von Kommission und Rat so ist nicht zu übersehen, dass beide sich sukzessive annähern. Lange dürfte es deshalb wohl leider nicht mehr dauern, bis die Militärmacht Europa auch finanziell Gestalt annimmt.

Krieg und Klima

Militär abschaffen – das ist Klimaschutz

von Jacqueline Andres

Krieg zerstört Mensch und Umwelt, daher ist es nicht verwunderlich, dass die Militärapparate weltweit einen erheblichen Einfluss auf den Klimawandel haben. Erst letztes Jahr sorgte die Studie von Neta Crawford von der Boston University für Schlagzeilen, denn diese zeigte auf, dass das US-amerikanische Verteidigungsministerium der größte institutionelle Verbraucher von fossilen Brennstoffen weltweit ist. Im Jahr 2017 lagen die Treibhausgasemissionen des US-Militärs bei 59 Millionen Tonnen CO₂ und damit etwa bei der Menge, die auch die Industriestaaten Schweden und Dänemark freisetzen.¹ Tatsächlich ist es schwer, genaue Zahlen der militärisch verursachten CO₂-Emissionen zu finden, denn solchen Erhebungen werden meistens nicht gemacht. Auf Drängen des US-amerikanischen Verhandlungsteams wurden die Kraftstoffe aus den im Kyoto-Protokoll verpflichtenden Berichten ausgeklammert, die vom jeweiligen Militär bei UN-Einsätzen außerhalb der eigenen Landesgrenzen verbraucht werden. Die Emissionen müssen damit weder dokumentiert noch gemeldet werden. Im Übereinkommen von Paris, das 2015 verabschiedet wurde, taucht der Begriff „Militär“ nicht ein einziges Mal auf.² Immerhin wird die Bundeswehr einmal im Klimaschutzbericht der Bundesregierung 2018 genannt, jedoch mit den Worten: „Die Emissionen der militärisch genutzten Fahrzeuge bleiben [...] unberücksichtigt.“³ Auch im Klimapaket kommt die Bundeswehr nicht vor, obwohl diese „den überwiegenden Teil aller CO₂-Emissionen von Bundes-Institutionen (geschätzt auf ca. 60%)“⁴ verursacht. Doch auch wenn es keine öffentlichen, umfassenden Messwerte zu den Emissionen der Bundeswehr und anderer Militärapparate gibt, so ist eines klar: Die Emissionen sind enorm. Nicht nur die Luftschläge, sondern auch die ständig laufende Kriegseinübung, die Errichtung und die logistische Versorgung der Militärstützpunkte sowie die mit dem Militär zusammenhängende Rüstungsproduktion setzen täglich massenweise Treibhausgase frei. Abge-

sehen davon digitalisiert die Bundeswehr ihr Gefechtsfeld – d.h. immer mehr Energie wird verbraucht, um die steigende Zahl an technischen Gerätschaften, mit denen Soldat*innen hantieren, am Laufen zu halten.

Militärübungen

Eine tägliche Militäraktivität ist die Einübung des Krieges. So müssen Pilot*innen der Luftwaffe vor ihrem ersten Einsatz eine gewisse Anzahl an Flugstunden absolvieren und Soldat*innen müssen lernen, mit Panzern zu fahren oder Schiffe zu steuern. Diese militärischen Großgeräte verbrauchen weitaus mehr Kraftstoffe als zivile Fahrzeuge. Ein Kampfpanzer des Typs Leopard 2 verbraucht im Gelände rund 530 Liter Diesel auf 100 km. Ähnlich sieht es mit weiteren Panzern aus: Der Schützenpanzer Marder liegt bei 400l/100km im Gelände und der Minenräumpanzer Keiler bei stolzen 580l/100km.⁵ Ein Kampfjet des Typs Eurofighter verbraucht pro Flugstunde 3.500 kg Treibstoff⁶ – alleine im Jahr 2018 verbrachten die Eurofighter der Bundeswehr mindestens 10.480 Flugstunden in der Luft und verursachten damit etwa 115.280 Tonnen CO₂. Mehr als 9 Millionen Bäume bräuchte es, um diese Mengen an CO₂ zu speichern.⁷ Abgesehen von den zahlreichen Kampfjets, verfügt die Luftwaffe auch über Hubschrauber mit hohem Verbrauch: Ein leichter Transporthubschrauber des Typs NH90 hat einen Flugbetriebsstoffverbrauch von rund 550 l pro Stunde und ein mittlerer Transporthubschrauber THS CH-53 einen von rund 1.100 l pro Stunde.⁸ Das Kriegsschiff Bayern, eine sogenannte Fregatte, legte zwischen den Jahren 1996 und 2010 rund 350.000 Seemeilen zurück. Laut dem damals abdankenden Kommandanten Schwarzer, habe sie somit „den Äquator sechzehnmal umrundet“. Was das für den Treibstoffverbrauch bedeutet, erklärte er auch: „Dabei wurden 43.000t Dieselmotorkraftstoff verbraucht. Legt man bei einem Münchner Taxi eine Laufleistung von 400.000 km zu Grunde, könnte man mit

diesem Verbrauch 1000 Mercedes C-Klasse PKW über ihre Lebensdauer betanken.“⁹ Stolz 6.600l Kraftstoff verbraucht die Fregatte, um 100km zurückzulegen. Wenn eine der acht Fregatten der Bundesmarine im Hafen liegt, nutzt sie den sogenannten „Landstrom“ - und zwar zwischen 4.500 kWh und 23.000 kWh pro Tag.¹⁰ Der durchschnittliche Jahresstromverbrauch einer in Deutschland lebenden Person liegt bei etwa 1.300 – 2.500 kWh. Die Emissionen, die durch dieses tagtägliche Einüben von Krieg entstehen, sind enorm und ungezählt. Abgesehen davon laufen Militärübungen häufig schief und verursachen dadurch noch mehr Emissionen. Eines der bekanntesten Beispiele hierfür dürfte der mehr als vier Wochen währende Moorbrand bei Meppen im Jahr 2018 sein. In diesem Jahr herrschte akute Waldbrandgefahr und es wurde öffentlich davon abgeraten, im Wald zu rauchen, geschweige denn ein Feuer zu machen. Trotz dieses heißen Wetters führte die Bundeswehr eine Raketenübung durch, d.h. die Luftwaffe schoss von einem Helikopter eine Rakete Richtung Boden. Dabei geriet das Moorgebiet in Brand, was besonders gravierend für das Klima ist, denn Moore binden große Mengen Kohlenstoff. Der Naturschutzbund (NABU) schätzte, etwa 500.000 Tonnen CO₂ seien dadurch freigesetzt worden. Laut dem NDR entspricht dies der Menge CO₂, die durch 50.000 Einwohner*innen der Bundesrepublik innerhalb eines gesamten Jahres entsteht.¹¹ Immer wieder lösen sogenannte Luft-Boden-Übungen, bei denen Luftschläge geübt werden, Brände aus. Im Jahr 2014 verursachte die Bundeswehr mit eben einer solchen Übung einen 26 Hektar großen Waldbrand auf Sardinien – dieser Brand wiederum ließ die Wut und den Widerstand der bis dahin ruhiger gewordenen anti-militaristischen Bewegung der Insel neu entflammen, welche seither wieder vermehrt von sich hören macht.¹² Diese Übungen sind vielzählig und finden auch auf multinationaler Ebene statt: So führte die größte Militärallianz der Welt, die North Atlantic Treaty Organization (NATO), im Jahr 2019 insgesamt 102 gemeinsame Militärübungen durch und ihre Mitgliedsstaaten absolvierten weitere 208 Übungen in einem nationalen oder multinationalen Rahmen.¹³ Nicht selten laufen diese großen Übungen auf eine klimaschädliche Machtdemonstration hinaus, die als militaristisches Säbelrasseln auch schwerwiegende politische Folgen haben können.

Kriegsausübung

Es gibt nichts zerstörerischeres und umweltschädlicheres als Krieg. Abgesehen von dem enormen Kraftstoffverbrauch der eingesetzten Kriegsgeräte, hinterlassen Kriege ökologische Langzeitschäden für Mensch und Natur. Die Wucht einer Rakete, die auf

den Boden trifft, ist enorm. Es treten Schadstoffe in den Boden, in die Luft und nicht selten ins Grundwasser ein. Was zerstört wird, muss irgendwann wieder aufgebaut werden. Nicht selten werden Fabriken getroffen: Im Jahr 1999 bombardierte die NATO die nahe bei Belgrad gelegene Raffinerie NIS, die Kunststofffabrik HIPetrohemija und die Düngemittelfabrik HIP Azotara. Wochenlang brannte der leicht entzündliche Treibstoff und verschmutzte die Luft und den Boden langfristig.

Die umweltschädlichen Luftschläge hören nicht auf. Seit 2015 herrscht Krieg im Jemen. Die von Saudi Arabien geführte Militärkoalition führte seither zwischen 20.934 und 59.641 Luftschläge aus¹⁴ und die Zahl der Bombardierungen stieg im Laufe der letzten Monate trotz der globalen Gesundheitskrise wieder an.¹⁵ Auch in diesem Krieg werden neben Krankenhäusern, Schulen, Getreidespeichern, Häfen, Märkten, Hochzeiten und Trauerfeiern auch zahlreiche Fabriken getroffen – auch aus dem Nahrungsmittelsektor. Dies ist in Jemen angesichts der dortigen desolaten Nahrungsmittelversorgung und der Hungerkatastrophe umso gravierender.

Unvergessen dürften auch die Bilder aus dem Golfkrieg 1991 sein, als monatelang rund 600 Ölfelder brannten, wodurch rund 300 Millionen Tonnen CO₂ freigesetzt wurden. Zusätzlich gelangten 60 Millionen Barrel Erdöl (etwa 9.539.238.000 Liter) in den Boden und verschmutzten das Grundwasser und mindestens 6 Millionen Barrel flossen mit verheerenden Folgen in den Persischen Golf.¹⁶

Abgesehen von Raketen und Bomben, nutzen verschiedene Militärapparate auch chemische Kampfstoffe, die jetzt zum Großteil international geächtet sind. So zum Beispiel das berüchtigte Entlaubungsmittel



Brennende Ölfelder in Kuwait im Jahr 1991. Quelle: Wikipedia/Tech. Sgt. David McLeod.

tel Agent Orange. Während des Vietnamkrieges, bzw. zwischen 1962 und 1971, sprühten US-Soldat*innen etwa 72 Millionen Liter des toxischen Agent Orange und anderer Herbizide auf eine Fläche von 1,5 Millionen Hektar. Die Wälder sollten entlaubt werden, um die zum Feind erkorene Nationale Front für die Befreiung Südvietnams aufzuspüren und ihre Nahrungsgrundlage zu zerstören.¹⁷ Ganze Ernten wurden vernichtet, was die gesamte Bevölkerung traf. Bilder aus der Zeit zeigen Baumstümpfe, die wie zerschlagen aus dem Boden ragen und kahle Landschaften. 36% der Mangrovenwälder Südvietnams wurden dabei zerstört – dabei sind es gerade Mangrovenwälder, die jetzt mit dem menschenverursachten Steigen des Meeresspiegels dringend benötigt werden.

Bis heute sind die Böden und Gewässer verseucht und der Schadstoff Dioxin TCDD gelangt noch immer in die Nahrungskette. Schätzungsweise eine bis drei Millionen Menschen leiden unter den gesundheitlichen Folgen, heute bereits in der dritten Nachkriegsgeneration. Das krebserregende Dioxin verursacht rund einhundert Krankheiten (u.a. Diabetes, Parkinson und Immunschwächen) und schädigt das Erbgut – dies führt u.a. zu fehlenden Gliedern und Gaumenspalten bei Neugeborenen.¹⁸

Oftmals führen Kriegseinsätze auch dazu, dass die Abholzung der lokalen Wälder beschleunigt wird – einerseits werden sie von Menschen, deren Häuser und Lebensgrundlage zerstört wurden, als Feuerholz genutzt oder zum Wiederaufbau verwendet. Aber auch Unternehmen haben ein großes Interesse an Holz, das dann oftmals leicht zu fällen ist, da Umweltschutzgesetze in Kriegssituationen meist zweitrangig und nichtig werden. Doch abgesehen von den konkreten Kriegshandlungen führt die militärische Präsenz von Kampftruppen zu weiteren Problemen für die Gesundheit der Menschen und der Natur. Wie entsorgen Soldat*innen ihren Müll in Kriegsgebieten?

Das US-Militär z.B. greift immer wieder zur Lösung der „burning pits“. Alles von kaputten Uniformen, Munition und Blindgängern, medizinischem Abfall bis hin zu ausgedienten Computern oder anderen elektronischen Geräten und giftigem Müll wird zusammen in einem ausgehobenen Loch im Boden typischerweise mit Kerosin überschüttet und in Brand gesetzt. In Afghanistan wurden bis zu 400 Tonnen Müll an einem Tag in solchen Pits verbrannt. Trotz der nachweislich katastrophalen Langzeitauswirkungen auf die Atemwege der Soldat*innen und der lokalen Anwohner*innen sowie der zahlreichen freigesetzten umweltschädlichen Luftschadstoffe, hält das US-Militär an dieser Praxis fest und nutzte zumindest noch im März 2019 sieben sogenannte burn pits in Syrien, eines in Afghanistan und eines in Ägypten.¹⁹

Rüstungsproduktion

Im Jahr 2019 lagen die globalen Rüstungsausgaben laut dem Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) bei 1.917.000.000.000 (1.917 Milliarden) US-Dollar.²⁰ Die Tendenz ist steigend – die Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer setzt sich z.B. dafür ein, die Rüstungsausgaben der BRD drastisch zu steigern. Die oftmals energieintensive Rüstungsproduktion von Munition, Kriegsschiffen, -fahrzeugen und -flugzeugen schadet ebenfalls den Menschen, der Natur und dem Klima. Auch hier in Tübingen sind mittlerweile Firmen ansässig, die unterschiedliche Militärprodukte herstellen und von Kriegseinsätzen profitieren. Eines dieser Unternehmen ist ZF Friedrichshafen, welches im Sommer 2019 das Unternehmen Break Force One in der Bismarckstraße zu 100% aufgekauft hat. ZF Friedrichshafens bekannteren militärischen Produkte dürften die im Kampfpanzer Leopard 2 eingebauten ZF-Getriebe (P25 000) sein. Auch in vielen militärischen U-Booten und Kriegsschiffen, sind ZF-Getriebe verbaut. Außerdem stellt ZF Friedrichshafen auch Getriebe und Getriebekomponenten für Luftfahrzeuge her und ist „langjähriger Partner der Bundeswehr für die Betreuung [...] der deutschen militärischen Hubschrauberflotten.“²¹

Seit 2006 ist auch der Rüstungskonzern Atos in Tübingen angesiedelt – im Hagellocher Weg 73. Zwar produziert Atos keine Bomben, aber zu seinen Produktionsparten zählt auch der „Verteidigungssektor“ bzw. der Kriegssektor: „Atos entwickelt militärische, zukunftssichere Cloud-Lösungen für die zweckmäßige und dynamische Bereitstellung und Verarbeitung sensibler Informationen (z.B. Verschlusssachen). Verlässliche, auch verlegefähige Cloud-Infrastrukturen von Atos bewähren sich im militärischen Einsatz.“²² Zu den Kunden von Atos zählt auch die Bundeswehr: „Atos unterstützt proaktiv die Digitalisierung der Landstreitkräfte und der Marine durch Konzepte für einen durchgängigen Verbund digitaler Datenverarbeitungs- und Datenübertragungssysteme.“²³ Digitalisierung heißt hier, dass die einzelnen Soldat*innen, Kampfsysteme und Gerätschaften der Bundeswehr u.a. durch Sensoren miteinander vernetzt werden sollen. Das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) beauftragte Ende 2019 Atos und weitere Unternehmen mit der Erstellung einer Studie zur „Erzeugung eines gläsernen Gefechtsfeldes zur Unterstützung dynamischer Operationen“. Konkret heißt das, Atos untersucht einen „hochautomatisierten Multirobotereinsatz“ bzw. Drohnenschwärme. Diese von einer KI-gesteuerten Drohnen sollen Daten sammeln und diese Daten sollen mit Hilfe von Algorithmen ein digitales Lagebild produzieren, auf dem z.B. die

Bewegungen aller Militärfahrzeuge und Soldat*innen in Echtzeit dargestellt werden. Dabei sollen die Drohnen mit Kampffahrzeugen, wie z.B. Panzern, vernetzt sein.²⁴ Noch gibt es keine Studie, die die Emissionen von militärischen Kommunikations- und Informationstechnologien ausgearbeitet hat. Doch die stetig wachsende digitale Vernetzung zahlreicher Systeme und die gesteigerte Datenübertragung deuten darauf hin, dass diese Emissionen steigen werden. Laut einer von dem The Shift Project erstellten Studie stieg der Anteil digitaler Technologien an den globalen CO₂-Emissionen zwischen den Jahren 2013 und 2018 von 2,5 auf 3,7%, womit diese Technologien einen erheblichen Beitrag zur Erderwärmung leisten.²⁵

Militär abschaffen! – Das ist Klimaschutz!

Klima und Krieg sind eng miteinander verwoben. Der Zugang zu fossilen Brennstoffen stellt oftmals ein wichtiges wirtschaftliches Ziel bei Kriegen dar – folglich erfordern die Transportwege eine militärische Absicherung. Das klimaschädliche Militär wird u.a. dafür eingesetzt um mehr fossile Brennstoffe verbrennen zu können. Durch den menschengemachten Klimawandel und unsere umweltschädliche wachstumsorientierte, neoliberale Wirtschaftsweise werden die beschränkten Ressourcen knapper: u.a. mineralische Rohstoffe, Öl und Erdgas. Die Bundeswehr und weitere Militärapparate sprechen von Klimakriegen, Kriege um Wasser und fruchtbare Böden. Für „unsere“ Sicherheit hier in Deutschland soll die Bundesregierung mehr Steuergelder in den Ausbau der Bundeswehr stecken, um „unseren“ Wohlstand zu garantieren. Doch der Irrsinn hinter dieser Argumentation tritt immer deutlicher zum Vorschein. Wir brauchen keinen militärisch gesicherten „Wohlstand“, der diesen Planeten in den Ruin treibt. Dieser Planet und seine menschlichen, tierischen und pflanzlichen Lebewesen sind „unser“ Wohlstand und den gilt es zu schützen. Die Ressourcen, die wir haben, sind endlich und wir sollten nicht eine weitere Tonne Stahl für die Herstellung von Zerstörungsgeräten verschwenden und nicht einen Liter Kerosin, um Kampfjets in den Himmel zu schicken. Die Abschaffung der Bundeswehr und aller Militärapparate wäre nicht nur ein bedeutsamer Schritt für den Aufbau eines solidarischen Zusammenlebens, das sich nach den Bedürfnissen der Menschen und der Umwelt richtet, sondern auch ein logischer und ein erforderlicher Schritt für den Klimaschutz.

Anmerkungen

- 1 Neta C. Crawford: Pentagon Fuel Use, Climate Change, and the Costs of War, watson.brown.edu, Boston University, 12.6.2019
- 2 Marc Werner: Das US-Militär. Auf Kriegsfuß mit dem Klima, IMI-Studie 7/2019, imi-online.de, 4.11.2019
- 3 Drucksache 19/14589, Militärische Aktivitäten der Bundeswehr und ihre Klimabilanz, 8.1.2020
- 4 Karl-Heinz Peil: Vortragsunterlagen, frieden-und-zukunft.de, 14.1.2020
- 5 Bundesministerium der Verteidigung: Waffensysteme und Großgerät, bmvg.de, Oktober 2016
- 6 Drucksache 16/12803, Neuburger Jagdgeschwader 74, 27.04.2009
- 7 Klimakiller Bundeswehr - Material & Infos, kathrin-vogler.de, 26.11.2019
- 8 Bundesministerium der Verteidigung: Waffensysteme und Großgerät, bmvg.de, Oktober 2016
- 9 Festrede des Kommandanten der Bayern, FKpt Schwarzer, fregattebayern-freunde.de, 19.2.2010
- 10 Drucksache 1914740, Landstrom in der Schifffahrt“, 31.10.2018
- 11 Marc Wichert: Moorbrand. Mehr als 500.000 Tonnen CO₂ freigesetzt, ndr.de, 17.9.2018
- 12 Drucksache 18/3113, Auswirkungen der NATO-Übungen auf Sardinien, 7.11.2014
- 13 Key NATO and Allied exercises in 2019, Factsheet, nato.int/factsheets, Februar 2019
- 14 Yemen Data Project, yemendataproject.org, April 2020
- 15 Airstrikes on Yemen intensify, shatter hope for peace, al-monitor.com, 4.4.2020
- 16 Fred Pearce: Future looks bleak for Iraq’s fragile environment, newscientist.com, 15.3.2003
- 17 Andreas Frey: Agent Orange. Das Gift, das bleibt, spektrum.de, 15.6.2019 und Jan Banout, Ondrej Urban, Vojtech Musil, Jirina Szakova und Jiri Balik: Agent Orange Footprint Still Visible in Rural Areas of Central Vietnam, J Environ Public Health, 4.2.2014
- 18 Peter Jaeggi: Wissen Agent Orange – Vietnams giftige Kriegslast, SWR2 Wissen, swr.de, 31.8.2015
- 19 Meghann Myers: Why DoD is still using burn pits, even while now acknowledging their danger, militarytimes.com, 12.7.2019
- 20 Global military expenditure sees largest annual increase in a decade, sipri.org, 27.4.2020
- 21 ZF Luftfahrttechnik GmbH, cca-kassel.de
- 22 DWT Marineworkshop 2018, atos.net, September 2018
- 23 Ebd.
- 24 ATOS und RAFAEL mit Studie „Gläsernes Gefechtsfeld“ beauftragt, Europäische Sicherheit und Technik, esut.de, 9.12.2019
- 25 Lean ICT. Towards Digital Sobriety, theshiftproject.org, März 2019

Zbellion

Pentagon-Kriegssimulation übt militärisches Eingreifen gegen Jugendbewegung

von Emma Fahr

Der Online-Nachrichtenseite The Intercept gelang es kürzlich mittels des Freedom of Information Act, Dokumente des Pentagon über eine Kriegssimulation mit dem Namen „2018 Joint Land, Air and Sea Strategic Special Program“ (JLASS) zu erhalten. Diese enthält unter anderem ein Szenario, in welchem sich eine Bewegung junger Menschen der sogenannten Generation Z (nach 1996 Geborene) über die USA und schließlich wie ein Lauffeuer global ausbreitet. „Zbellion“, wie die fiktive Bewegung vom US-Militär genannt wurde, besteht aus jungen Menschen, die mit der Angst des 11. Septembers 2001 und der großen Rezession aufgewachsen sind und heute selbst kaum besser dastehen als ihre Eltern, von überhöhten Studienschulden erschlagen werden und keine ernstzunehmenden Perspektiven für sich sehen. Desillusioniert und getrieben von Unsicherheit, starten die technisch versierten Digital Natives der „Gen Z“ in besagtem Szenario eine Art Cyber-Robin-Hood-Bewegung im Darknet, um das Geld großer Unternehmen und Finanzinstitute – kurz: des Establishments – nach ihren Maßstäben von Gerechtigkeit umzuverteilen. Eine Generation erhebt sich also, um die Missstände ihrer Gesellschaft anzuprangern und nimmt die Beseitigung dieser selbst in die Hand. Das Militär übt währenddessen ganz real, gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen.

Besonders brisant wird dieses Szenario, welches eine „plausible Darstellung großer Trends und Einflüsse“ zum Zweck der Ausbildung zukünftiger Generäle an den Militäruniversitäten sein soll, im Kontext der aktuellen Proteste vorrangig junger Menschen gegen Rassismus und Polizeigewalt in den USA. Immerhin ist die Militärpräsenz auf den US-amerikanischen Straßen zur Zeit ein immer weiter verbreitetes Phänomen, Protestierende wurden von Soldaten mit Tränengas vertrieben, der Verteidigungsminister sprach vom „schnellen Dominieren des Schlachtfeldes“ und Präsident Trump ließ verlauten, er hätte „die Verantwortung“ nun in die Hände eines Generals

gelegt, weil ihm der Umgang vieler Gouverneure mit den Protestierenden zu „schwach“ sei. Bereits Anfang Juni drohte Trump, das Militär gegen den „Inlandsterrorismus“ einzusetzen und mittlerweile sind immer mehr Bundespolizist*innen in Flecktarn gegen die Proteste im Einsatz. Die ‘Paramilitärs’ scheinen dabei über Grundrechte großzügig hinwegzusehen.

Zbellion – Übersetzung des Originalszenarios

„In der Mitte der 2020er kam die Altersgruppe der Generation Z (Gen Z) in ihre Dreißiger. Wie schon die Millennials vor ihnen, wurde die Gen Z charakterisiert durch ihren souveränen Umgang – wenn nicht ihre Abhängigkeit – von Technologie, in jedem Lebensbereich. Laut Sozialwissenschaftler*innen wuchs die Gen Z mit Handys und Internetzugang seit ihrer frühesten Kindheit auf und interagierte die längste Zeit ihrer Sozialisierung auf Social Media. Foto- und videolastige Medien sind unter ihnen deutlich beliebter als schriftliche Erzählungen und viele Gen Zs definieren sich selbst über ihre Social Media Communities.

Sowohl die Terroranschläge des 11. Septembers 2001 als auch die große Rezession prägten die Einstellungen dieser Generation in den USA, was ein Gefühl der Unruhe und Unsicherheit erzeugte. Obwohl auch die Millennials diese Ereignisse während ihres Erwachsenwerdens erlebten, waren sie für die Gen Z Teil ihrer Kindheit und prägten dadurch ihren Realismus und ihre Weltsicht. Obwohl viele von ihnen versuchten, nicht in dieselben finanziellen Schwierigkeiten wie ihre Eltern zu geraten, fanden sie sich häufig mit übermäßigen Studienschulden auf einem Arbeitsmarkt wieder, der weit hinter ihren Erwartungen zurückblieb. Diese Generation strebt nach Unabhängigkeit und Chancen – glaubt jedoch am wenigstens an etwas wie den ‚American Dream‘, sondern daran, dass das System auf ihre Kosten manipuliert sei. Immer wieder sehen sie sich als Treiber sozialer Veränderung und sehnen



Black Lives Matter Protest aus dem Jahr 2015. Bereits damals forderten sie eine Demilitarisierung der Polizei und betonten, dass es ihre Generation und damit ihre Wahl sei. Quelle: flickr/Johnny Silvercloud.

sich nach Erfüllung und Begeisterung im Beruf, um die 'Welt weiter zu bringen'. Trotz ihres professionellen Umgangs mit Technologie bevorzugt die Gen Z tatsächlich den persönlichen Kontakt statt Online-Begegnungen. Sie beschreiben sich selbst als engagiert in ihren virtuellen und realen Communities und lehnen übermäßigen Konsum ab.

Anfang 2025 fasste eine Gruppe, die sich selbst Zbellion nennt, im Darknet Fuß. Zbellion speist sich aus den Ängsten und Unsicherheiten der Generation Z und forderte eine Globale Cyber-Kampagne mit dem Ziel, Ungerechtigkeiten und Korruption aufzudecken und stattdessen Dinge zu unterstützen, die sie als vorteilhafter erachten. Allem Anschein nach formierte sich Zbellion ursprünglich in kleinen Gruppen in Parks und Cafés, auf Demos und Protesten und bekam schnell Zuwachs durch ihre Agenda gegen Unternehmen, Finanzinstitute und politische wie Non-Profit Organisation, welche das ‚Establishment‘ stützen. Sie scheinen ihre Mitstreiter*innen in Großstädten persönlich zu rekrutieren, indem sie die Zugangsdaten der Zbellion-Websites verteilen. Diese Seiten bieten den Aktivist*innen Ziel-Listen (welche alle benötigten Daten für Identitäts- und Kreditkartendiebstahl beinhalten), Payloads und Exploits (Schadsoftware). Außerdem nutzt Zbellion Software, um sämtliche erbeuteten Erträge durch Geldwäsche-Programme zu schleusen, welche umgehend jede nationale Währung in Bitcoins konvertiert und ‚kleine, unauffällige Spenden‘ an ‚Menschen, die es verdienen‘ zu tätigen, und für den Fall, dass Mitglieder finanzielle Not bekunden, auch

an jene Zbellion-Aktivist*innen, welche den Cyber-Angriff durchführen. Die Führungsriege der Zbellion versichert ihren Mitgliedern, die Angriffe seien ultimativ gerechtfertigt und nicht zurückzuverfolgen und dass sowohl die Ziele als auch die Begünstigten auf Basis sicherer Abstimmungen der Delegierten des Netzwerkes ausgewählt werden.

Zbellion stellt seinen Mitgliedern raffinierte Versionen modernster Schadsoftware zur Verfügung, was es den Cyber-Sicherheitsprogrammen erschwert, mit der Bedrohung schrittzuhalten. Analysen der Computer-Netzwerk-Verteidigung (CND) deuten darauf hin, dass Zbellion in Seattle entstand und sich von dort aus rasend schnell über New York, Washington DC, Los Angeles, Las Vegas und Austin ausbreitete. Bis heute wurden Aktivitäten Zbellions registriert in: Vancouver, Toronto, den meisten großen europäischen Städten, Sankt Petersburg, Istanbul, Amman, Dubai, Kairo, Tunis, Rabat, Lagos, Nairobi, Johannesburg, Neu-Delhi, Lahore, Tokio, Osaka, Manila, Jakarta, Hanoi, Shanghai, Peking, Taipeh, Seoul, Rio de Janeiro, Bogota, Panama Stadt, Havanna und Mexiko Stadt.“

Anmerkungen

Nick Turse (05.06.2020): Pentagon War Game Includes Scenario for Military Response to Domestic Gen Z Rebellion. In: The Intercept. URL: theintercept.com.

#BlackLivesMatter

Folgen rassistischer Gewalt einer militarisierten Polizei werden sichtbar

von Martin Kirsch und Alexander KleiB

In den vergangenen zwei Wochen ist die Auseinandersetzung mit rassistischer Polizeigewalt in bisher unbekannter Breite in den Fokus medialer Berichterstattung und gesellschaftlicher Debatten gerückt. Auslöser war der Mord an George Floyd, einem Schwarzen¹ US-Bürger, der durch den Polizisten Derek Chauvin getötet wurde. Ein Video, das den qualvollen Erstickungstod dokumentiert, hatte sich rasend schnell verbreitet, woraufhin zunächst am Ort des Geschehens in Minneapolis, dann in zahlreichen anderen Städten in den USA und mittlerweile weltweit Proteste gegen rassistische Polizeigewalt entflammten. Bereits seit 2013 thematisiert die Black-Lives-Matter-Bewegung eine Vielzahl von Morden an Schwarzen durch Polizeikräfte und die darauf folgende Straflosigkeit.

7.666 Menschen wurden von 2014 bis 2019 von US-Polizist*innen getötet² – überproportional viele von ihnen waren Schwarze und People of Colour. Angaben der Plattform Mapping Police Violence zufolge wurden in den USA in diesem Zeitraum lediglich etwas mehr als ein Prozent der Polizist*innen nach der Tötung einer Person vor Gericht angeklagt – und von diesen wurde wiederum nur ein Viertel verurteilt.³ Letztlich ist der institutionelle Rassismus ein jahrhundertealtes und tief in der Geschichte von Kolonialismus und Sklaverei verwurzelt Problem. Wie bereits nach den Morden an Michael Brown 2014 kommt es auch im Rahmen der aktuellen Proteste zu Plünderungen und gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Während in der medialen Debatte häufig nach vermeintlich „extremistischen Elementen“ als Verantwortliche für die Gewaltausbrüche gesucht wird, häufen sich Stimmen wie die des TV-Moderators und Comedians Trevor Noah.⁴ Noah sieht die Gewaltausbrüche und Plünderungen als eindeutige Konsequenz der angestauten Wut über unzählige Morde, systemischen Rassismus, alltägliche Polizeigewalt und nicht zuletzt auch Armut. Darüber hinaus stellt er die Frage, warum sich die Bevölkerungsgruppen, denen durch zahllose Morde

durch Gesetzeshüter*innen und die darauf folgende Straflosigkeit vorgeführt wird, dass die Regeln der Gesellschaft und ihre Gesetze zu ihrem Schutz nicht gelten, sich selbst weiter an die Regeln und Gesetze dieser Gesellschaft halten sollten. Konfrontiert werden die Proteste unabhängig davon, ob es sich um Plünderungen oder friedliche Kundgebungen und Demonstrationen handelt, vielerorts mit militarisierten und extrem gewaltbereiten Polizeikräften. Diese wurden von Beginn an mit voller Härte eingesetzt, um den aufflammenden Protest niederzuschlagen, wobei die Brutalität und das militärische Kalkül, mit dem die Polizei vorging, die Proteste weiter anfachten.

US-Armee liefert Waffen und Ausrüstung an Polizei

Die Militarisierung der Polizeikräfte in den USA wurde national wie international bereits 2014 zum Thema, nachdem am 9. August Michael Brown, ein 18-jähriger Schwarzer US-Bürger, in Ferguson (Missouri) von einem Polizisten erschossen wurde. Der Anwalt der Familie Brown bewertete die Ereignisse als „hinrichtungsartige Tötung“.⁵ In den Folgetagen kam es zu Demonstrationen und Unruhen in Ferguson und Umgebung. Konfrontiert wurden die Demonstrant*innen mit einem Großaufgebot der Polizei, Tränengas, Gummigeschossen und nächtlichen Ausgangssperren. Zur Durchsetzung der Ausgangssperren und der Zerschlagung der Proteste zielten paramilitärisch ausgerüstete Polizeikräfte mit Kriegswaffen auf Protestierende, während Panzerfahrzeuge in den Straßen patrouillierten. In der folgenden Debatte wurden neben systemischem Rassismus und Polizeigewalt auch die Ausrüstung und das Vorgehen der Polizei nach militärischem Vorbild zum Thema.

Im Rahmen des „War on Drugs“ (Krieg gegen Drogen) in den 1980er Jahren begann das US-Militär, ausgemustertes Gerät, Fahrzeuge, Waffen und Ausrüstung an Polizeibehörden weiterzugeben.

Seit 1997 ermöglicht das unter US-Präsident Bill Clinton verabschiedete „Programm 1033“ die kostenlose Weitergabe von überschüssigem Material des Pentagon an Polizeibehörden.⁶ Einen Aufschwung erlebte das Programm nach der Ausrufung des „Kriegs gegen den Terror“ ab 2001 und erneut nach dem Abzug großer Truppenverbände der US-Armee aus dem Irak 2011.

Damit wurde in den letzten gut 20 Jahren durch die Armee für militärische Missionen in Übersee angeschafftes Material im Gegenwert von mindestens fünf Milliarden US-Dollar an Polizeibehörden weitergegeben.

Mit diesen Waffen, Panzerfahrzeugen und Uniformen aus den Kriegen in Afghanistan und dem Irak in den Händen der Polizei breitet sich seit den 1980er Jahren auch eine Mentalität aus, die Polizeiarbeit zunehmend als Kriminalitätsbekämpfung im Sinne von militärischer Härte versteht. Dieser Logik folgend haben auch kleinste lokale Polizeibehörden mit dem Material des US-Militärs paramilitärische Spezialeinheiten (SWAT) eingerichtet, die bis in die 1980er Jahre nur als Notfallstrukturen in Großstädten existierten.

Sind sie erst einmal eingerichtet, werden SWAT-Einheiten oft für Razzien (no knock warrants) eingesetzt, bei denen – auch wegen des Verdachts auf kleinere Vergehen wie Drogenbesitz in geringem Umfang – Wohnhäuser nach militärischem Vorbild gestürmt werden.⁷

Bei Razzien dieser Art kommt es neben alltäglichen Gewaltexzessen immer wieder zu tödlichen Schüssen auf Bewohner*innen. Überproportional häufig wird dieses Vorgehen gegen die Schwarze Bevölkerung angewendet. Der letzte bekannte Fall in einer langen Liste ist der Tod der Schwarzen Krankenschwester Breonna Taylor, die bei einer im Nachhinein als völlig grundlos zu bewertenden Razzia am 13. März 2020 in ihrer Wohnung von Beamten der Polizei Louisville erschossen wurde.⁸ Die Breite, Ausdauer und Heftigkeit der aktuellen Proteste nach dem Tod von George Floyd steht in direktem Zusammenhang mit dem Fall von Breonna Taylor, deren Tod in der Black-Lives-Matter-Bewegung und der Schwarzen Community in den USA, wie bereits so viele Morde zuvor, nicht vergessen wurde.

Hatte die Präsenz von militärischem Gerät in den Händen der Polizei 2014 in Ferguson noch zu einem öffentlichen Aufschrei in den USA geführt – selbst Präsident Obama fühlte sich genötigt kritisch Stellung zu beziehen –, scheint sich dieses Bild mittlerweile bereits normalisiert zu haben. In dieser Gemengelage war Präsident Trump zwischenzeitig bereit, einen Schritt weiter zu gehen und drohte mit dem Einsatz von regulären Truppen der Armee (active duty forces) gegen die Protestierenden.

Keine rein US-amerikanischen Phänomene

Die Geschichte der USA – Sklaverei, das System der „Rassen“trennung und die breite Bewaffnung der Bevölkerung – macht eine einfache Gleichsetzung mit den Verhältnissen in Deutschland unmöglich. Ein Blick auf die hiesigen Verhältnisse lässt allerdings auch in der Bundesrepublik ähnliche Phänomene sichtbar werden. Systemischer Rassismus in der Gesamtgesellschaft, institutioneller Rassismus in Behörden und Gesetzestexten, rassistisches Handeln von Polizeibeamt*innen von Racial Profiling über Gewaltanwendung und Folter bis hin zu Todesfällen sind auch hier keine Seltenheit.

Zudem ist auch in Deutschland Polizeigewalt, fehlende Transparenz und eine klare Tendenz zur Straflosigkeit von Beamt*innen⁹ zu beobachten. Auch in Deutschland sterben jedes Jahr Menschen durch Schusswaffengebrauch oder sonstige Gewalteinwirkung von Polizeibeamt*innen. Überproportional häufig sind sie psychisch krank oder befinden sich in einer akuten psychischen Ausnahmesituation.¹⁰

Say Their Names

Auch in Deutschland sterben immer wieder Schwarze Menschen und People of Colour bei Einsätzen von Polizist*innen und Sicherheitsleuten, durch unterlassene Hilfeleistung von Amtsträger*innen oder unter ungeklärten Umständen in Polizei- und Gefängniszellen.

Halim Dener

1994/ Hannover/ von SEK in Zivil beim Plakatieren in den Rücken geschossen

Kola Bankole

1994/ Frankfurt am Main/ bei Abschiebeversuch nach Zwangseinflößung von Psychophamaka, gefesselt und geknebelt durch BGS-Beamte erstickt

Dr. Zdravko Nikolov Dimitrov

1999/ Braunschweig/ nach angedrohtem Selbstmordversuch wegen drohender Abschiebung durch SEK erschossen

Aamir Ageeb

1999/ Lufthansa-Flug LH 588/ auf Abschiebeflug gefesselt durch BGS-Beamte erstickt

N'deye Mareame Sarr

2000/ Aschaffenburg/ erschossen von Polizisten

Achidi John

2001/ Hamburg/ Tod nach Brechmitteleinsatz

Laye-Alama Condé

2005/ Bremen/ Tod nach Brechmitteleinsatz

Oury Jalloh

2005/ Dessau/ in Polizeizelle verprügelt und verbrannt

Dominique Kouamadio

2006/ Dortmund/ von Polizisten erschossen

Mohammed Sillah

2007/ Remscheid/ Tod nach mehrfacher Verweigerung eines Krankenscheins/Krankenwagens durch Arzt, Ämter und Heimpersonal

Slieman Hamade

2010/ Berlin/ Herzstillstand nachdem Polizist*innen, die auf ihm saßen, Pfefferspray in sein Gesicht sprühten

Christy Schwundek

2011/ Frankfurt Main/ nach Streit im Jobcenter von Polizisten erschossen

Ousman Sey

2012/ Dortmund/ von Krankenwagen trotz Herzrasen und Krämpfen abgelehnt und im Polizeigewahrsam gestorben

Yaya Jabbie

2016/ Hamburg/ U-Haft wegen geringer Menge Marihuana, angeblicher Selbstmord ohne erkennbare Vorzeichen in JVA

Hussam Fadl

2016/ Berlin/ von Polizisten nach Streit in Geflüchtetenunterkunft erschossen

Amed A.

2017/ Kleve/ verbrannt in Gefängniszelle, in der er nur aufgrund manipulierter Polizeidaten saß

Matiullah Jabarkhil

2018/ Fulda/ nach Steinwürfen auf Bäckerei von Polizisten erschossen

William Tonou-Mbobda

2019/ Hamburg/ Tod nach Fixierung durch Security der Psychiatrie am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf

Rooble Muse Warsame

2019/ Schweinfurt/ in Polizeizelle angeblich selbst erhängt. Der Körper wies allerdings keine Würgemale, sondern äußere Verletzungen auf

Adel B.

2019/ Essen/ erschossen von Polizisten nach angeordnetem Selbstmordversuch

Diese erschreckende, aber noch immer unvollständige Liste¹¹ macht klar, dass es sich bei der immer wieder gebrauchten Floskel vom „Einzelfall“ um eine untragbare Verharmlosung handelt, die eine Diskussion über systemische Probleme mit Gewaltanwendung und Rassismus in der Polizei verunmöglichen soll. Allen Fällen gemein ist der mangelnde Aufklärungswille von Polizei und Staatsanwaltschaften.

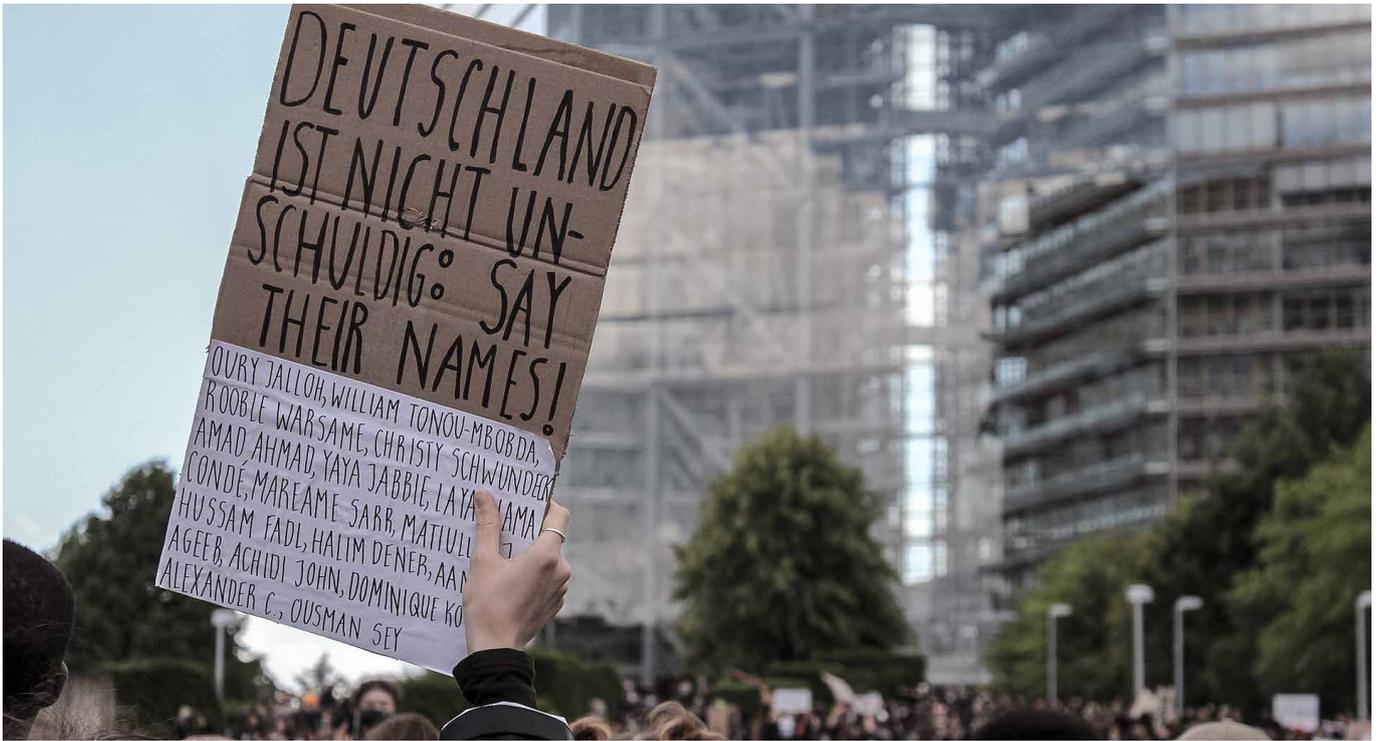
Aufklärung und Transparenz unerwünscht

Doch selbst Minimalforderungen, wie die u.a. von Amnesty International wiederholt geforderte¹² Einführung tatsächlich unabhängiger und mit eigenen Ressourcen ausgestatteter Ermittlungsstellen, die ein Mindestmaß an Transparenz und Ermittlungsdruck herstellen könnten – aktuell ermitteln Polizist*innen gegen ihre Kolleg*innen –, werden von den Polizeigewerkschaften und diversen Politiker*innen, weit über konservative Kreise hinaus, zurückgewiesen.

Aktuell läuft die Gewerkschaft der Polizei Sturm gegen ein neues Antidiskriminierungsgesetz, das in Berlin beschlossen wurde. Kommt es zu einer Ermittlung wegen diskriminierendem Verhalten gegen eine Berliner Behörde – darunter auch die Polizei – soll diese in Zukunft belegen müssen, dass dieses diskriminierende Verhalten nicht stattgefunden hat. Die Beweislast würde somit von der Betroffenen Seite auf die Behördenseite übergehen.¹³ Obwohl es sich dabei um verwaltungsrechtliche Vorgänge und nicht um Strafrecht gegenüber einzelnen Beamt*innen handelt, geht die Polizeigewerkschaft so weit, die Innenministerien anderer Bundesländer aufzufordern, keine Polizeikräfte für Großeinsätze mehr nach Berlin zu schicken, nachdem das Gesetz nun beschlossen wurde. Ähnliche Proteststürme sind auch gegen die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt*innen bekannt, die es zumindest ermöglichen würde, gewalttätige Beamt*innen zu identifizieren. Dieses Vorgehen – selbst gegen minimale Reformen der Rechenschaftspflicht von Polizeibehörden – zeigt, wie auch in Deutschland versucht wird, einen Raum der Undurchsichtigkeit und damit Straflosigkeit für Polizeikräfte mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten.

Militarisierung der Polizei in Deutschland

Währenddessen ist spätestens mit der Terrorhysterie seit 2015 auch in den 17 deutschen Polizeibehörden eine klare Tendenz der Militarisierung festzustellen. In den letzten fünf Jahren wurden Spezialeinheiten aufgestockt und weiter in der Fläche verteilt. Sieben Länderpolizeien und die Bundespolizei haben neue Panzerwagen nach militärischem Vorbild beschafft. Fünf Länderpolizeien haben – z.T. auch für die Besatzung der Streifenwägen – Sturmgewehre in größeren Mengen angeschafft. Titanhelme und schwere schussichere Westen, wie sie zuvor nur beim Militär und in Spezialeinheiten getragen wurden, haben bundesweit Einzug in die Streifenwägen gehalten. Zudem werden die Streifenbeamt*innen bundesweit für sogenannte „lebensbedrohliche Einsatzlagen“ in paramilitärischen Intensivkursen weitergebildet.¹⁴ Auch hierzulande ist



Protest gegen Rassismus und rassistische Polizeigewalt in Deutschland im Jahr 2020. Quelle: Ana Carolina Mantelli/Pixabay.

eine Verschiebung der polizeilichen Logik und Mentalität hin zu einer zunehmend militärischen Perspektive auf Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung festzustellen. Ein erstes Bild davon, wie diese Logik und das neue Material auch gegen Demonstrationen und Straßenproteste in Stellung gebracht werden können, zeigte sich während des G20-Gipfels in Hamburg 2017.¹⁵

Passend dazu wurden in den letzten Jahren in diversen Bundesländern die Polizeigesetze verschärft, wobei zu Ungunsten von Transparenz und Bürgerrechten die Befugnisse der Behörden ausgeweitet wurden. Die baden-württembergische Landesregierung plant sogar, während der Corona-Pandemie – und noch während alle Welt über Polizeigewalt diskutiert – die nächste Verschärfung des Polizeigesetzes. Bereits im Juli 2020 fand die erste Lesung des Gesetzesentwurfs im Landtag statt. Direkt nach der Sommerpause, im September, ist mit einer Verabschiedung des Gesetzes zu rechnen.¹⁶

Bei allen Unterschieden handelt es sich bei rassistischer Polizeigewalt und der Militarisierung der Polizei also keineswegs um rein US-amerikanische Probleme – vielmehr gibt es in Deutschland ebenfalls gute Gründe, in Solidarität mit den Protesten in den USA, aber auch mit einem klaren Blick auf die hiesigen Probleme, auf die Straße zu gehen.

Anmerkungen

1 Schwarz wird in diesem Text grundsätzlich großgeschrieben, weil es sich hier nicht um eine Beschreibung der Hautfarbe, sondern um einen Begriff für eine soziopolitische Gruppe mit spezifischer Rassismuserfahrung handelt, der als Selbstbezeichnung genutzt wird.

- 2 Statista: US-Polizeibeamte landen kaum vorm Richter. 2020.
- 3 Ebd.
- 4 Youtube: George Floyd, Minneapolis Protests, Ahmaud Arbery & Amy Cooper | The Daily Social Distancing Show, 29.5.2020
- 5 DW: Fergusons Polizei macht erneut keine gute Figur, 16.8.2014
- 6 Zeit Online: Die Krieger von Ferguson, 21.8.2014
- 7 Peter B. Kraska: Militarization and Policing—Its Relevance to 21st Century Police, 13.12.2007
- 8 Spiegel: US-Polizisten erschossen schwarze Rettungssanitäterin, 13.5.2020
- 9 T-online.de: Warum kaum ein Polizist wegen Gewalt im Dienst verurteilt wird, 25.5.2018
- 10 TAZ: Dossier – Tödliche Polizeischüsse, o.D.
- 11 Die Schreibweisen der Namen sind aus den jeweiligen Quellen übernommen.
- 12 Amnesty International: Unabhängige Untersuchungsmechanismen in Fällen von rechtswidriger Polizeigewalt in Deutschland. 2018.
- 13 Cilip: Polizeigewerkschaften fürchten neues Antidiskriminierungsgesetz, 28.5.2020
- 14 IMI-Analyse: Paramilitärische Polizei – Vorbild Bundeswehr, 18.6.2019
- 15 IMI-Analyse: Spezialeinheiten gegen Menschenmengen, 20.7.2017
- 16 IMI-Analyse: Baden-Württemberg: Verschärfung des Polizeigesetzes während Corona-Krise, 14.4.2020

Überwachung aus der Luft

Zum Einsatz von Drohnen bei der Polizei

von Sam Rivera

Drohnen spielen im öffentlichen Diskurs erst seit einigen Jahren eine Rolle, vor allem seit sich Zwischenfälle mit Hobbydrohnen an Flughäfen häufen. Doch schon sehr viel länger, seit Mitte der 2000er, haben Polizeibehörden begonnen, Luft-Drohnen anzuschaffen. Schon im Jahr 2006 beschaffte die Bundespolizei zwei Drohnen für die Spezialeinheit GSG9. Seitdem haben sich Drohnen Stück für Stück zu einem alltäglichen polizeilichen Einsatzmittel entwickelt. Eine kritische Begleitung dieser Entwicklung oder Diskussion über die Auswirkungen des Drohneneinsatz blieben bislang nahezu aus. Mit diesem Hintergrund soll in der Studie zu Polizeidrohnern ein Überblick über die bisherigen Entwicklungen und eine kritischer Einordnung dieser erfolgen. In diesem Artikel werden die wichtigsten Punkte der Studie zusammengefasst.

Wer setzt Drohnen ein?

Vorreiter_innen bei der Anschaffung von Drohnen waren vor allem Spezialeinheiten wie GSG9 und SEK, aber auch einzelne Länderpolizeien. Seit Mitte der 2010er gibt es eine neue Welle an Drohnen-Anschaffungen, verstärkt auch durch die starke polizeiliche Aufrüstung vor und nach dem G20-Gipfel in Hamburg. Sachsen, Hessen, Berlin, Niedersachsen und NRW nutzen bereits seit gut zehn Jahren durchgängig Drohnen, während die restlichen Bundesländer erst in den letzten Jahren nachzogen. Mittlerweile setzen mit Ausnahme von Thüringen und Bremen alle Länderpolizeien und die Bundespolizei Drohnen ein. Dabei hat sich das Einsatzspektrum von den Spezialeinheiten zu Anfang immer weiter verbreitert und Drohnen werden seit dem Ende der 2010er immer mehr zu einem regulären Einsatzmittel. Seitdem gibt es auch eine klare Zunahme an Drohnen-Einsätzen im klassischen politischen Kontext, wie Versammlungen. Das war bislang eher die Ausnahme. Vereinzelt Einsätze gab es aber auch schon vor vielen Jahren, wie 2011 bei antifa-

schistischen Protesten in Dresden und bei den Castor-Protesten 2010 in Niedersachsen.¹ Heutzutage ist der Drohnen-Einsatz auch bei kleinen Versammlungen wie einem antifaschistischen Protest in Stuttgart-Feuerbach 2018 oder bei einer Demonstration an Ostern 2020 in Tübingen keine Besonderheit mehr. Dementsprechend wurde auch die Anzahl an verfügbaren Drohnen bei den Behörden in den letzten Jahren stark erhöht. Die Anzahl der eingesetzten Drohnen in Rheinlandpfalz stieg in der Zeit 2017-2020 von einigen wenigen auf 28 an. In Baden-Württemberg gibt es seit der Anschaffung für mehrere Polizeipräsidien in einer Testphase seit 2018 einen sprunghaften Anstieg an Drohneneinsätzen. So gab es allein im ersten Jahr der Erprobung fast 100 Einsätze der neuen Drohnen.² Dabei sollen in diesem Jahr die Zahl der verfügbaren Drohnen zudem noch ungefähr verdoppelt werden.

Nachträgliche Rechtsgrundlage und mediale Aufbereitung

Da es zur Zeit der ersten Drohnen-Anschaffungen noch an einer rechtlichen Grundlage fehlte, wurde zeitgleich begonnen, entsprechende Vorschriften zu ändern. Diese Entwicklung setzt sich bis zu den aktuellen Polizeigesetz-Novellen seit 2017 fort, mit denen die letzten Lücken in der Rechtsgrundlage geschlossen wurden. In Brandenburg und in Bayern wurde beispielsweise die Verschärfung der Polizeigesetze genutzt, um den Einsatz von Drohnen zu ermöglichen.³ Zudem wurde teilweise die Möglichkeiten der automatisierten Bild- und Videoverarbeitung erweitert. Da diese Technologien mit den Daten der Drohne verbunden werden können, wurde hier schon für die kommenden Jahre eine Kompetenzerweiterung vorsorglich ermöglicht. Es ist technisch seit Jahren möglich den Videostream einer Drohne mit automatisierter Gesichts- und Objekterkennung zu kombinieren. Dazu wird derzeit unter anderem von der EU für den Grenzschutz geforscht.

Nicht nur die gesetzliche Grundlage, auch der Diskurs um Drohnen hat sich stark verändert: 2008 titelte der Stern noch "Science-Fiction-Vision wird Realität".⁴ Die Skepsis war allgemein recht groß. Mittlerweile werden Drohnen von der Polizei flächendeckend eingesetzt, eine politische Einordnung dieser Entwicklung findet jedoch bislang kaum statt. Drohnen hatten lange ein sehr negatives Bild in der Gesellschaft, vor allem durch die Berichte über extralegale (nicht gerichtlich legitimierte) Tötungen durch Militärdrohnen, gegen die es immer wieder auch Proteste gab. Darüber hinaus gab es beim Einsatz von Polizeidrohnen Bedenken bezüglich Datenschutz. Vor diesem Hintergrund wurde die Einführung von Polizeidrohnen von Anfang an mit einer großen PR-Kampagne begleitet. Bis heute dient die medial stark aufbereitete Nutzung von Drohnen für Rettungsdienst, Feuerwehr und Katastrophenschutz der Legitimierung einer staatlichen Nutzung von Drohnen im Allgemeinen. Im Rahmen der seit 2017 laufenden Kampagne gegen linke Protestformen wurde der Weg geebnet für den breiten Einsatz von Polizeidrohnen. In Hamburg wurden rund um den G20-Gipfel 2017 Drohnen medienwirksam als alternativlos inszeniert und werden seitdem immer häufiger gegen linken Protest eingesetzt.

Auswirkungen auf die Polizeiarbeit

Polizeidrohnen-Einsätze werden Alltag. Das zeigen nicht nur sehr hohe Einsatzzahlen wie in Baden-Württemberg, sondern auch die Senkung der Einsatz-

schwelle. Zum einen liegt das an einer Veränderung des öffentlichen Diskurses um Drohnen, aber auch an den Kosten. Nach einer Rechnung eines Polizeisprechers kostet eine Hubschrauberstunde 2300€, der Einsatz einer Drohne jedoch nur 100 bis 200€ pro Stunde.⁵ Im Gegensatz zu Helikoptern sind Drohnen viel unauffälliger und leiser. Da der Einsatz viel billiger ist, kann auch davon ausgegangen werden, dass die Einsatzhürde niedriger wird und diese viel schneller hinzugezogen werden. Daraus folgt nicht nur, dass die jeweiligen Polizeistellen viel Geld sparen können, sondern auch, dass es wahrscheinlich wirkt, dass der Einsatz von Luftüberwachung generell stark zunehmen wird. Das zeigt sich allein schon an der Zahl der verfügbaren Einsatzmittel. Während Hubschrauber rar sind, nimmt die Zahl an Drohnen in den letzten Jahren stark zu. Das Land Berlin nutzt beispielsweise einen einzigen Hubschrauber, den es sich mit der Bundespolizei teilt, hat aber fünf Drohnen zur Verfügung.

Die Drohne des Polizeipräsidiums Freiburg wird bei in der Stadt regelmäßig stattfindenden Racial Profiling Großkontrollen eingesetzt. So wurde beispielsweise bei einer solchen Großkontrolle im September 2019 der Stühlinger Kirchplatz Park mit Hilfe einer Drohne komplett von oben abgefilmt. Dass bei diesen Kontrollen nun auch Drohnen zum Einsatz kommen, erweitert die Grundrechtseinschränkungen der Kontrollierten, sowie sämtlicher weiterer Menschen im Park, ob beim Vorbeilaufen oder beim Picknicken.⁶ Zwar hing die Freiburger Polizei ein Schild auf, mit dem auf die Videoüberwachung hingewiesen wurde,



SEK BW lenkt über ein Tablet ihre DJI Mavic Enterprise Drohne bei der Räumung der besetzten Kronenstraße in Freiburg i.B. im Oktober 2019. Quelle: dieWG.

jedoch können Anwohner_innen wohl kaum über fünf Stunden drinnen verbleiben, um die Aufnahme zu vermeiden. Das stellt einen erheblichen Unterschied zum Einsatz bei der Tatortdokumentation nach einem Mord oder zur Begleitung von SEK Einsätzen. Während solche schweren Straftaten und Einsätze dieser Einheiten selten sind, sind sogenannte anlasslose Kontrollen oder die Überwachung von Demonstrationen polizeilicher Alltag. Auch das Beispiel Corona zeigt den Übergang zu einem Alltagsmittel deutlich auf. Während der Hochzeit der Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie im ersten Halbjahr 2020 setzte die Polizei, sowie auch das Ordnungsamt verstärkt Drohnen zur Durchsetzung und Überwachung der staatlich angeordneten Infektionsschutzmaßnahmen ein.⁷ Es ist zu befürchten, dass es nicht bei dieser einmaligen besonderen Einsatzsituation bleibt, sondern in den kommenden Jahren immer mehr Gründe von den Behörden gefunden werden, mit Drohnen den öffentlichen Raum zu überwachen. Damit rückt der Einsatz von Drohnen zur präventiven Überwachung von Versammlungen und Protesten ein weiteres Stück näher. Das wäre ein massiver Einschnitt in das Versammlungsrecht und hätte weitreichende Konsequenzen für eine emanzipatorische Protestkultur.

Datenschutz

Mit Drohnen werden hochsensible Daten erhoben, ob beim Abfilmen einer Versammlung oder beim Filmen eines Privathauses während einer polizeilichen Durchsuchung. Während es bereits Bedenken in Bezug auf die Verhältnismäßigkeit in Anbetracht der Grundrechtseinschnitte gibt, bringt die eingesetzte Technologie weitere meist unbeachtete Problemfelder mit sich. So setzt beispielsweise das SEK Baden-Württemberg mit der Mavic Enterprise eine Drohne des Herstellers DJI ein.⁸ Berichten zufolge gelang es Hacker_innen die Sicherheitsvorkehrungen von DJI Drohnen zu umgehen und unautorisiert diverse sensible Daten abzugreifen. Der Datenstream der Drohne ist nicht ausreichend verschlüsselt und viele Daten werden auf Servern von DJI gespeichert.⁹ Damit ist nicht auszuschließen, dass Hersteller oder Hacker_innen Zugriff auf hochsensible Daten erlangen, da die Polizeibehörden keine ausreichenden Sicherheitsvorkehrungen treffen. Dabei dürften sich diese Sicherheitsprobleme nicht auf diesen einen Hersteller begrenzen. Ein großer Teil der von der Polizei genutzten Drohnen sind von kommerziellen Herstellern und eigentlich für Hobbyfotograf_innen und Filmmacher_innen konzipiert. Dementsprechend dürften sie größtenteils nicht für die Sicherheitsansprüche einer staatlichen Behörde mit hochsensiblen Daten gemacht sein. Mittlerweile hat sogar die Polizeigewerkschaft DPoIG Bedenken beim Datenschutz

angemeldet, da diese eine Überwachung der Beamten durch die Datensammlung der Drohnen befürchtet.¹⁰ Auch wenn einige Behörden behaupten, auf Sicherheitsstandards zu achten, gibt es im Moment keinen Grund, diesen ohne weiteres einfach zu vertrauen. Die Frage, wer alles mit ein bisschen Technik-Kenntnissen an hochsensible Daten kommen könnte, bleibt beunruhigend.

Die Gefahr eines Überwachungs-Industriellen-Komplex

Der Einsatz von Drohnen hat an vielen Stellen eine Zusammenarbeit der Behörden mit privaten Firmen verstärkt. Ob Polizeieinheiten von Firmenmitarbeiter_innen ausgebildet werden, Drohnen für einzelne Einsätze geleast werden oder sogar Drohnen direkt von externen Freelancer_innen gelenkt werden – bei Drohnen normal, bei anderen polizeilichen Einsatzmitteln undenkbar. Mensch stelle sich einen Wasserwerfer vor, der von einer_m externen Freelancer_in gelenkt wird oder von einer privaten Firma ausgeliehen wird. In Hessen nutzte die Polizei eine geleaste AirRobot Drohne und auch in Rheinland-Pfalz wurden Drohnen von privaten Anbieter_innen geleast. Die Bundespolizei nutzte Drohnen der Deutschen Bahn im Rahmen des G20-Gipfel 2017 in Hamburg.¹¹ Frontexmissionen, bei denen auch die Bundespolizei beteiligt ist, nutzen Drohnen, welche von Rüstungskonzernen geflogen werden.¹² Diese Entwicklungen sind in Kombination mit der Tendenz der Polizei, bei der Repression gegen Protestbewegungen mit Konzernen und privaten Sicherheitsdienstleistern direkt zusammenzuarbeiten, eine bedenkliche Perspektive. Drohnen könnten hier eine weitere Auslagerung in den privaten Sektor bedeuten.¹³ Ein Blick in Länder, in denen es bereits länger Drohnen-Programme gibt, kann dabei interessant sein. In den USA ist die Nutzung von Drohnen und Zusammenarbeit mit Sicherheitsdienstleistern schon lange Normalität. Dabei geht die Zusammenarbeit polizeilicher Institutionen mit privaten Dienstleistern bereits so weit, dass von einem Überwachungs-Industriellen-Komplex gesprochen wird.¹⁴ Erste Ansätze der Entwicklung eines solchen deuten sich auch in Deutschland an.

Militarisierung der Polizei durch Drohnen

Derzeit bestimmen einige wenige Konzerne den Markt für Luftdrohnen, dabei ist der chinesische Konzern DJI unangefochtener Marktführer. Die meisten eingesetzten Polizeidrohnen sind wie oben bereits erwähnt regulär verfügbare Hobby- und Industriedrohnen. Einige wenige Bundesländer wie Berlin haben



Polizei-Drohne „DJI Mavic Enterprise“. Quelle: dieWG.

mit kleineren Firmen Kooperationen begonnen und die Entwicklung von Drohnen spezifisch für die Polizei angestrebt. Die Nutzung von Drohnen bei der Polizei ist eng verknüpft mit der Zusammenarbeit mit Militär und Rüstungsindustrie. Die ersten Einheiten die mit Drohnen ausgerüstet wurden, waren hoch militarisierte Spezialeinheiten. Dabei waren die beiden Drohnen für die GSG9 beides Drohnen, die zuvor bei der Bundeswehr eingesetzt wurden. Auch bei anderen Polizeieinheiten sind für das Militär entwickelte Drohnen beliebt. So beispielsweise die Black Hornet, die von GSG9 und SEK Hamburg genutzt wird. Die Drohne Sensocopter (MD4-1000) des Herstellers Microdrones GmbH entwickelte dieser zusammen mit dem Rüstungskonzern Diehl BGT Defence GmbH & Co KG aus Überlingen.¹⁵ Die Drohne nutzt die Polizei Sachsen im regulären Einsatz seit 2009. Außerdem nutzt sie seit Ende 2017 zwei Drohnen des Herstellers Rheinmetall, ebenfalls Rüstungskonzern. Ein Blick nach Indien zeigt, was der nächste Schritt in der Nutzung von Drohnen durch Polizeien mit sich bringen kann. Dort wurden in Lucknow, einer Millionenstadt im Norden des Landes, im Jahr 2015 Drohnen mit Pfefferspray ausgerüstet.¹⁶ Hersteller weltweit geben an, die Bewaffnung ihrer Drohnen mit den umstrittenen sogenannten nicht-tödlichen Waffen zu erforschen.¹⁷ Es ist zudem mittlerweile in immer mehr Ländern gängige Polizei-Praxis, hochfliegende Drohnen in Flugzeuggröße einzusetzen. Diese wurden, wie die Predator Drohne meist eigentlich für das Militär entwickelt. Beispielhaft für diese Tendenz ist die Anschaffung von großen unbewaffneten Militärdrohnen 2014 in Italien. So verkaufte das italienische Militär Drohnen an die italienische Polizei, nachdem sie in Afghanistan nicht mehr gebraucht wurden.



Polizei-Drohne „Sensocopter“. Quelle: Wikimedia/Paulae.

Darauf nutze diese sie zur Überwachung von Fußballspielen und Versammlungen. Ganz ähnlich verlief es in den Niederlanden, in denen bereits seit 2009 Drohnen zur Überwachung im Inland verwendet wurden. Dazu nutzte die Polizei direkt die Drohnen des niederländischen Militärs. Auch die deutsche Polizei will im Namen der Seenotrettung die Anschaffung und Zulassung großer Drohnen forcieren.

KI, Drohnen-Schwärme und Bewaffnung – eine Drohndystopie

Im EU-Projekt ROBORDER wird versucht, mit Hilfe von Drohnenschwärmen, der Kombination aus Drohnen zu Land, Luft und Wasser, sowie mobilen Kontrollzentren zum einen Grenzkontrollen massiv auszuweiten. Zum anderen soll Grenzüberwachung zunehmend automatisiert werden, indem auf Künstlicher Intelligenz (KI) basierende Systeme zur automatisierten Objekterkennung und Entscheidungsfindung entwickelt werden. Mit den entwickelten Systemen sollen zukünftig die EU-Grenzen überwacht werden. Hier zeigt sich, welches Potenzial Drohnen haben, um die Grenzen zwischen Polizei, Geheimdienst und Militär verwischen zu lassen. Ein weiteres Paradebeispiel dürfte dabei das Innovationszentrum von Europol sein, in dem Militär und Polizei offen bei der Erforschung von Drohnen, sowie vorhersagender Polizeiarbeit und KI kooperieren.¹⁸ Insofern reiht sich ROBORDER nahtlos in diese Tradition der Kooperation ein. Dass automatisierte vernetzte Drohnenschwärme dabei auch ein Traum für den militärischen Einsatz sein dürften ist offensichtlich.



Polizei-Drohne „FanCopter“. Quelle: Wikimedia.

Zukunftsperspektive

Drohnen bringen neue Möglichkeiten der Überwachung, erschweren die Einhegung von Eingriffen in die Privatsphäre, sind durch ihre geringen Kosten praktisch von jeder_m einsetzbar und bieten ein weiteres Einfallstor für Automatisierung der Überwachung. Damit werden sie Einfluss haben weit über die praktische Polizeiarbeit hinaus. Es wird wohl nicht lange dauern, bis auch in Europa private Sicherheitsdienstleister zunehmend Drohnen einsetzen werden. Mit dem Einsatz von Drohnen geht auch die verstärkte Nutzung von automatisierten Systemen einher. In Anbetracht der massiven Konsequenzen, die Drohnen-Technologie und KI mit sich bringen, bleibt die Frage, ob ein verantwortungsvoller gesellschaftlicher Umgang damit überhaupt möglich ist. In Anbetracht der heftigen Grundrechtseingriffe durch Drohneneinsätze, der Anzeichen für die Formierung eines Überwachungs-Industriellen-Komplex, der Ermöglichung einer Omnipräsenz von Überwachung durch die technologischen Entwicklung KI-gestützter Überwachungstechnik und dem Fehlen einer ernsthaften gesetzlichen Regulation oder einer kritischen gesellschaftlichen Begleitung dieser Entwicklung, ist es dringend Zeit für Veränderung. Dabei sollten wir den Blick nicht nur auf einzelne Technologien oder Einsatzmöglichkeiten begrenzen. Die Entwicklung von Drohnen und deren Einsatz reiht sich ein in eine allgemeine Tendenz zur Aufrüstung und Technisierung, sowie zunehmend auch Automatisierung polizeilicher, militärischer und sicherheitsdienstlicher Arbeit. Drohnen werden nun seit über zehn Jahren von der Polizei in Deutschland eingesetzt, in den letzten Jahren wurden sie zunehmend zu einem standardmäßig

genutzten Einsatzmittel. Mit Blick auf die gravierenden Sicherheits- und Datenschutz-Bedenken, Grundrechtseinschränkungen und fehlende Transparenz der Behörden ist dies eine besorgniserregende Entwicklung. Es braucht dringend eine kritische Öffentlichkeit und einen Diskurs darüber, wie wir unsere Versammlungsfreiheit und Privatsphäre vor diesem polizeilichen Eingriff schützen können. Dabei ist es wichtig, die Beobachtung und Kritik an einer Ausweitung polizeilicher Mittel, wie dem Einsatz von Drohnen, mit einer gesamtgesellschaftlichen Kritik an der „digitalisierten Fremdbestimmung“, auf die wir zusteuern, zu verbinden.¹⁹ Zudem bietet ein Blick auf den Widerstand gegen diese Möglichkeiten zur Verknüpfung und Vernetzung verschiedener Kämpfe für eine Gesellschaft, die nicht auf Überwachung und Kontrolle beruht, sondern unsere Freiheiten achtet und in der Technologien unsere Selbstbestimmung stärken, statt einschränken.

Anmerkungen

- 1 Mehr Details in der in Vorbereitung befindlichen IMI-Studie von Sam Rivera, verfügbar ab September 2020.
- 2 Stuttgarter Nachrichten: Polizei im Land setzt verstärkt auf Drohnen. 6.1.2019.
- 3 MAZ: Brandenburgs Polizei will Drohne kaufen. 24.6.2017, BR: Polizei-Drohnen: Wer lenkt und wer haftet? 18.4.2019.
- 4 Stern: Fliegende Augen über Deutschland. 25.1.2008.
- 5 HNA: Polizei Nordhessen setzt nun Drohnen zur Spurensuche ein. 11.7.2018.
- 6 RDL: Alltag auf dem Stühlinger Kirchplatz. 3.9.2019.
- 7 Netzpolitik.org: Landespolizeien setzen Drohnen ein. 4.4.2020.
- 8 DieWG: Dokumentation. 26.10.2019.
- 9 Wired: A DJI Bug Exposed Drone Photos and User Data. 11.8.2018.
- 10 BR: Polizei-Drohnen. 18.4.2019
- 11 Netzpolitik.org: Drohnen und Drohnenabwehr beim G20-Gipfel. 8.8.2017.
- 12 Netzpolitik.org: EU-Drohne auf Kreta abgestürzt. 31.1.2020.
- 13 Landtag NRW: Drucksache 17-8812; Neues Deutschland: Polizei übermittelte Daten an RWE - ohne Rechtsgrundlage. 5.2.2020.
- 14 The Intercept: Standing Rock Documents Expose Inner Workings of “Surveillance-Industrial Complex”. 3.6.2017.
- 15 Heise: Drohnen: Deutsche Polizisten als Luftfahrzeugfernführer. 17.2.2010.
- 16 Wired: Pepper-spraying drones will be used on Indian protesters. 6.4.2015.
- 17 Heise: Taser sollen fliegen lernen. 15.2.2020.
- 18 Netzpolitik.org: Polizeiagentur steuert Rüstungskonzerne. 25.2.2020.
- 19 Capulcu: Band IV. 12.2018.

Impressum

Der Ausdruck wird herausgegeben von und bezogen über
Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Hechinger Str. 203

72072 Tübingen

Telefon: 07071 – 49154

Fax: 07071 – 49159

imi@imi-online.de

www.imi-online.de

 IMI.FB  _M_I  @imi@mastodon.social

Redaktion:

Jacqueline Andres (Tübingen), Thomas Gruber (Erlangen),
Alexander Kleiß (Tübingen), Martin Kirsch (Hannover),
Christoph Marischka (Tübingen), Ben Müller (Tübingen),
Christopher Schwitanski (Köln), Andreas Seifert (Bonn),
Sven Wachowiak (Straßburg), Jürgen Wagner (Tübingen).

Autoren und Autorinnen:

Christina Boger hat Friedens- und Konfliktforschung in
Schweden studiert. Emma Fahr studiert internationales
Politikmanagement in Bremen. Claudia Haydt ist Landes-
geschäftsführerin der Linken Baden-Württemberg und im
IMI-Vorstand. Victoria Kropp studiert Friedensforschung in
Tübingen. Marius Pletsch ist Redaktionsmitglied von W&F
und IMI-Beirat. Tobias Pflüger ist Bundestagsabgeordneter
und IMI-Vorstand. Sam Rivera schreibt zu feministischen und
kritischen Perspektiven auf die Polizei. Merle Weber schrieb
zuvor zur Militarisation der Ostsee im Ausdruck 6/2019.

Bildnachweise wie angegeben außer:

Titelbild: IMI, Seite 27: Produktbild auf nva-uniformen.de,
Seite 46: flickr/su-lin, Rückseite: gewaltfreie-aktion-guez-
abschaffen.de.

Hinweise zu einzelnen Texten:

Der Artikel „Krieg und Klima“ ist Teil einer Broschüre von
Fridays for Future Tübingen zum Thema Klimagerechtigkeit,
die voraussichtlich im Oktober 2020 erscheint. Der
Artikel „Grüner Programmwurf“ erschien zuerst bei
Telepolis, 1.7.2020. Eine Langfassung der Texte von Emma
Fahr und Sam Rivera erscheinen als IMI-Studien auf der
IMI-Homepage.

Bezugsbedingungen:

IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten
den Ausdruck kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat).
Deutschland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo
(4 Hefte) 35 € bzw. Förderabo ab 40 €. Ausland:
Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 40 €
bzw. Förderabo ab 50 €.

Eigentumsvorbehalt:

Dieses Heft bleibt bis zur vollständigen Aushändigung
Eigentum des Absenders. ‚Zur-Habe-Nahme‘ ist keine
Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Nicht
ausgehändigte Hefte sind unter Angabe der Gründe der
Nichtaushändigung an den Absender zurückzusenden.

Mitgliedschaftsformular

- Ich möchte Mitglied im IMI-Förderverein Analyse und Frieden werden
und die IMI dadurch mit meinem Beitrag unterstützen.

Vor- und Nachname: _____

Str., PLZ, Ort: _____

Mein jährlicher Beitrag beträgt: _____ € (Der Mindestbeitrag mit Abo liegt bei 60€ im Jahr.)

- Ich erteile IMI eine SEPA-Einzugsermächtigung für mein Konto.

IBAN: _____

BIC: _____

- Ich richte einen Dauerauftrag ein.
 Hiermit akzeptiere ich die Datenschutzerklärung: imi-online.de/uber-imi/datenschutzerklaerung



Datum und Unterschrift



ZIVILER UNGEHORSAM GEGEN KRIEGS- VORBEREITUNGEN

**Gewaltfreie Aktion
GÜZ abschaffen
16.-21. September 2020**

www.gewaltfreie-aktion-guez-abschaffen.de